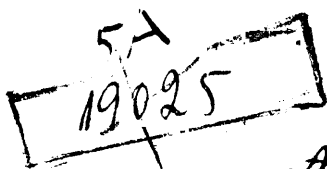


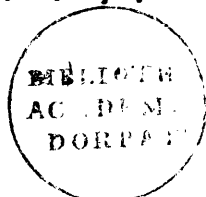
Reglement

des

Kurländischen Kreditvereins.



Ac. 49, 733.



M i t a u,

gedruckt bei J. J. Steffenhagen und Sohn.

I 8 4 5.

B e f e h l

Seiner Kaiserlichen Majestät,

des Selbstherrschers aller Rußen u. u. u.,

aus

der Kurländischen Gouvernements - Regierung,

zu Jedermanns Wissenschaft.

Die Errichtung eines besondern Kreditvereins in Kurland, nach dem Beispiele der benachbarten Provinzen und anderer Länder, durch eine gemeinschaftliche Verbindung und Garantie derjenigen Landgüter, die ihre hypothekarischen Schulden vollständig zu sichern beabsichtigen, ist bereits seit einiger Zeit auf den Landtagen des Kurländischen Adels in Anregung gebracht, und wegen des Zeitaufwandes in dem mit Kosten verbundenen Exekutions- und Konkursverfahren als ein nothwendiges Bedürfnis anerkannt, zugleich aber durch die allgemeine Stimme von denjenigen gewünscht worden, welche, den schädlichen, eigene und allgemeine Sicherheit gefährdenden Wucher verabscheuend, ihr erworbenes oder das ihnen zur Verwaltung anvertraute Kapital auf eine vollkommen sichere Weise und mit Entfernung aller

Besorgnisse, gegen stillschweigende Hypotheken und sonstige Familienansprüche an die zum Unterpfand offerirten Grundstücke, auf mäßige, den Zeitumständen angemessene Zinsen anzulegen beabsichtigen, um eines Theils auf die Renten in den festgesetzten Terminen, andern Theils auf das Kapital selbst nach bewerkstelligter Aussage mit Zuverlässigkeit rechnen zu können.

Diesem im Kurländischen Gouvernement hinreichend bekannten Bedürfnisse, welches bei dem gesunkenen Werthe aller Erzeugnisse des Ackerbaues, und bei einem der landwirthschaftlichen Industrie, wie nicht weniger dem Gewerbefleiß nachtheiligen Zinsfuße, um so mehr fühlbar war, als die Verfassung des Kurländischen Gouvernements mehrere Schwierigkeiten für die Landgüter hat, aus der Reichsleihbank für die nach anerkannten Principien gleichfalls herabgesetzten Zinsen Unleihen zu machen, ist durch den auf Bitte des Kurländischen Adels am 24ten Januar a. c. erlassenen Allerhöchsten Befehl abgeholfen worden, wie der in treuer Uebersetzung angeschlossene Ukas eines dirigirenden Senats vom 11ten Februar a. c. auf den Namen

Er. Excellenz, des Herrn Generalgouverneurs u. v. d. Pahlen, mit Mehrerem nachweist, und dadurch dieser Provinz ein neues Geschenk Kaiserlicher Huld und Wohlthat gegeben.

Der Zweck dieses Allerhöchst bestätigten Kreditvereins, zu welchem alle Landgüter des Kurländischen Gouvernements, und auch die im Pfandbesitz befindlichen, nachdem ihr Werth nach einem angemessenen Anschlage abgeschätzt ist, und sie für receptionsfähig anerkannt sind, beitreten können, und die vom Kurländischen Herrn Landesbevollmächtigten dazu aufzufordern sind, ist (§. 2. des Reglements) die Sicherheit der Gläubiger für Kapital und Zinsen, Wiederherstellung des Credits der Gutsbesitzer und die endliche Befreiung der Landgüter von den auf ihnen haftenden Schulden, durch ein mit einem Tilgungsfonds verbundenes Pfandbriefs-System.

Die Pfandbriefe selbst (§. 19.) werden mit der Berechtigung zur Kündigung und zum Empfang der jährlichen Zinsen in der Kreditkasse, ungeachtet eines ausgebrochenen Konkurses über das verhypothecirte Gut, auf den Namen derjenigen Kreditoren ausgefertigt, welche ihr auf

einem Gute bereits angeliehenes Kapital unter der gemeinschaftlichen Garantie des ganzen Vereins lassen, oder zur Tilgung solcher Schulden Darlehne geben wollen, und müssen bei jedemmaligem Uebergange cedirt werden. Doch ist es dem Kreditvereine (§. 144.) unbenommen, zur Bildung eines eigenthümlichen Fonds, für geringere als 5 Prozent Zinsen Anleihen zu negociiren, für welche Pfandbriefe nach einer besonderen Form und nach der mit dem Darleihenden zu treffenden Uebereinkunft ausgefertiget und auf Verlangen bei der Direktion durch Vermerke oder auch durch Deposition gegen jede Entfremdung gesichert werden können (§. 132.), ohne die Befugniß aufzuheben (§. 133.), sie bei einer angegebenen Beobachtung wiederum in Cours zu bringen.

Damit ferner die Aufnahme eines Gutes zu dem Verein ordnungsmäßig vollzogen werden, und Jedermann seine etwanigen Ansprüche daran sichern könne, gehet der Reception des Gutes und der Belegung desselben mit Pfandbriefen eine zu den Hypothekenbüchern verschriebene Erklärung des seine Aufnahme bittenden Besitzers, so wie eine

von der Kreditdirektion in die Intelligenzblätter (S. 46.) inserirte Publikation, vorher, Inhalts deren alle, welche an das in Rede gestellte Gut noch einige rechtmäßige Ansprüche und Forderungen haben, gehalten sind, diese in einer viermonatlichen Frist in die kompetente Gerichtsstanz eintragen, und solchergestalt korroboriren zu lassen; von dieser Anmeldung sind jedoch (S. 46.) a. alle von dem Gute zu entrichtenden Kronz-, Landschafts- und Kirchenabgaben, so wie b. alle Servitutsberechtigungen ausgeschlossen.

Findet der Darlehnsuchende aber unter den auf sein Gut ingrossirten Anforderungen solche, die er bestreiten zu können vermeint (S. 49. 50.) und die der Bewilligung des Darlehns entgegen stehen, so hat er seinen Widerspruch zuvörderst auf rechtlichem Wege vor dem Kurländischen Oberhofgerichte auszuführen, welches den dort durchzuführenden Rechtsstreit, gleich der bei dem Ediktalprozeß stattfindenden Form in einem Disputationsverfahren, von 10 zu 10 Tagen erlediget, die dritte Dilation ohne Anregung eines Betheiligten ipso jure nur pereimto-

risch zugesteht, und eine längere Frist nicht anders als unter den im Reglement näher bestimmten Bedingungen bewilliget, und läßt sich solchemnach (§. 54.) die Direktion des Vereins weder mit dem Darlehnsucher, noch mit dessen Kreditoren, auf eine andere Liquidation ein, als welche entweder die Bezahlung der korroborirten oder der vom Debitor im Ediktalprozesse angegebenen, vom Oberhofgerichte anerkannten Debita mit Pfandbriefen oder baarem Gelde betrifft, indem nach beschlossener Aufnahme des Gutes das Oberhofgerichtliche Ediktalurtheil, wo ein solches vorhanden ist, nebst den ausgefertigten Pfandbriefen, zur Korroborations in ein neues und besonderes Hypothekenbuch, gegen die zu entrichtende Kanzleigebühr, an das kompetente Instanzgericht gesendet wird.

Weil indessen eines Theils der bemerkte viermonatliche Präklusivtermin zur Korroborations sämtlicher Ansprüche an das dem Kreditvereine beitretende Landgut, gegen welchen weder eine restitutio in integrum, noch irgend ein anderes sonst gesetzlich zulässiges Impugnationsmittel statt findet (52.), für diejenigen zu eng seyn

könnte, welche zur Zeit im Innern des Reichs oder im Auslande sich aufhalten, und andern Theils die hier nöthwendig gewordenen Vorschriften zur Aufnahme eines Gutes in den Kreditverein eine Abänderung des in Kurland beobachteten gerichtlichen Verfahrens enthalten, und besonders die Kurländischen Amts- und Intelligenzblätter als diejenigen legalisiren, durch welche der viermonatliche Präklusivtermin zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, so ist durch den 4ten §. des Allerhöchst bestätigten Reglements für den Kreditverein gleichzeitig eine durch die Kurländischen, Reichs- und auswärtigen Zeitungen zu publicirende Jahresfrist festgesetzt worden, innerhalb deren alle stillschweigende Hypotheken und sonstige Ansprüche und Forderungen an diejenigen Güter, welche dem Vereine beitreten wollen, und die von der nächstens zu organisirenden Direktion des Vereins des Baldigsten durch die Kurländischen Amts- und Intelligenzblätter bekannt zu machen sind, in den kompetenten Gerichtsinstanzen corroborirt seyn müssen, indem nach Ablauf dieser Frist die nicht intabulirten den Pfandbriefs-Darlehen nachstehen werden; und

Kann solchemnach der in künftigen Verfahren zur Norm dienende viermonatliche Präklusivtermin für die Güter, welche im Laufe dieses ersten Jahres dem Verein beitreten und mit Pfandbriefen belegt werden sollen, nicht früher als in Jahresfrist, vom heutigen Tage an gerechnet, und folglich mit dem 31sten März des zu erlebenden nächsten 1831sten Jahres ablaufen.

Indem nun die Kurländische Gouvernements-Regierung die erfolgte Allerhöchste Bestätigung des Reglements für den Kurländischen Kreditverein, den darüber erlassenen Ukas vom 11ten Februar a. c., so wie diejenigen Grundzüge des Reglements, die eine Wahrnehmung solcher Personen erfordern, die irgend welche Ansprüche an die Kurländischen Landgüter, im Falle ihres Beitritts zum Vereine, haben, hierdurch mittelst Patents, und ausserdem durch Insertion in die Moskauische und St. Petersburgsche Reichszeitung, in die Kurländischen Amts- und Intelligenzblätter, so wie in die Berliner und Hamburger Zeitungen, zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung mit der Verwarnung publicirt, daß Alle und Jede, die etwanige An-

sprüche, es sey aus welchem Titel es wolle, an die zum Verein beitretenden Güter haben oder zu machen vermeinen, es sich selbst werden beizumessen haben, wenn sie die im Anfange bestimmte Jahresfrist, und im weitem Laufe der Zeit den viermonatlichen Präklusivtermin, zur Sicherung ihrer Rechte und Ansprüche, durch Korroboration bei dem kompetenten Instanzgerichte verabsäumen und die erforderlichen Maßregeln unterlassen, durch die Kurländischen Amts- und Intelligenzblätter von denjenigen Gütern in Kenntniß gesetzt zu werden, die dem Vereine beitreten wollen, hierbei aber zugleich die Anzeige verbindet, wie das Allerhöchst bestätigte Reglement selbst bereits zum Druck befördert worden sey, und des ehestens, sobald die erforderliche Anzahl Exemplare abgezogen seyn wird, sämtlichen Behörden dieses Gouvernements zu den ihnen obliegenden Beobachtungen zugestellt werden soll, auch von jedem Interessenten alsdann in der Regierungs-Buchdruckerei erstanden werden kann; so hat diese Regierung gleichzeitig es für angemessen erachtet, ein für allemal anzuordnen, daß die Direktion des Kreditvereins, so-

balb solche organisirt seyn wird, nicht nur bei ihren Publikationen über diejenigen Güter, welche dem Vereine beizutreten wünschen, ausser den Namen der beregten Güter, den Besitzer, der um Aufnahme gebeten, mit Vor- Tauf- und Familiennamen benenne, und dabei bemerke, in welcher Oberhauptmannschaft und in welchem Kirchspiele die zur Aufnahme gemeldeten Landbesitzlichkeiten belegen sind, sondern auch diese Publikation in die zunächst erscheinenden Kurländischen Amts- und Intelligenzblätter, und zwar dreimal hintereinander, inseriren lasse. Wornach ein Jeder sich zu achten und vor Schaden und Nachtheil aber zu hüten hat.

Schloß Mitau, den 31sten März 1830.

(L. S.) Kurländischer Civilgouverneur:
C. v. Brevern.

J. v. Klein, Regierungsrath.

J. Ebeling, Regierungsrath.

M. Zeitler, Regierungsrath.

W. Diederichs, Regierungsassessor.

No. 3042. Bolschwing, Regierungsscretair.

B e f e h l

Seiner Kaiserlichen Majestät,
des Selbstherrschers aller Rußen ꝛ. ꝛ. ꝛ.,

aus

dem dirigirenden Senat,

an

den Herrn Generallieutenant, Senateur, Rigaschen
Kriegsgouverneur, und Lief-, Ehst- und Kurländischen
Generalgouverneur und Ritter, Baron Matwey
Iwanowicz von der Pahlen.

Es hat der dirigirende Senat sich vortragen
lassen, Erstens: den Vortrag des Herrn Ge-
heimeraths, Dirigirenden des Justizministerii,
Ministersegehülffen und Ritters Dmitrij Wasil-
jewitsch Daschkow, durch welchen derselbe bei
der Anzeige, daß der Herr Finanzminister an ihn
den Allerhöchst Namentlichen, dem dirigirenden
Senat am 24sten dieses Januars ertheilten Ukas,

in Betreff der Erlaubniß für den Kurländischen Adel, einen Kreditverein zu errichten, und das Originalreglement für diesen Verein begleitet habe, — solchen Allerhöchst Namentlichen Ukas und das Originalreglement dem dirigirenden Senat, Behufs der zur Erfüllung desselben zu treffenden Anordnung, vorgetragen. Zweitens: den gedachten Allerhöchst Namentlichen Ukas, in welchem enthalten ist: Dem Uns von dem Bevollmächtigten des Kurländischen Adels unterlegten allerunterthänigsten Gesuche, wegen Errichtung eines Kreditvereins in diesem Gouvernement, willfahrend, und in der Erwägung, daß der Kurländische Adel, gleich dem Liefländischen und Ehstländischen, nach der Art und Beschaffenheit seiner Güter, an der für den Adel der übrigen Gouvernements durch die Reichsbank-Verordnungen eröffneten Unterstützung nicht Theil nimmt, nnterdessen aber mit Schulden belastet ist, welche die Bervollkommung der ökonomischen Einrichtungen behindern, haben Wir dem Adel Kurlands gestattet, auf den Grund des hier beigehenden Reglements einen Kreditverein zu errichten, welcher gegen

Unterpfand (Salog) unbeweglicher Güter und für gemäßigte Prozente Darlehne, durch den allgemeinen Kredit und durch die solidarische Verpflichtung aller Edelleute, welche zu dieser Einrichtung ihre Zustimmung erteilt haben, geben und solchergestalt Jedem von ihnen die Mittel zur Verbesserung der Oekonomie (Chosaiswa) gewähren könne. Der dirigirende Senat wird nicht unterlassen, nach dem Inhalte des Reglements dieses Vereins, wenn es gebühret, vorzuschreiben, daß dieses gehörig in Erfüllung gesetzt werde. Und Drittens: daß, diesem Ukas beigefügte Reglement für den Kurländischen Kreditverein. — Und Befohlen: Von dem, dem Allerhöchsten Kamentlichen Ukas beigefügten Reglement für den Kurländischen Kreditverein, eine gehörig beglaubte Abschrift, an Sie, Herr Rigascher Kriegsgouverneur, zu begleiten, und Ihnen anheim zu stellen, dieserhalb gehörige Anordnung zu treffen, und über den Erfolg dem Senat zu berichten. — Als weshalb auch an Sie der Befehl zu erlassen, mittelst eines solchen aber auch der Herr Finanzminister zu benachrichtigen ist. — In Folge dessen auch

die Abschrift von dem gedachten Reglement hier
beigefügt wird.

Den 11ten Februar 1830.

Das Original haben unterschrieben:

Obersekretär Korsakowik.

Sekretär Kolodnin.

Kanzellist Masfelow.

Die Abschrift beglaubiget:

Sekretär J. Andrejew.

Erstes Departement.

No. 8287.

In fidem versionis:

Kollegienassessor P. de la Croix, Sekretär
und Traducteur.

Copia.

Translat.

R e g l e m e n t

d e s

Kurländischen Kreditvereins.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Der Kurländische Kreditverein ist die Gesamtheit derjenigen Kurländischen Gutsbesitzer, welche ihr Grundeigenthum zu einer solidariſchen und speciellen Hypothek für ihre Realgläubiger nach den in dieſem Reglement enthaltenen Beſtimmungen verpfändet haben. *)

§. 2.

Der Zweck des Kurländiſchen Kreditvereins iſt die Sicherheit der Gläubiger für Kapital und Zinſen, Wiederherſtellung des Kredits der Gutsbeſitzer, die endliche Befreiung der Landgüter von den auf ihnen haftenden Schulden durch ein mit einem Tilgungsfonds verbundenes Pfandbriefs-System.

*) Erg. III. §. 11. und VI. §. 3.

§. 3.

Da durch die zu erbittende Allerhöchste Kaiserliche Sanction der Kurländische Kreditverein zu einer öffentlichen Anstalt erhoben wird, so hat er sich auch diesem gemäß des besonderen Schutzes aller hohen Staatsautoritäten und Behörden zu erfreuen.

§. 4.

Nach erfolgter Allerhöchster Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät ist dieses Reglement durch den Druck zur allgemeinen Wissenschaft zu bringen und allen Behörden des Kurländischen Gouvernements mitzutheilen, zugleich auch diese erfolgte Allerhöchste Bestätigung durch die Kurländischen, Reichs- und auswärtigen Zeitungen mit der Anzeige zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, daß innerhalb Jahresfrist alle stillschweigenden und sonstigen Ansprüche und Forderungen in den kompetenten Gerichtsinstanzen korroborirt seyn müssen, und nach Ablauf dieser Frist die nicht intabulirten den Pfandbriefs-Darlehen nachstehen werden.

§. 5.

Der Verein wird als moralische Person betrachtet, welche

- 1) ihre besondere Verwaltung und Kontrolle,
- 2) ihr besonderes Hypothekenbuch bei den Instanzgerichten *),
- 3) ihren privilegierten Gerichtsstand in erster Instanz, das Oberhofgericht,

hat.

§. 6.

Der Kreditverein bedient sich bei dessen Geschäftsführung des Siegels der Kurländischen Ritterschaft, und genießt ohne Ausnahme für Korrespondenz und Versendungen von Akten, Postfreiheit. Für Baarschaften in klingender Münze und Banko-Assignationen aber, zahlt derselbe zu den Posteinkünften nur die Affekuranzgelder. Er ist in demselben Umfange von dem Gebrauche des Stempelpapiers befreit, wie die Landtage und die Kommittée der Kurländischen Ritterschaft.

*) In diesen Behörden werden alle Pfandverschreibungen korroborirt.

§. 7.

Der reglementsmäßigen Existenz des Vereins geht ein provisorischer Zustand voraus.

§. 8.

Die Dauer des Vereins ist, abgesehen von der Dauer des provisorischen Zustandes, 50 Jahre, nach deren Verlauf derselbe aufgelöst wird, falls die Verhältnisse die fernere gesetzliche Fortdauer nicht erheischen sollten. *)

§. 9.

Falls im Laufe der Zeit und durch Veränderung der Umstände der Kreditverein für nothwendig befinden sollte, das gegenwärtige Reglement zu ändern, oder mit ganz neuen Zusätzen zu versehen, so sollen diese, sobald sie Seiner Kaiserlichen Majestät auf dem vorschristmäßigen Wege unterlegt worden und die Allerhöchste Bestätigung erlangt haben, gleiche Verbindlichkeit mit allen übrigen Bestimmungen erhalten. Bestimmungen, welche das Wesen des Reglements modificiren und der Allerhöchsten Bestätigung bedürfen, können nicht anders, als durch $\frac{2}{3}$ der stimm-

*) Erg. I. §. 1.

habenden Societätsglieder beliebt werden. Ist jedoch eine wichtige von vielen Mitgliedern des Vereins vorgeschlagene Abänderung oder nähere Bestimmung bei dem ersten Vortrage derselben nicht angenommen worden, so soll über eine solche zum zweiten Male in dem nächstfolgenden Konvent abgestimmt, und sie erst dann als ganz beseitiget erachtet werden, wenn auch in diesem Konvent sich die Mehrheit von $\frac{2}{3}$ nicht für sie erklärt hat. Alle übrigen Bestimmungen, die nur die Form der Verwaltung betreffen, werden, in so fern sie nicht die Sicherheit der Kreditoren beeinträchtigen, ohne alle Bestätigung auf Beschluß von $\frac{2}{3}$ der Mitglieder in Ausführung gebracht. *)

Zweites Kapitel.

Provisorischer Zustand.

§. 10.

Nachdem die Allerhöchste Bestätigung des Kurländischen Kreditreglements erfolgt ist, ladet der Kurländische Landesbevollmächtigte sofort

*) Erg. IV. §. 5.

durch eine Publikation in dem Kurländischen Amts- und Intelligenzblatt alle Kurländischen Gutsbesitzer, die einen Kreditverein bilden wollen, zu einer Versammlung nach Mitau ein.

§. 11.

In dieser Versammlung präsidiert der Landesbevollmächtigte, und der Ritterschaftssekretär führt das Protokoll, zu welchem sich die anwesenden Gutsbesitzer zu legitimiren haben, und in welches deren Namen und Besitzlichkeiten nach den Oberhauptmannschaften, in welchen letztere belegen sind, verzeichnet werden.

§. 12.

Die auf diese Weise versammelten Gutsbesitzer wählen aus ihrer Mitte:

einen Direktor,

einen Rath für jede Oberhauptmannschaft,
und

einen Kurator für jede zehn bis zwanzig Güter, deren Besitzer in den Kreditverein aufgenommen werden wollen, und hierauf einen Sekretär und einen Buchhalter, wozu auch Unbesitzliche bestellt werden können.

§. 13.

Die dergestalt gewählte Direktion fundirt ihre Sitzungen in dem dazu von der ersten Versammlung der Gutsbesitzer zu bestimmenden Lokale, beschäftigt sich vorläufig mit reglementsmäßiger Organisation ihrer Geschäftsverwaltung, und requirirt zu Deckung ihrer nothwendigen Ausgaben die Ritterschafts-Kommittée um Auszahlung des von der Bewilligung der Ritterschaft zu erwartenden, bald möglichst wieder zu erstattenden Darlehns von 3000 Rubeln Silbermünze.

§. 14.

Die Direktion schreitet hierauf zur Taxation derjenigen Landgüter, die in den Kreditverein aufgenommen werden sollen, und zwar Allem zuvor derjenigen, welche dem Direktor, den Råthen und den Kuratoren gehören.

§. 15.

Wenn in der Direktion über die Receptionsfähigkeit der dem Direktor gehörigen Landgüter geurtheilt wird, so muß, an Stelle des hierbei austretenden Direktors, der Lan-

desbevollmächtigte das Präsidium in der Direktion führen; und wird über die Receptionsfähigkeit der den Räten gehörigen Landgüter geurtheilt, so muß der nicht residirende Kreismarshall derjenigen Oberhauptmannschaft, in welcher die zur Verhandlung stehenden Besitzlichkeiten des Raths belegen sind, an dessen Stelle Sitz und Stimme in der Direktion nehmen.

§. 16.

Wenn die Receptionsfähigkeit eines Mitgliedes der Direktion nicht anerkannt werden sollte, so tritt dasselbe gänzlich aus, und es wird seine solchergestalt erledigte Stelle, durch sofort anzustellende reglementsmäßige Wahl, unverzüglich besetzt.

§. 17.

Wenn wenigstens 40 Gutsbesitzer ihre Receptionsfähigkeit nachgewiesen haben, so hört der provisorische Zustand des Kreditvereins auf, und erst mit dem Anfange des definitiven Zustandes desselben, ist die Direktion berechtigt, Pfandbriefe zu freiren und auszugeben. Die im provisorischen Zustande gewählte Di-

rektion und Kuratoren bleiben jedoch bis zum nächsten Konvent in Funktion.

§. 18.

Sobald der definitive Zustand des Vereins eingetreten ist, muß die Direktion ein namentliches Verzeichniß aller in den Verein aufgenommenen Güter, und eine Berechnung über die aus dem Darlehne der Ritterschaft gemachten Ausgaben, durch den Druck öffentlich bekannt machen.

Drittes Kapitel.

Definitiver Zustand.

Von der Beschaffenheit und den Vorzügen der Pfandbriefe.

§. 19.

Die Pfandbriefe des Kreditvereins sind auf den Namen des Darlehngewährenden, mit der Berechtigung, aufkündigen zu dürfen, gestellte zinsbare Schuldverschreibungen, welche von der Direktion des Kreditvereins Namens

desselben, unter solidarischer genereller Verpfändung des gesammten Vermögens des Kreditvereins, und unter specieller Verpfändung eines einzelnen, zum Kreditvereine gehörigen Gutes, ausgefertigt werden, und dem Inhaber Sicherheit für das dargeliehene Kapital und dessen Zinsen gewähren, und beim jedesmaligen Uebergange cedirt werden müssen.

§. 20.

Die Pfandbriefe werden auf Silberrubel ausgestellt, und jährlich im Johannistermin (am 12ten Juni), gegen Aushändigung der zu ihnen gehörigen, von fünf zu fünf Jahren auf Vorzeigung des Pfandbriefes zu erneuernden Zinskoupons, mit fünf Procent verrentet. *)

§. 21.

Die Pfandbrief-Inhaber sind ungeachtet eines Konkurses, welcher über ein denselben im Pfandbriefe verhypothecirtes Gut ausbrechen könnte, ohne alle Unterbrechung zur unfehlbaren Perception ihres Kapitals und dessen Zinsen berechtigt.

*) Erg. II. §. 1. und III. §. 1. und 2.

§. 22.

Die Darlehne, welche auf die Hypothek der dem Kreditvereine verpfändeten Güter bewilliget werden, können nicht mehr betragen, als ein Drittel oder die Hälfte ihres reglementarisch ausgemittelten Werthes.

§. 23.

Alle Pfandbriefe, sie mögen früher oder später in die Hypothekenbücher eingetragen seyn, genießen gleiche Vorrechte.

§. 24.

Pfandbriefe, als von dem Kreditvereine für Kapital und Zinsen sichergestellte Schuldverschreibungen, qualificiren sich vorzugsweise zur Anlegung von Pupillenvermögen und solcher Kapitalien, die frommen Stiftungen gehören, so wie zur Bestellung von Salogen und anderweitigen Bürgschaften.

Viertes Kapitel.

Von den Personen, welche zur Aufnahme von Pfandbriefen, und den Gütern, welche zur Belastung mit denselben geeignet sind.

§. 25.

Zur Belegung mit Pfandbriefen sind alle Kurländischen Landgüter geeignet, über welche die Eigenthümer, oder deren gesetzliche Stellvertreter, gültige Darlehnsverträge zu schließen befugt sind, und über welche Hypothekenbücher in den Instanzgerichten geführt werden. *)

§. 26.

Erbpfandbesitzer haben in Absicht der Aufnahme mit den Erbeigenthümern gleiche Rechte.

§. 27.

Wenn auf Gesammthandgüter, Majorate oder Fideikomnisse, Pfandbriefe verlangt werden, so können selbige niemals über ihren Antrittspreis und targemäßen Werth mit Pfandbriefen belegt werden, und muß nächst dem auch alles dasjenige beobachtet werden, was die Geseze, Privatstiftungen und Familien-

*) Erg. III. §. 10.

verträge in Ansehung ihrer Verpfändung überhaupt vorschreiben. *)

§. 28.

Keinerlei Schuldverschreibungen oder stillschweigende Hypotheken können den Pfandbriefen vorgehen und vorgezogen werden, eben so wenig Verschreibungen über Lebtagsrechte, Protestationen und andere Verbindlichkeiten gegen die Hohe Krone, oder ein vom Staate privilegiertes Institut, es habe Namen, wie es wolle.

§. 29.

Die Aufnahme eines Gutes in den Verein, ist während der funfzigjährigen Dauer desselben an keine Zeit gebunden, und kann daher in jedem dieser funfzig Jahre vollzogen werden, wenn der Darlehnsnehmer sich von dem zu empfangenden Darlehn so viel abziehen läßt, als der Tilgungsfonds, von dem Eintritte des definitiven Zustandes der Anstalt gerechnet, bis zum Tage seines Eintritts in den Verein beträgt. **)

*) Erg. II. §. 3. und IV. §. 17.

**) Erg. I. §. 1.

Fünftes Kapitel.

Von dem Verfahren bei nachgesuchten Pfandbriefs-Darlehen und von Ausfertigung und Eintragung der Pfandbriefe.

A.

Von dem Taxationsverfahren.

§. 30.

Wer Pfandbriefe auf sein Gut verlangt, muß sich Allem zuvor mit der Bitte um Abschätzung desselben an die Direktion wenden, und sich zugleich in seinem Gesuche darüber erklären, ob er eine generelle oder specielle Taxation wünscht.

§. 31.

Wer nur eine generelle Taxation verlangt, begründet sein Gesuch zunächst durch die im Ersten Anhange bei der generellen Taxation bezeichneten Dokumente bei der Direktion, welche hierauf den kompetenten Bezirkskurator und einen ihm beigeordneten, zum Vereine gehörigen Gutsbesitzer zur Würdigung und Vergleichung der obbemeldeten Dokumente requirirt. *)

*) Erg. IV. §. 7.

§. 32.

Findet die Direktion die generelle Taxation gehörig begründet, so bewilliget sie das Darlehn; scheint ihr hingegen der Zustand des Gutes die Sicherheit des Vereins durch generelle Taxation zu gefährden, so bestimmt sie von sich aus eine specielle Taxation (vide Ersten Anhang), deren Ergebniß das Maximum des Kreditwerthes feststellt. *)

§. 33.

Hat ein Gutsbesitzer nach den Regeln der generellen Taxation ein Darlehn erhoben, so bleibt es ihm unbenommen, auch später um eine specielle Taxation seines Gutes zu bitten, welche die Direktion sodann anzuordnen verpflichtet ist. **)

§. 34.

Wer ein Darlehn nach der speciellen Taxation begehrt, ist gehalten, seinem desfallsigen Gesuche eine Beschreibung seines Gutes, und eine specielle, die Qualität und Quantität erörternde Aufzählung aller nuzbaren Gegenstände anzufügen, die er abgeschätzt wissen will.

*) Erg. II. §. 4., III. §. 7. und IV. §. 9.

**) Erg. III. §. 10.

§. 35.

Die Direktion ernennt zur speciellen Taxation eine Kommission, welche bei Gütern von 30 und mehr Wirthen aus einem Direktionsmitgliede, einem Bezirkskurator und einem benachbarten Gutsbesitzer, bei Gütern von weniger als 30 Wirthen aber aus einem Direktionsmitgliede und einem Bezirkskurator, oder aus letzterem und einem benachbarten Gutsbesitzer bestehen muß, — und instruiert solche durch vorläufige detaillirte Würdigung der von dem nachsuchenden Gutsbesitzer eingereichten Beschreibung der zu taxirenden Gegenstände, mit Hinweisung auf die im Ersten Anhange enthaltenen Vorschriften für die specielle Taxation.

§. 36.

Wenn ein zur Taxation requirirter Gutsbesitzer sich diesem Geschäfte durch Ausbleiben entzieht, ohne bei der Direktion entweder allgemein rechtlich legale Entschuldigungsgründe beigebracht, oder bewiesen zu haben, daß er in einem Jahre zwei, oder in drei Jahren fünf Taxationen bewerkstelliget habe, so verfällt derselbe zum Besten des eigenthümlichen Fonds

Des Kreditvereins in eine Pön von 25 Rubeln Silbermünze.

§. 37.

Bei jedesmaligem Ausbleiben des requirirten Mitgliedes des Kreditvereins, substituirt das älteste Mitglied der Taxationskommission einen Stellvertreter aus dem Vereine.

§. 38.

Die zur Taxation beauftragte Kommission verfährt unter Leitung des delegirten Direktionsmitgliedes oder des Bezirkskurators, mit Zuziehung eines von diesem erwählten Protokollführers, welcher ein besonderes Protokoll aufnimmt, das den Gliedern der Kommission zur Verzeichnung ihrer dissentirenden Meinungen offen steht, und von denselben unterzeichnet werden muß. *)

§. 39.

Nach beendigtem Taxationsgeschäfte theilt das dirigirende Mitglied der Kommission dem nachsuchenden Gutsbesitzer die Resultate der Abschätzung mit, damit letzterer seine Ausstellungen machen, oder seine Zufriedenheitserklärung zum Protokoll verschreiben lassen könne.

*) Erg. IV. §. 7.

§. 40.

Nachdem sämmtliche Aktenstücke an die Direktion eingesandt worden sind, bestimmt diese zwei, nicht mit der Taxation beauftragte Direktionsräthe, welche, ein jeder für sich, den Inhalt derselben zu prüfen, den Taxwerth des betreffenden Gutes und den nach demselben zu modificirenden Vorschuß zu berechnen, und ihre Relation, ein jeder für sich, ohne vorhergegangene gemeinschaftliche Berathung, der Direktion baldmöglichst zu verabreichen gehalten sind.

§. 41.

Die Direktion entscheidet ohne Zuziehung des zur Taxation demandirten Direktionsgliedes nach Erwägung der eingesandten Aktenstücke und der Relation der Direktionsräthe über die Vollständigkeit der ihr vorgelegten Akten, verfügt nöthigenfalls ihre Vervollständigung, und setzt endlich das zu bewilligende Darlehn fest.

§. 42.

Findet der nachsuchende Gutsbesitzer bei Feststellung des Kreditwerthes sein Interesse beeinträchtigt, so steht es demselben frei, darüber bei der Direktion Vorstellung zu machen, und

wenn diese die gewünschte Abänderung nicht herbeiführen würde, seine Beschwerde bei dem nächsten Konvent anzubringen, welcher dieselbe prüft, und nach Stimmenmehrheit definitiv entscheidet, — immittelst aber, unter Vorbehalt seiner weiteren Rechte, das dargebotene Darlehn in Empfang zu nehmen.

B.

Von dem gerichtlichen Verfahren bei den Hypothekenbehörden und dem Oberhofgericht.

§. 43.

Nachdem Inhalts des 28sten §. dem Kreditvereine ein privilegiertes Pfand- und Vorzugsrecht zugestanden worden, so ist ein jeder Gutsbesitzer, welcher sich in diesen Verein aufnehmen zu lassen beabsichtigt, gehalten, in so fern er mit dem aus dem Kreditvereine aufzunehmenden Darlehne seine, dieser Summe nachstehenden Gläubiger nicht zu befriedigen vermag, die Einwilligung dieser nachstehenden Gläubiger zum Prioritätsrechte des Kreditvereins in forma probante zu bescheinigen.

§. 44.

Von dieser Einwilligung zum Prioritätsrechte des Kreditvereins sind, ihrer singulairen

Natur nach, alle unablösbaren Stiftungskapitalien zu eximiren, indem dergleichen nach den dafür zu entrichtenden Zinsen zu berechnen sind, und der solchergestalt ausgemittelte Kapitalbetrag von der zu bewilligenden Darlehenssumme durch zurückzubehaltende, vom Vereine ad depositum zu nehmende Pfandbriefe abziehen ist.

§. 45.

Wer Pfandbriefe auf sein Gut ausgefertigt haben will, muß, nachdem er sich mit der Bitte um Abschätzung seines Gutes an die Direktion des Kreditvereins verwendet hat, zum künftigen, weiter unten anzudeutenden Gebrauch, nachstehende Erklärung in das Hypothekenbuch des kompetenten Instanzgerichtes eintragen lassen: „daß er wegen beabsichtigter Verpfändung „seines Gutes N. N. an den Kreditverein sich „aller seiner dinglichen Rechte und Befugnisse „auf selbiges, ohne irgend eine Ausnahme statt „finden zu lassen sub vitio nullitatis von diesem Augenblick an, bis dahin begeben, wo entweder die Anleihe aus dem Kreditvereine „bewilliget und ingrossirt, oder die Verweige-

„rung derselben, Behufs der erforderlichen Declaration vorstehender Erklärung, beigebracht seyn wird.“

§. 46.

Die Direktion erläßt hierauf eine Anzeige in den Intelligenzblättern, damit alle, welche an das Gut N. N. noch welche rechtmäßige Forderungen und Ansprüche haben, diese innerhalb viermonatlicher Frist in die kompetenten Gerichtsinstanzen eintragen lassen müssen.

§. 47.

Nach Ablauf dieser Frist bringt der Nachsuchende folgende Aktenstücke bei der Direktion bei:

- a) die letzte Erwerbungsurkunde seines Gutes, welche seinen Besitztitel dokumentirt. Falls indessen ein Gut notorisch eine lange Reihe von Jahren im Besitze einer Familie unverändert geblieben, und durch Erbgang an den jetzigen Besitzer gediehen wäre, so ist es hinlänglich, daß ein solcher Besitzer in Ermangelung anderweitiger, über den Erwerbstitel seines Gutes sprechenden Dokumente, wenn

er der alleinige Erbe seiner Ascendenten ist, durch eine Bescheinigung des kompetenten Oberhauptmannsgerichts seine ausschließliche Berechtigung, auf das durch Erbgang überkommene Gut, darthue, — wenn er aber Geschwister oder andere Miterben hätte, von diesen ebenfalls eine gerichtlich einbekannte Bescheinigung beibringt, Inhalts deren diese ihn für den alleinigen uneingeschränkten und dispositionsfähigen Besitzer des fraglichen Gutes anerkennen; —

- b) einen von der Hypothekenbehörde ausgefertigten Extrakt über alle in ihre Korroborationsbücher eingetragenen hypothekarischen und anderweitigen Verpflichtungen, Dispositionsbeschränkungen, Rationen, Vormundschaften u. s. w., auf welchem Extrakt zugleich die in dem vorstehenden §. 45. enthaltene Erklärung bescheiniget seyn muß; — *)
- c) für den Fall, daß der Darlehnsuchende es seinem Interesse angemessen fände,

*) Erg. VI. §. 1.

von denjenigen Gläubigern, die aus dem Pfandbriefs-Darlehen nicht befriediget werden könnten, eine Koncessionserklärung zur Belegung seines Gutes mit Pfandbriefen unter Anerkennung des dem Kreditvereine einzuräumenden reglementsmäßigen Prioritätsrechtes; —

- d) wenn derselbe verheirathet ist, und nicht etwa das Darlehnsgeſuch unter ſolidariſcher Verhaftung beider Eheleute verabreicht wäre, eine von ſeiner Ehegattin, mit Zuziehung eines beſonders zu dieſem Akte erbetenen Aſſiſtenten ausgeſtellte gerichtlich einbekannte Erklärung des Inhalts: „daß ſie wohlbelehrt von den ihr „zuſtehenden Rechten wegen ihres ein- „gebrachten Vermögens, und unter Ent- „ſagung des Senatus conſulti Velle- „jani und der Authenticae: Si qua „mulier, unter den herkömmlichen Eides- „worten dem Kreditvereine das regle- „mentsmäßige Vorzugsrecht einräume.“*)

*) Erg. III. §. 6.

§. 48.

Ausgenommen von der Anmeldung sind:

- a) alle von dem Gute zu entrichtenden
Krons-, Landschafts- und Kirchenabgaben;
- b) alle Servitutsberechtigte.

§. 49.

Findet der Darlehnnachsuchende unter den auf sein Gut ingrossirten Anforderungen solche die er bestreiten zu können vermeint, und die der Bewilligung des Darlehns entgegenstehen, so hat er seinen Widerspruch zuvörderst auf richterlichem Wege durchzuführen.

§. 50.

Ein solcher vor dem Oberhofgerichte durchzuführender Rechtsstreit wird, gleich der bei dem Ediktalprozesse statt findenden Form in Disputationsverfahren, von 10 zu 10 Tagen erledigt, und die dritte Dilation ohne Anregung irgend eines Betheiligten ipso jure nur peremptorisch zugestanden; sollte indessen Jemand durch sofort zu bescheinigende, unüberwindliche Hindernisse, z. B. dadurch, daß er seine Beweismittel aus

dem Auslande herbeizuschaffen genöthiget wäre, in die Unmöglichkeit versetzt seyn, den präklusivischen Disputationstermin wahrnehmen zu können, so läßt das Oberhofgericht über diese Impedimente ein kurzes mündliches Verfahren zu, und bescheidet unverzüglich über eine nach Maßgebung der angeführten und bescheinigten Umstände zu bewilligende oder abzuschlagende Fristverlängerung.

§. 51.

Gegen die Finalentscheidungen Eines kurländischen Oberhofgerichts findet, bei Unzufriedenheit der Parteien, der Refurs an Einen dirigirenden Reichssenat in gesetzlicher Art statt, wobei die Rechtskraft des angefochtenen Oberhofgerichtlichen Endurtheils, bis zu Eingang der Entscheidung Eines dirigirenden Senats, suspendirt wird.

§. 52.

Nach Bekanntmachung dieser Präklusivbestimmungen findet gegen dieselben weder eine restitutio in integrum, noch irgend ein anderes, sonst gesetzlich zulässiges Impugnativmittel statt.

C.

Verfahren bei Ausfertigung, Eintragung und
Vertheilung der Pfandbriefe.

§. 53.

Die eingegangenen Darlehnsgesuche werden mit den sie begründenden Aktenstücken, und namentlich dem extradirten Endurtheil Eines Kurländischen Oberhofgerichtes, nebst aufgenommenen Taxen, in Plenarversammlungen der Direktion zum Vortrage gebracht, und die darüber nach Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüsse in besonderen Protokollen verschrieben, von sämmtlichen Gliedern der Direktion unterschrieben und vom Sekretär kontrasignirt.

Die Direktion wird auf Kosten des Darlehnsfuchers alle aus dem Kreditwerth zu befriedigenden Gläubiger durch die Mitauschen Intelligenzblätter einmal und peremptorisch auffordern, sich vor dem 15ten November des laufenden Jahres bei der Direktion darüber zu erklären, ob sie ihre Kredita im darauf folgenden Johannis in baarem Gelde, oder in Pfandbriefen erheben wollen, und im letzteren Falle, in welcher Größe diese ausgefertigt werden sollen, — indem dieje-

nigen, welche diese Erklärung unterlassen würden, es sich unweigerlich gefallen lassen müssen, nach den anzuzeigenden Bestimmungen des Darlehns-suchenden befriediget zu werden. *)

§. 54.

Die Direktion läßt sich weder mit dem Darlehnsucher, noch mit dessen Kreditoren, auf eine andere Liquidation ein, als welche die Bezahlung der korroborirten, oder vom Debitor im Ediktalprozeß angegebenen, vom Oberhofgerichte anerkannten Debita mit Pfandbriefen oder baarem Gelde betrifft. Von dieser Liquidation sind demnach alle Koursberechnungen, Zinsrückstände &c. &c. gänzlich ausgeschlossen, welche der Darlehnsucher bis zu demjenigen Johannisterrn berichtet haben muß, von welchem ab dem Vereine die Verzinsung derjenigen Pfandbriefe obliegt, welche in Folge des geschlossenen Pfandvertrages mit dem Darlehnsucher freirt worden.

§. 55.

Die Pfandbriefe und dazu gehörigen Zinscoupons werden nach beigelegten Schematen, erstere auf Pergament, letztere auf gutes

*) Erg. VI. §. 2.

Schreibpapier, mit besonders dazu gestochenen Platten in lateinischen Lettern, in Gegenwart von wenigstens zwei Direktionsgliedern abgedruckt. Die Pfandbriefe können nur in runden Summen von 5000 bis 500 Silberrubeln ausgefertigt werden. *)

§. 56.

In versammelter Direktion muß der Sekretär die in den abgedruckten Exemplaren leer gelassenen Plätze mit der Pfandbriefssumme, der fortlaufenden Registraturnummer, dem Buchstaben des Pfandbriefes und dem Namen des Gutes ausfüllen und in das Register eintragen. Der Direktor und zwei Räte unterschreiben hierauf den Pfandbrief, drücken das Siegel bei, und der Sekretär kontrasignirt ihn. Die fünfjährigen Zinskoupons werden mit den Pfandbriefen zugleich angefertigt, und mit den nöthigen Vermerkungen versehen.

§. 57.

Der Gutsbesitzer stellt eine besondere Beschreibung über den Betrag des ihm bewilligten Darlehns aus, in welcher sowohl der etwa er-

*) Erg. IV. §. 11.

haltene baare Vorschuß; als auch die Pfandbriefe, mit genauer Bezeichnung ihrer Zahl, Nummer und Summe, endlich aber auch die eingelösten Hypothekeninstrumente bemerkt seyn müssen.

§. 58.

Dieses Dokument wird nur für denjenigen Betrag auf den gesetzlichen Summenbogen geschrieben, der den Werth der abzulösenden, bereits korroborirten Hypothekeninstrumente übersteigt, indem für den anderweitigen Betrag der Schuldverschreibung der Werth des Stempelpapiers bereits erhoben ist.

§. 59.

Die Direktion übersendet dem kompetenten Instanzgerichte zur Eintragung in ein neues, für die associirten Güter nach einem gleichmäßigen Schema von der Direktion anzufertigendes und an die verschiedenen Instanzgerichte zu versendendes Hypothekenbuch, das Oberhofgerichtliche Ediktal-Endurtheil, das Schuldokument des Gutsbesizers nebst den dazu gehörigen Pfandbriefen, auf welchen das erforderliche Korroborationsattestat, mit Auslassung des Datums, der Nummer und des Buchstaben,

mit abgedruckt ist. Das Instanzgericht intabulirt das Oberhofgerichtliche Endurtheil, corroborirt und ingrossirt das Schulddokument, und füllt die in Blanco gebliebenen Datum, Nummer und Buchstaben auf dem Korroborationsvermerk der Pfandbriefe aus, indem die Ingrossation dieser letztern bereits schon durch Eintragung des Schulddokuments nach seinem ganzen Inhalte vollzogen ist, versieht sämtliche Korroborationen mit der Unterschrift eines Gerichtsgliedes und des Instanzsekretärs, und sendet selbige endlich an die Direktion des Bankvereins zurück. *)

§. 60.

Diejenigen Hypotheken-Instrumente, welche nach dem abgetretenen Prioritätsrechte dem Kreditvereine nachstehen, können nur hinter dem Darlehn des Kreditvereins in das neue Hypothekenbuch nach der Reihefolge, in welcher sie früher gestanden, ingrossirt werden.

§. 61.

Die Inhaber der abzulösenden Hypotheken-Instrumente sind verpflichtet, selbige im Zo-

*) Erg. VI. §. 3.

Hannistermin an den zur Auszahlung bestimmten Tagen bei der Kassenverwaltung zur Einlösung oder zum Austausch gegen Pfandbriefe einzuliefern.

§. 62.

Die Direktion übersendet die eingelösten und eingetauschten Hypotheken-Instrumente an die Behörde zur Deletion aus den alten Hypothekenbüchern und asservirt selbige nach deren Rückgang.

§. 63.

Für diejenigen, welche die Einlieferung der abzulösenden Hypotheken-Instrumente bei der Kassaverwaltung verabsäumt haben, werden Pfandbriefe für den Betrag ihrer Forderung ad depositum genommen, und ihnen solche auf ihre Anforderungen, jedoch nur in den, der Versammlung des Direktorii bestimmten Terminen, gegen Aushändigung der Hypotheken-Instrumente und gegen Entrichtung der Depositalgebühren, ausgeliefert. — Ueber die nicht eingelieferten Schulddokumente erläßt die Direktion eine Warnungsanzeige durch das Intelligenzblatt. *)

*) Erg. III. §. 5.

§. 64.

Die Zahlungstage der Kasse des Vereins, laufen vom 12ten bis zum 15ten Juni inclusive, jedoch bleibt die Kasse für den Empfänger bis zum 26sten Juni offen.

§. 65.

Befinden sich unter den mit den Pfandbriefen zu deckenden Realverbindlichkeiten, noch unerfüllte Verpflichtungen gegen die Hohe Krone, oder gegen Privatpersonen für Lebtagsrechte, Vormundschaften und sonstige stillschweigende Hypotheken, besonders solche, welche durch keine bestimmte Summe ausgedrückt werden können, so muß der Darlehnsuchende sich vorläufig darüber zu einigen und zu legitimiren bemüht seyn, damit nach geschehener Befreiung seines Gutes von diesen Ansprüchen, dem Vereine die allererste Hypothek darauf angewiesen werden kann. Was die Verhaftung gerichtlich bestellter Vormünder und Kuratoren betrifft, so wird festgesetzt, daß der zweijährige Betrag der Einkünfte eines pupillarischen Grundvermögens von dem Darlehne, welches

der Vormund reglementsmäßig begehren könnte, in Abzug gebracht werden soll, hiernächst aber die den Pupillen gehörigen Obligationen und Activa dem Vormundschaftsamte nach einer genauen Konsignation auszuliefern sind, und solche Auslieferung bei der Direktion durch Aushändigung eines Empfangscheines bekundet werden muß. Ist ein Vormund zugleich Schuldner seines Pupillen, so soll mit dem Umtausch dieses Pupillenvermögens gegen Pfandbriefe eben so verfahren werden, wie mit dem Umtausch der übrigen Schulddokumente, diese Pfandbriefe aber nicht anders, als auf Verfügung der Vormundschaftsbehörde extradirt werden.

§. 66.

Alle mit Anfertigung der Pfandbriefe, der Zinskoupons, der Taxation, den Korroborationen und Deletionen verbundenen Kosten, werden nach der appendicirten Gebührentaxe von der Kassaverwaltung des Kreditvereins ausgelegt, und dem Darlehnsempfänger darüber eine Rechnung zugestellt, die er sofort zu berichtigen hat, widrigenfalls mit ihm, wie

beim Ausbleiben der Zinszahlungen, verfahren werden wird.

§. 67.

Diejenigen Pfandbriefe, welche nicht zum Umtausch gegen Hypotheken-Instrumente erforderlich sind, dürfen nur an den Darlehnsnehmer selbst, einem Dritten aber nicht anders, als auf gerichtliche Specialvollmacht ausgehändigt werden.

§. 68.

Ausser der Zeit des Gebrauchs werden die Platten und Stempel von der Direktion versiegelt, und unter besonderem Verschluss aufbewahrt.

Sechstes Kapitel.

Von Einzahlung, Beitreibung und Ergänzung der Zinsen, so wie von der Sequestration, Verpachtung und öffentlichen Versteigerung der dem Kreditvereine verpfändeten Güter.

A.

Von Einzahlung der Zinsen.

§. 69.

Alljährlich vom 1sten bis zum 12ten Juni, werden die Zinsen für die aus dem Kreditvereine empfangenen Darlehne in Silberrubeln bei der Kassaverwaltung eingezahlt. In dem nämlichen Termine fällige Zinskoupons, werden als Baarzahlung für Zinsen entgegengenommen. Ueber die erfolgte Einzahlung werden unter der Benennung des Gutes, nach einem von der Direktion zu entwerfenden Schema, gedruckte Quittungen ertheilt. *)

§. 70.

Theilweise Zinszahlungen werden nicht angenommen, ausser in den weiter unten ange-

*) Erg. II. §. 1., und III. §. 1. und 4.

fürten Fällen mit ausdrücklicher Bewilligung der Direktion.

B.

Von Vertreibung rückständiger Zinsen.

§. 71.

Nach abgelaufenem Zahlungstermine muß die Kassaverwaltung der Direktion sofort den Restantienverschlag einreichen. Diese requirirt bei gleichzeitiger Anzeige an die Gouvernements-Regierung nach Verlauf von 14 Tagen unverzüglich das kompetente Hauptmannsgericht um Sequestration des im Rückstande verbliebenen Gutes, und um dessen Uebergabe an den hierzu von der Direktion beauftragten Bezirkskurator, welcher zu gleicher Zeit von sämtlichen Rückständen des Gutes in Kenntniß gesetzt werden muß.

Sequestration.

§. 72.

Das Hauptmannsgericht hat diese Requisition innerhalb 14 Tagen zu erfüllen, und den Termin hierzu dem Gutsbesitzer und dem Bezirkskurator bekannt zu machen.

§. 73.

Der Bezirkskurator begiebt sich in diesem Termine auf das fragliche Gut, und findet er daselbst einen so großen Vorrath von Gutsgefällen, daß durch deren Verkauf, unbeschadet der Oekonomie, der Kreditverein befriedigt werden kann, so werden selbige entweder durch ihn unverzüglich auf die vortheilhafteste Art aus freier Hand verkauft, oder in einem kurz anzuberaumenden Termin, öffentlich durch das Hauptmannsgericht versteigert. Ueber die möglichst vortheilhafte Art des Verkaufs, ist der Gutsbesitzer mit seinen Anträgen zu hören.

Falls indessen der Gutsbesitzer vor, oder in dem Sequestrationstermin die Bezahlung seines Rückstandes nebst geursachten Kosten und einem Procent monatlicher Pönalzinsen von der rückständig gebliebenen Summe anbietet, so ist selbige von dem Bezirkskurator entgegen zu nehmen, interimistisch darüber zu quittiren, und der Betrag an die Direktion einzusenden, von welcher hieauf die Sequestration aufgehoben, und die von dem Kurator ertheilte Interims-

quittung gegen eine reglementsmäßige Interessenquittung umgewechselt wird. *)

Administration.

§. 74.

Sind keine veräußerlichen, oder nicht zulängliche Bestände vorhanden, um den Rückstand nebst den geursachten Kosten zu decken, so wird von dem delegirten Gerichtsgliede ein vollständiges Inventarium aufgenommen, und die förmliche Uebergabe des Gutes an den Bezirkskurator, zur Administration für Rechnung des Vereins, vollzogen, dem es auch anheim gestellt ist, die vorgefundenen Wirthschaftsbeamten beizubehalten, oder sie mit einer, nach Uebereinkunft zu bestimmenden, Entschädigung zu entlassen und neue anzustellen. Die beibehaltenen oder neu angestellten sind jedoch gerichtlich zu vereidigen.

§. 75.

Hat der Besitzer des sequestrirten Gutes Pränumerationen von Zinsnern, Vieh-, Mühlen-, Krugs-, Branntweinsbrennerei- u. Pächtern empfangen, so werden diese nur für ein

*) Erg. V. §. 7.

halbes Jahr anerkannt, sobald die Zinsner und Pächter die geschehene Zahlung dokumentiren, und durch gesetzliche Kontrakte beweisen, daß die Pränumerationen stipulirt waren. Diese Bestimmung tritt jedoch erst nach Ablauf eines Jahres nach Publikation des bestätigten Reglements in Kraft.

§. 76.

Ist das Gut zur Zeit seiner Sequestration bereits verpachtet, so kann der Arrondator, sobald er die gehörige Sicherheit geleistet hat, und das ihm vom Verpächter übergebene Inventarium als vorhanden nachweist, und wenn der Kreditverein durch die zu zahlende Pachtsumme vollständige Befriedigung erhält, beibehalten werden. Ueber die Beibehaltung eines Arrondators oder die Anordnung einer Administration entscheidet die Direktion, nachdem der Bezirkskurator derselben über alle obwaltenden Umstände, unter Beifügung des gerichtlich aufgenommenen Inventarii, Bericht abgestattet hat.

§. 77.

Bei Anordnung jeder Administration behält der Bezirkskurator die Oberverwaltung der

Wirthschaft, und darf in Beziehung auf dieselbe, ohne specielle Bewilligung der Direktion, keine wesentlichen Abänderungen treffen. Er übersendet der Direktion monatlich die von ihm revidirten Vorschläge, die Kassenbestände aber nur auf ihr jedesmaliges Anverlangen. *)

§. 78.

Dem Schuldner müssen jährlich die Administrationsrechnungen vorgelegt werden, und es steht ihm frei, seine Monita der Direktion einzureichen, die über ihren Gehalt definitiv entscheidet.

§. 79.

Sind von einem oder mehreren, dem Kreditvereine nachstehenden, Realgläubigern exekutive, oder den Konkurs herbeiführende Maßregeln gegen ein, dem Vereine verpfändetes Gut eingeleitet, so wird die Behörde, welche die Exekution oder den Konkurs zu verhängen hat, die Direktion davon benachrichtigen, damit dieselbe die erforderliche Sequestration sofort anordnen könne. In allen diesen Fällen bleibt dem Kreditvereine der ausschließliche

*) Erg. V. §. 8.

Pfandbesitz und die Verwaltung des Gutes, die Direktion theilt alsdann dem Konkursgerichte die Administrationsrechnung, lediglich nur zur Nachweisung über Einnahme und Ausgabe mit, und zahlt den, nach Befriedigung des Kreditvereins übrig bleibenden Kassarest, an den Kurator der Masse aus.

§. 80.

Die Sequestration dauert so lange, bis der Kreditverein für Zinsen, Kosten und dasjenige befriediget ist, was bei einem verschlimmert gewesenen Zustande des Gutes, zum Retablissement desselben verwendet worden, und bis kein anderer auf Zahlung dringende, die Fortsetzung der Sequestration veranlassende Realgläubiger vorhanden ist. Erst nach Beseitigung dieser Ursachen, wird der Sequester gehoben, und das Gut dem Schuldner wiedergegeben.

Verpachtung.

§. 81.

Kann dies nicht durch einjährige Administration, oder durch die schon früher von dem Schuldner angeordnete, und von der Direk-

tion beibehaltene Verpachtung des Gutes bewerkstelligt werden, und dringt kein, dem Vereine nachstehender Realgläubiger auf den Verkauf desselben, so hat die Direktion durch dreimalige Publikation in den Mitauschen Intelligenzblättern das Gut auf drei Jahre in Arrende auszubieten.

§. 82.

Bei Abfassung der Pachtkontrakte sind folgende Vorschriften hauptsächlich zu berücksichtigen, welche die Direktion nach der ihr obliegenden Verantwortlichkeit und Fürsorge für das Beste des Vereins in der Anwendung zu ergänzen verpflichtet ist, nämlich: daß

- a) die erforderliche Sicherheit bestellt;
- b) der bis zur Uebergabe des Gutes berechnete Zinsen- und Kostenrückstand sofort auf Abschlag der Pachtsumme entrichtet;
- c) die Pachtsumme halbjährig postnumerando bezahlt;
- d) allem Erlaß von der Pachtsumme entsaget;
- e) das Gut nach Ablauf der Pachtjahre inventarien- und kontraktmäßig, wie

der Pächter es übernommen, zurückgegeben werde;

- f) daß der Pächter sich der Revision der von der Direktion dazu beauftragten Beamten unterwerfe;
- g) daß für den möglichen Fall des Verkaufs des verarrendirten Gutes, wegen der alsdann eintretenden Entschädigung des Pächters, die erforderlichen Bestimmungen getroffen;
- h) wegen erforderlichen Retablissements schlecht unterhaltener Güter das Nöthige stipulirt;
- i) die unmittelbare Auflösung des Pachtkontraktes und die sofortige Uebergabe des Gutes durch das kompetente Hauptmannsgericht an die Direktion bei jeder Verletzung der Pachtbedingungen von Seiten des Pächters festgestellt, und endlich
- k) der Pachtkontrakt dergestalt abgefaßt werde, daß dem Vereine keine Nachrechnungen aus dem Pachtverhältnisse gemacht werden können.

§. 83.

Dem Gutsbesitzer, in so fern er noch nicht durch eine förmliche Konkursöffnung die Disposition über sein Vermögen verloren hat, oder dem Konkurskurator als Vertreter der Gerechtsame der dem Kreditvereine nachstehenden Gläubiger, ist es gestattet, sein Gutachten über die Arrendebedingungen abzugeben, über dessen etwanige Berücksichtigung die Direktion definitiv entscheidet.

§. 84.

Wenn der Gutsbesitzer sich wegen des Raumes mit dem Pächter einigen kann, so werden ihm während der Verpachtung, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er sich nicht in die Leitung der Wirthschaft mische, freie Wohnung und ausserdem nach Maaßgabe seiner Kreditverhältnisse, 25. bis 100 Rubel Banko-Assignationen monatlich, ohne alle anderweitige Emolumente, zugestanden.

§. 85.

Der nach vollständiger Befriedigung des Kreditvereins übrigbleibende Theil der Pachtsumme, wird den zunächst berechtigten Kredi-

toren des Schuldners, und wenn dergleichen gar nicht vorhanden seyn sollten, dem Debitor selbst ausgekehrt.

§. 86.

Ist der Kreditverein nach Ablauf der drei Pachtjahre vollständig befriediget, so muß das Gut dem Eigenthümer retradirt werden. Im entgegengesetzten Fall, und wenn kein dem Kreditvereine nachstehender Gläubiger auf Subhastation dringt, hängt es von dem Beschlusse der Direktion ab, ob das Gut wiederum auf drei Jahre verpachtet, oder öffentlich verkauft werden soll.

§. 87.

Wenn von einem Gutsbesitzer rückständige Renten drei Male durch Sequestration beige- trieben werden müssen, so ist die Direktion be- rechtiget, nach Erwägung der Umstände, dessen Gut zu verpachten, oder sub hasta zu stellen.

§. 88.

Finden sich keine Pächter, welche die ihnen in den Ausbotsterminen von der Direktion vor- gelegten Bedingungen übernehmen, so muß zur Subhastation des Gutes geschritten werden.

Subhastation.

§. 89.

Wegen der zu veranstaltenden Subhastation, wendet sich die Direktion mit ihrem desfallsigen Gesuche an das Kurländische Oberhofgericht, welches die Anberaumung des Subhastationstermines nach 6 Monaten, so wie die Vorladung aller Betheiligten zur Wahrnehmung ihrer etwanigen Rechte, unbeschadet des von dem Vereine erworbenen Pfandprioritäts- und Veräußerungsrechts, bescheidet, und die Publikation dieses Bescheides der Direktion aufgiebt.

§. 90.

Die Subhastation findet nach den von der Direktion beizubringenden Bedingungen vor dem Oberhofgerichte statt. Das Minimum des Verkaufspreises, wofür die Adjudikation erfolgen darf, ist der Betrag des annoch auf dem Gute haftenden Pfandbrief-Darlehn's nebst dessen rückständigen Zinsen und dem Vereine geursachten Kosten.

§. 91.

Die solchergestalt erfolgte Adjudikation hat, wie nach den bestehenden Reichsgesetzen jeder

bei einer gerichtlichen Subhastation erfolgte Zuschlag, den Effekt, daß sie dem Käufer ein unanstreitbares Eigenthumsrecht auf das von ihm erstandene Gut überträgt. Die Uebergabe des Gutes erfolgt erst, nachdem der Käufer die Kaufbedingungen erfüllt hat. Der etwaige Ueberschuß des Kaufpreises, wird von der Direktion entweder an den früheren Eigenthümer des Gutes, oder, wenn ein Konkurs über sein Vermögen ausgebrochen ist, an den Kurator der Masse ausgekehrt.

§. 92.

Die Direktion hat sich in den Kaufbedingungen darüber zu erklären, ob sie dem Käufer das annoch auf dem Gute haftende Pfandbriefsdarlehn, ohne neue Abschätzung des Gutes, ferner kreditiren will.

§. 93.

Wenn der erste Subhastationstermin ohne Erfolg geblieben, so ist die Direktion verpflichtet, innerhalb einer, nach Umständen abgekürzten Frist, die Ansetzung eines zweiten Subhastationstermins bei dem Kurländischen Oberhofgerichte zu exportiren. Wenn auch dieser

fruchtlos geblieben, so hängt es von dem Beschlusse der Direktion ab, — entweder:

- a) das Gut noch ferner für Rechnung des Vereins administrieren zu lassen; — oder
- b) dasselbe endlich in einem aufs Neue anzuberaumenden dritten Subhastationstermine ohne Berücksichtigung des im §. 90. bestimmten Minimums an den Meistbietenden zu verkaufen.

Findet die Direktion in einem solchen Falle dem Interesse des Kreditvereins angemessen, das Gut zu erstehen, so hat sie die Befugniß, in diesem Termine mitzubieten.

§. 94.

Sollten in den genannten Fällen weder die Gutsrevenue, noch der Rausschilling zur Befriedigung des Kreditvereins hinreichen, so ist dem Kreditvereine auch das anderweitige Vermögen des Gutsbesizers, in so fern es die älteren Rechte seiner übrigen Gläubiger gestatten, verhaftet. *) — Wenn aber auch dadurch die Befriedigung des Kreditvereins nicht erreicht werden könnte, so sind für diesen Ausfall

*) Erg. V. §. 2.

zunächst die Vereinsmitglieder desjenigen Kreises, in welchem das im Rückstande befindliche Gut belegen, nach Maßgabe ihrer Pfandbriefschuld, zum Ersatz verpflichtet, die Vereinsmitglieder der übrigen Kreise aber nur subsidia-
risch erst dann, wenn die Hypothek der früher verhafteten Vereinsmitglieder nicht ausreicht. Diese Ordnung der Verhaftung — die nur die Aufmerksamkeit der Vereinsmitglieder bei der Wahl ihrer Bezirkskuratoren und der bei der Abschätzung zugezogenen Gutsbesitzer, durch ihre zunächst hier versirende Verantwortlichkeit steigern soll, — alterirt in keiner Beziehung die reglementsmäßigen Rechte der Pfandbriefs-Inhaber auf prompte Zins- und Kapitalzahlung.

C.

Von den, verunglückten Schuldnern zu gewährenden Vorschüssen.

§. 95.

Den durch Unglücksfälle zurückgesetzten Schuldnern des Kreditvereins, kann eine angemessene Hülfe durch Nachsicht bei der Zinszahlung und durch zu gewährende Vorschüsse, bewilliget werden.

§. 96.

Der verunglückte Schuldner muß sogleich, spätestens innerhalb 14 Tagen, nachdem das Unglück ihn betroffen, einen Bezirkskurator zu dessen Besichtigung und Bescheinigung requiriren, und unmittelbar bei der Direktion ein Gesuch um Abschätzung des ihm dadurch verursachten Schadens einreichen. *)

§. 97.

Die Direktion delegirt ein Direktionsglied oder einen Bezirkskurator, und requirirt zwei Mitglieder des Vereins zur Untersuchung und Abschätzung des Schadenstandes.

§. 98.

Diese Kommission hat hauptsächlich auszumitteln:

- a) ob der abzuschätzende Schaden den Gutbesitzer unverschuldet getroffen habe?
- b) ob der Schaden so groß gewesen, daß der Ertrag des Gutes nicht zureicht, die in dem laufenden Jahre dem Kreditvereine gebührenden Zahlungen in den festgesetzten Terminen zu leisten?

*) Erg. III. §. 9.

- c) ob der Schaden so nachhaltig auf die Gutsrevenüen einwirkt, daß der Gutsbesitzer zum Retablissement seines Gutes eines neuen Vorschusses bedürftig ist?
- d) ob der Schaden solche Gegenstände getroffen, die entweder bei der Abschätzung des Gutes als nuzbare wirklich veranschlagt worden sind, oder sich, wenn das Gut nicht speciell taxirt worden, zu Objecten der speciellen Abschätzung reglementsmäßig qualificiren.

§. 99.

Ueber die Resultate der, auf die im vorstehenden §. bezeichneten Momente dirigirten Untersuchung, schickt die Kommission einen umständlichen Bericht an die Direktion, welche, wenn derselben nähere Auskünfte nothwendig erscheinen, eine neue, zu diesem Behuf instruirende Untersuchungskommission nach ihrem Ermessen anordnet, und hierauf, nach vollständig erlangter Kenntniß von den obwaltenden Umständen, die zu bewilligende Hülfe feststellt.

§. 100.

Bei dieser Feststellung muß die Direktion hauptsächlich berücksichtigen, daß Schadenstände, welche durch die Schuld des Gutsbesizers herbeigeführt sind, eben so wenig als diejenigen, welche nicht taxirte und nicht taxationsfähige Gegenstände betreffen, Ansprüche auf Unterstützung begründen, — ferner, daß die Unzulänglichkeit der Gutsrevenüen zur Deckung der laufenden Zahlungen an die Direktion, nur einen Aufschub der fälligen Zinszahlung veranlassen könne, Schadenstände aber, die das Retablissement des Gutes nothwendig machen, wenn der Gutsbesizer kein anderweitiges, notorisch disponibles Vermögen besitzt, zu einem Kapitalvorschusse berechtigen. Endlich muß die Direktion darüber einen Beschluß fassen, in welchem Betrage und auf wie lange die zu gewährende Hülfe bewilliget werden soll.

§. 101.

Der reglementsmäßige Tilgungsbeitrag muß jedoch bei bewilligter Nachsicht für die Zinszahlung unausgesetzt entrichtet werden; eben

so darf der Kapitalvorschuß unter keinen Umständen die Summe der durch den Tilgungsbeitrag bezahlten Pfandbriefs-Schuld übersteigen, und es muß derselbe innerhalb 5 bis 10 Jahren zurückgezahlt seyn. Hauptsächlich muß darauf gesehen werden, daß durch die bewilligte Hülfe und durch die in Folge derselben gesteigerten jährlichen Zahlungsverbindlichkeiten, der Verein, wegen zu besorgender Insolvenz des Gutsbesizers oder Unzulänglichkeit der Gutsrevenüen, nicht in Nachtheil und Verlegenheit gerathe.

§. 102.

Mit Ablauf der bewilligten Fristen muß der Schuldner unfehlbar alle durch die gewährte Hülfe ihm obliegenden neuen Zahlungen pünktlich leisten, widrigenfalls mit demselben, wie mit den säumigen Zinszahlern, nach den Vorschriften des Reglements verfahren werden wird.

D.

Von Ergänzung ausbleibender Zinsen.

§. 103.

Zur Ergänzung ausbleibender Zinsen ist besonders der eigenthümliche Fonds des Kredit-

vereins bestimmt. Derjenige, welchem nach Inhalt des 96sten §. für die Zinszahlung Nachsicht gestattet worden, ist verpflichtet, den für seine Rechnung deshalb gemachten Vorschuß nach dem Zinsfuße der Pfandbriefe, der säumige Zinszahler aber mit einem Procent monatlich zu verzinsen. *)

§. 104.

Wenn die Direktion zur Deckung rückständiger Zinsen Gelder aufnehmen muß, so stellt sie darüber für Rechnung des im Rückstande befindlichen Gutes Schulddokumente aus, welche mit den Pfandbriefen gleiche Rechte haben, und im nächsten Johannistermin von der Direktion gegen baare Zahlung eingelöst werden müssen. In diesem Fall zahlen die im Rückstande verbliebenen Gutsbesitzer, außer den im vorstehenden §. bestimmten Zinsen, an noch die durch die Geldnegoce verursachten, erweislichen Kosten.

*) Erg. V. §. 7.

Siebentes Kapitel.

Von Auszahlung der Zinsen.

§. 105.

Die Zinsen müssen vom 12ten bis zum 15ten Juni inclusive unfehlbar ausgezahlt werden, jedoch bleibt die Kasse bis zum 26sten Juni für den Empfänger offen. *)

§. 106.

Die Zinsen werden an den Inhaber der fälligen Koupons gegen Aushändigung derselben bezahlt, und diese ohne alle weitere Formlichkeit statt Quittungen angenommen.

§. 107.

Wer in den oben bestimmten Tagen die Zinsen nicht erhebt, kann sich zu ihrem Empfange erst in den nächsten Versammlungsterminen melden. Nach Verlauf eines Jahres werden jedoch die nicht empfangenen Renten, gegen Depositalegebühr, ad depositum genommen. **)

§. 108.

Die von der Kassaverwaltung eingelösten Zinskoupons geben einen vollständigen Beweis

*) Erg. II. §. 1. und III. §. 1.

**) Erg. II. §. 5.

der geschenehen Zinszahlung, gegen jeden Anspruch, der innerhalb fünf Jahren gemacht werden könnte. Nach Ablauf dieser Frist werden sie vernichtet, und jede Nachforderung der Zinsen ist alsdann erloschen.

Achtes Kapitel.

Von der Aufkündigung und Einlösung der Pfandbriefe.

§. 109.

Zur planmäßigen Tilgung sämmtlicher hypothecirten Pfandbriefe, zahlt ein jedes Mitglied des Kreditvereins an die Direktion, in dem im §. 20. dieses Reglements festgesetzten Termin für Entrichtung der Zinsen, zugleich einen von der Generalversammlung zu bestimmenden Theil zur Ablösung der Kapitalschuld. *)

A.

Von Aufkündigung der Pfandbriefe von Seiten der Schuldner.

§. 110.

Einem jeden Vereinsmitgliede steht es ausserdem frei, auch im Laufe der planmäßi-

*) Erg. II. §. 2., III. §. 2. u. 3., und VI. §. 4.

gen Tilgungsfrist, die auf seinem Gute haftenden Darlehne des Vereins, entweder sämmtlich auf einmal, oder auch theilweise, nämlich durch einzelne, ausser dem festgesetzten Tilgungsbeitrage erfolgende Kapitalabzahlungen abzulösen.

§. 111.

Diese Ablösung kann nur gestattet werden, wenn der Debitor die auf seinem Gute haftenden Pfandbriefe bis zum 1sten November bei der Direktion aufgekündigt hat, und für den Betrag der aufgekündigten Pfandbriefe andere Kurländische Pfandbriefe mit den dazu gehörigen Zinskoupons gegen einen von der Direktion ausgestellten respektive Anerkennniß- und Empfangschein eingeliefert hat, damit die annoch cirkulirenden, auf der Specialhypothek des Debtors haftenden, jedoch aufgesagten Pfandbriefe eingetauscht werden können. *)

§. 112.

Zu diesem Behuf fordert die Direktion, die Inhaber der aufgekündigten Pfandbriefe in dem Mitauschen Intelligenzblatte auf, solche im nächsten Johannistermin gegen Empfang

*) Erg. VI. §. 2.

anderer Pfandbriefe von gleichem Werthe einzuliefern. Die zu diesen Pfandbriefen gehörigen Zinskoupons werden bei ihrer Präsentation in der Kassaverwaltung gegen die laut §. 111. eingelieferten Zinskoupons eingetauscht.

§. 113.

Sollten die aufgekündigten, und durch die Intelligenzblätter zum Umtausch aufgeforderten Pfandbriefe von ihren Inhabern nicht in dem nächsten Johannistermin bei der Direktion eingeliefert seyn, so erläßt sie desfalls eine abermalige Publikation, unter der Verwarnung, daß, wenn erwähnte Einlieferung nicht bis zum darauf folgenden Johannistermin erfolgt, die gekündigten und bezahlten Pfandbriefe auf Requisition der Direktion ohne Weiteres aus den Hypothekenbüchern delirt, und durch öffentliche Bekanntmachung ausser Cours gesetzt werden würden. Nach Ablauf dieser Frist ist die Direktion verbunden, diese dergestalt ausser Cours gesetzten Pfandbriefe gegen Rückgabe des im §. 111. erwähnten Anerkenntniß- und Empfangscheines aus den Hypothekenbüchern deliren zu lassen.

§. 114.

Dem Inhaber eines dergestalt durch Publikation ausser Cours gesetzten Pfandbriefes, steht aus selbigem keine andere Berechtigung zu, als die des Umtausches gegen einen von gleichem Betrage für seine Rechnung ad depositum genommenen, für dessen Aufbewahrung er die reglementsmäßigen Depositalkgebühren zu bezahlen verpflichtet ist.

§. 115.

Bei der aussergewöhnlichen theilweisen Abzahlung der Pfandbriefsschuld, wird die abschläglich geleistete Kapitalzahlung dem Debitor nach einer von der Direktion den Grundsätzen des Tilgungsplanes gemäß anzufertigenden Berechnung zu Gute, und der dergestalt ausgemittelte Betrag von seiner ganzen Schuld abgeschrieben. Zugleich wird von dem Schuldner mit der Direktion entweder wegen Verminderung der jährlichen Zahlungen, oder wegen seines früheren Austritts aus dem Vereine, oder endlich wegen des Rechts, das er sich vorbehalten, fernerhin ein seiner aussergewöhnlich geleisteten Kapitalzahlung angemessenes Dar-

lehn verlangen zu dürfen, Uebereinkunft getroffen.

§. 116.

Nur die Ablösung sämmtlicher Pfandbriefe von der Hypothek des dem Kreditvereine verpfändeten Gutes, entbindet dasselbe von der übernommenen speciellen und solidarischen Verhaftung. Jedoch bleiben die einmal associirten Güter sämmtlich, bis zur erfolgten Rückzahlung des von der Gnade Seiner Kaiserlichen Majestät zu erbittenden Darlehns, der Hohen Krone verhaftet.

B.

Von der Aufkündigung von Seiten der
Pfandbriefs-Inhaber.

§. 117

Wer seinen Pfandbrief gegen baares Geld in der Direktion umsetzen will, ist verpflichtet, ihr solches bis zum 1sten November schriftlich anzuzeigen, und den Pfandbrief nebst Zinscoupons gegen eine auf jeden Inhaber gestellte Recognition zu deponiren. Die Direktion muß durch die Mitauschen Intelligenzblätter zur Kenntniß des Publikums bringen, welche

Pfandbriefe dergestalt aufgesagt worden, diese nach ihrer Nummer bezeichnen, und zugleich bemerken, ob die zu demselben gehörigen Zinskoupons auch deponirt sind, oder sich im gültigen Cours befinden.

§. 118.

Im nächsten Johannisttermin erhält der Inhaber der im vorhergehenden §. erwähnten Refognition, gegen deren Aushändigung, unfehlbar baare Zahlung für Kapital und Zinsen.

§. 119.

Sollte der zu dem deponirten Pfandbriefe gehörige Zinskoupon nicht zugleich mit demselben verabreicht seyn, so muß solches in der Refognition bemerkt werden; bei der Auszahlung wird der Betrag des annoch coursirenden, und daher nicht deponirten Zinskoupons in Abzug gebracht.

§. 120.

Zur Einlösung der von den Pfandbriefs-Inhabern gekündigten Pfandbriefe, werden zuvörderst die in den Tilgungsfonds einfließenden Gelder verwendet. Sollten diese nicht hinreichen, um den ganzen Betrag der für

den Johannisternin gekündigten Pfandbriefe zu bezahlen, so hat die Direktion das nöthige Geld herbeizuschaffen, und zwar:

- a) die zum eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins gehörigen Pfandbriefe gegen baares Geld umzusetzen;
- b) wenn sich hierzu keine Gelegenheit findet, temporelle Anleihen zu kontrahiren. *) — Wenn dem Kreditvereine Darlehne angeboten oder bewilliget werden, so muß das Anerbieten oder die Bewilligung entweder schriftlich ausgesprochen, oder in einem zu diesem Zwecke besonders aufzunehmenden Protokolle verlaublich werden.

Wer bei dem Anerbieten eines Darlehns in baarem Gelde sofort ein Procent der angebotenen Summe baar deponirt, — welches Procent dem Kreditvereine bei ausbleibender Einzahlung als Pön anheim fällt, — der ist berechtigt, wenn die Direktion gedachtes Depositum angenommen hat, bis zum 14ten Juni inclusive die Annahme seines Kapitals zu fordern. Diejenigen, welche diese Pön nicht

*) Erg. IV. §. 16.

deponirt haben, müssen gewärtig seyn, daß sie mit ihren eingeschriebenen Kapitalien abgewiesen werden, wenn der Geldbedarf des Kreditvereins gedeckt ist. Ueber die vorzugsweise Annahme der ohne Depositum angebotenen Kapitalien entscheidet die frühere Einzahlung; bei gleichzeitiger Einzahlung aber das frühere Datum des Anerbietens. Die Direktion soll aber durchaus nicht mehr Anleihen machen, als zur Deckung der ihr obliegenden baaren Zahlungen, nach Abzug der ihr selbst zu Gebote stehenden Geldmittel, erforderlich ist. — Sind diese Verpflichtungen gedeckt, so soll sie sich nicht allein aller, ohne Bewilligung des Konvents zu machenden Geldnegocen enthalten, sondern selbst ihr angebotene Darlehne, sie mögen groß oder klein seyn, nur mit dessen Bewilligung annehmen.

- c) Wenn auch diese Mittel nicht ausreichen, den Geldbedarf zu decken, so ist die Direktion ermächtigt, auf alle Mitglieder des Vereins einen extraordinären Kapitalbeitrag, der aber nicht höher, als $\frac{1}{2}$ Procent der annoch schuldigen

Pfandsumme seyn darf, auszuschreiben. — Diese Ausschreibung ist so früh als möglich durch die Kuratoren in ihren Bezirken den Mitgliedern des Vereins anzuzeigen. Wenn aber der Beitrag eines halben Procents nicht den Ausfall decken sollte; so muß die Direktion Kreisversammlungen berufen, in welchen über nachstehende Fragen durch Stimmenmehrheit zu entscheiden ist, nämlich:

1) ob der Ausfall in seinem ganzen Betrage durch eine Repartition auf die Mitglieder des Vereins nach dem Verhältnisse ihrer noch nicht getilgten Debita an den Kreditverein, oder

2) durch Geldnegocen

gedeckt werden soll? — Die Direktion verfährt hierauf nach dem durch Stimmenmehrheit ausgemittelten Beschluß. — Alle extraordinaircn Kapitalbeiträge sind mit den andern ordinaircn, in dem nächsten Zahlungstermine fälligen Zahlungen

an die Direktion unweigerlich und unfehlbar zu entrichten, und als Vorschüsse zu betrachten, welche die Mitglieder des Vereins der Anstalt gemacht haben, und müssen denselben mit Zinsen und Zins von Zinsen zu Gute gerechnet werden.

C.

Von Aufkündigung der Pfandbriefe von Seiten der Direktion.

Die Direktion ist verpflichtet, den Fonds des Kreditvereins vorzugsweise zur Einlösung der Pfandbriefe anzuwenden. Andere Werthdokumente dürfen unter keinen Umständen mit denselben angekauft werden.

§. 121.

Die Direktion ist nicht allein berechtigt, die von ihr in Cours gesetzten Pfandbriefe aufzukündigen und mit baarem Gelde einzulösen, sondern besonders verpflichtet, den Tilgungsfonds nur zu diesem Gegenstande zu verwenden. Andere Werthdokumente dürfen unter keinen Umständen mit denselben angekauft werden.

§. 122.

Dem zufolge hat die Direktion, sobald die bis zum ersten November ihr gemachten Aufkündigungen den Betrag des Tilgungsfonds nicht erschöpfen, für den Rest Pfandbriefe anzukaufen. Sollten die Pfandbriefe aber mehr, als ihr Nennwerth beträgt, gelten, so muß die Direktion nach den von der Generalversammlung festzustellenden Principien verfahren.

§. 123.

Die Nummern der zur Einlösung bestimmten Pfandbriefe werden vor dem ersten December durch das Intelligenzblatt bekannt gemacht, und es vertritt diese Publikation die Stelle der Aufkündigung. In dem nächsten Johannisterrmine werden diese Pfandbriefe nebst ihren Zinskoupons von der Direktion baar eingelöst.

§. 124.

Sämmtliche mit dem Tilgungsfonds eingelöste Pfandbriefe müssen mit einem Vermerk der Direktion außer Cours gesetzt, hierauf in den Zeitungen nach ihren Nummern als außer Cours gesetzte Pfandbriefe publicirt, und

bis zu ihrer reglementsmäßigen Deletion eingeschnitten asservirt werden. *)

§. 125.

Die im Johannisterrmine aus der Kasse nicht empfangenen baaren Summen, es mögen solche durch Aufkündigung entweder von Seiten der Direktion oder von Seiten der Pfandbriefs-Inhaber zur Auszahlung bestimmt seyn, werden gegen Depositälgebühren im Depositorio asservirt, und tragen keine Renten.

§. 126.

Diejenigen Pfandbriefe, welche die Direktion mit ihren eigenthümlichen Mitteln oder mit negociirten Anleihen eingelöst hat, werden ohne Vermerk im Depositorio asservirt, damit sie wieder in Cours gesetzt werden können.

§. 127.

Die Direktion ist nur befugt, den Mitgliedern des Vereins auf das ihnen aus dem Vereine bewilligte Darlehn in folgenden Fällen Aufträge zu machen, **) nämlich:

1) wenn nach Inhalt des §. 120. extraor-

*) Erg. IV. §. 13.

**) Erg. V. §. 9.

dinaire Kapitalbeiträge zu leisten sind; die Auffage besteht dann in einer Anzeige des auf jedes Vereinsmitglied repartirten Beitrages;

- 2) wenn nach §. 87. das Mitglied des Vereins, durch unterbliebene ordnungsmäßige Zinszahlung, dreimal eine Sequestration seines Gutes veranlaßt hat, in welchem Falle sich die Auffage auf das Ganze, bis zur Zeit der insinuirten Auffage noch nicht getilgte, Darlehn des Kreditvereins bezieht und die Ausschließung des Vereinsmitgliedes aus der Societät zur Folge hat;
- 3) wenn das Vereinsmitglied den reglementsmäßigen Requisitionen der Direction nach dem Inhalte des §. 208. nicht Folge leistet, in welchem Falle die Auffage sich, wie sub Numero 2. vorstehend erwähnt worden, qualificirt. Die Auffage in den beiden letzten Fällen kann jedoch nur auf einen, durch die Direktion entweder in General- oder Deputirtenversammlungen zu veranlassenden Beschluß von $\frac{2}{3}$ der Vereinsmitglieder statt finden.

§. 128.

Die Auszahlung der zur Einlösung bestimmten Pfandbriefe, geschieht unfehlbar vom 12ten bis zum 15ten Juni inclusive, jedoch bleibt die Kasse bis zum 26sten Juni offen.

D.

Von Deletion der Pfandbriefe.

§. 129.

Die Deletion von Pfandbriefen aus dem Hypothekenbuche, kann nur auf specielle Requisition der Direktion an die betreffende Hypothekenbehörde statt finden.

§. 130.

Die Direktion muß die Deletion der Pfandbriefe nachsuchen, sobald der betreffende Gutsbesitzer durch Bezahlung seiner ganzen Schuld an den Kreditverein den Pfandnexus mit demselben in der That aufgelöst hat.

§. 131.

Bei theilweiser Ablösung der Pfandbriefschuld findet die Deletion derselben erst nach Tilgung der zwei ersten Zehntel, und nach Tilgung jedes darauf folgenden Zehntels,

statt, womit die Direktion bis zur Löschung der ganzen Pfandbriefs-Schuld von sich aus und ohne Anregung der Mitglieder des Vereins fortzufahren gehalten ist. Als Ausnahme kann jedoch die Deletion schon nach Tilgung des ersten Zehntels statt haben, wenn ein Debitor auf die Befugniß Verzicht leistet, gegen abermalige Verpfändung der befreieten Hypothek seines Gutes, ein neues Darlehn aus dem Kreditvereine zu erheben.

Neuntes Kapitel.

Von dem öffentlichen Aufgebot ungültiger Pfandbriefe.

Vermerke auf den Pfandbriefen.

§. 132.

Privatvermerke und Cessionen auf Pfandbriefen und Zinskoupons, sind nicht gestattet. Will Jemand seine Pfandbriefe gegen Entfremdung gesichert, oder sich als Eigenthümer derselben verzeichnet wissen, so muß er entwe-

der dieselben in die Direktion ad depositum geben, und dagegen einen Depositionsschein empfangen, für dessen Ausfertigung er einen halben Rubel auf jeden darin benannten Pfandbrief zu bezahlen hat, oder er muß von der Direktion den erforderlichen Vermerk auf seinen Pfandbrief gegen die nämliche Gebühr setzen lassen.

Zinskoupons können nur bei ihrer Ausfertigung vermittelt eines von der Direktion auf die Rückseite gesetzten Vermerks und gegen Entrichtung doppelter Ausfertigungsgebühren außer Cours gesetzt werden.

§. 133.

Eigenthümer von Pfandbriefen, die durch Vermerk außer Cours gesetzt sind, müssen, wenn sie für dieselben koursirende Pfandbriefe verlangen, gegen Einreichung der vermerkten, sich neue, mit den alten gleichlautende ausfertigen lassen, und bezahlen für jeden neuen Pfandbrief einen Rubel Silbermünze Ausfertigungsgebühren. Vermerkte Zinskoupons können nur auf eben diese Weise wieder in Cours gesetzt werden.

§. 134.

Befindet sich ein vermerkter Pfandbrief oder Zinskoupon in fremden Händen, so muß der Inhaber seinen Besitztitel darthun können, wenn er nicht für einen unrechtmäßigen Besitzer angesehen werden soll. Bei der Präsentation eines solchen Pfandbriefes oder Zinskoupons nimmt die Kassaverwaltung denselben sofort gegen einen Empfangschein in Verwahrung. Legitimirt sich derjenige, der im Vermerk als Eigenthümer genannt ist, als fortwährend rechtlicher Eigenthümer, so extradirt sie demselben den in Gewahrsam genommenen Pfandbrief oder Zinskoupon; legitimirt sich aber ein Anderer als rechtmäßiger Eigenthümer, so fertigt sie nach Vorschrift des §. 133. einen neuen Pfandbrief oder Zinskoupon gegen Entrichtung der verursachten Kosten und mit Zurücknahme des von der Direktion ausgestellten Empfangscheines aus. Der von der Direktion ausgestellte Empfangschein muß, wenn er bei Aushändigung des Pfandbriefes oder Zinskoupons nicht retradirt wird, sofort durch Publikation in den Intelligenzblättern amortisirt werden.

Verlorene Pfandbriefe.

§. 135.

Die Entwendung oder den anderweitigen zufälligen Verlust von Pfandbriefen und Zinskoupons ist der Eigenthümer verpflichtet, unter Beifügung einer Specification der verlorenen Dokumente, der Direktion anzuzeigen, und durch das Intelligenzblatt bekannt zu machen. *)

§. 136.

Kommen in dem nächsten Johannistermine dergleichen Pfandbriefe oder Zinskoupons bei der Kasse zur Präsentation, so muß die Direktion diese Dokumente von dem Vorzeiger gegen ein Reversal, unter Bekanntmachung der Veranlassung, zugleich mit den etwa nicht ausgezahlten Renten ad depositum nehmen, den Namen des Präsentanten ausmitteln, und denjenigen, welcher ihr den Verlust angezeigt hat, zur Wahrnehmung seiner Rechte, von den getroffenen Maßregeln in Kenntniß setzen. **)

§. 147

Die dergestalt ad depositum genommenen

*) Erg. I. §. 2.

**) Erg. IV. §. 12.

Dokumente und Gelder werden nur demjenigen, — und letztere nur gegen Entrichtung der Depo-
sitalgebühren — ausgehändigt, der sich als recht-
licher Eigenthümer durch vollständige, unzweifel-
hafte, und wenn die Direktion es den Umstän-
den nach zur Sicherheit für nöthig erachtet, durch
gerichtliche Beweise, oder ein definitives, rechts-
kräftig gewordenes Urtheil, legitimirt hat.

§. 138.

Hat sich im Johannistermine Niemand mit
dem als verloren angezeigten Pfandbriefe oder
Zinskoupon gemeldet, so muß der Eigenthümer,
dem die Pfandbriefe oder Zinskoupons verloren
gegangen, bei dem Kurländischen Oberhofge-
richte einen Provokationsprozeß ex lege diffamari
einleiten. Nach erfolgtem und rechtskräf-
tig gewordenen Urtheile, ist die Direktion ver-
pflichtet, für das verlorene Zinskoupon, ein neues
auszufertigen, und dem legitimirten Eigenthü-
mer nebst den für seine Rechnung gegen Deposi-
talgeldgebühren asservirten Zinsen auszuhändigen.
An Stelle des amortisirten Pfandbriefes wird ein
gleichlautender neuer, mit Bemerkung des Du-
plikats, freirt, und dem legitimirten Eigenthü-

mer, gegen Entrichtung der Gebühr und der dem Vereine verursachten Kosten, ausgefertigt. *)

Beschädigte Pfandbriefe.

§. 139.

Bloß beschädigte Pfandbriefe oder Zinskoupons können, wenn der Eigenthümer es verlangt und die Ausfertigungsgebühr erlegt, gegen neue gleichlautende von der Direktion eingetauscht werden, sobald die Aechtheit des zum Umtausch präsentirten Dokuments außer Zweifel gesetzt ist.

Von falschen Pfandbriefen und Zinskoupons.

§. 140.

Wenn bei der Kasse Pfandbriefe oder Zinskoupons präsentirt werden, deren Aechtheit verdächtig erscheint, so müssen dergleichen gegen einen Empfangschein zurückbehalten und der Stamm- und Wohnort des Präsentanten verzeichnet werden. — Es ist der Direktion überlassen, die zweckmäßigen Mittel zur Bewahrheitung des Verdachtes, Ausmittlung

*) Erg. I. §. 2. u. 3.

und Bestrafung des Falsarii und Warnung des Publikums zu ergreifen. Speciell wird sie darauf verwiesen, sofort die Aufkündigung eines solchen Pfandbriefes anzuordnen, um dadurch die Präsentation des ächten zu veranlassen.

Von nicht präsentirten Pfandbriefen
und Zinskoupons.

§. 141.

Wenn nach Ablauf von zehn Jahren nach reglementsmäßig angeordneter Präsentation von Pfandbriefen oder Zinskoupons solche bei der Direktion oder Kassaverwaltung nicht statt gefunden hat, so treten wegen Ungültigkeit derselben die reichsgesetzlichen Bestimmungen der zehnjährigen Verjährung in Kraft.

§. 142.

Mit reglementsmäßiger Auflösung des Kreditvereins aber cessirt jedes Recht auf Auszahlung, welches aus, bis dahin nicht vorgelegten, Pfandbriefen oder Zinskoupons hergeleitet werden sollte.

Zehntes Kapitel.

Von dem eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins.

§. 143.

Der Kreditverein bedarf eines eigenthümlichen Fonds,

- a) um die mit der Administration und den Geschäften verbundenen Kosten zu bestreiten;
- b) um ausbleibende Zinsen oder andere Zahlungen vorzuschießen;
- c) um die von der Ritterschaft bewilligten Vorschüsse zur Errichtung des Vereins zu erstatten;
- d) um unvermuthete Ausfälle zu decken.

§. 144.

Dieser eigenthümliche Fonds kann sich nur aus nachstehend benannten Mitteln bilden:

- a) durch Anleihen zu einem niedrigeren als dem reglementsmäßigen Zinsfuß von 5 Procent, für welche Pfandbriefe nach einer besondern Form, und nach der mit dem Darleihenden zu treffenden

Uebereinkunft, ausgefertigt werden können;

- b) durch die zu erhebenden Gebühren, welche in der Gebührentaxe speciell angegeben sind;
- c) durch außerordentliche Einnahmen, als: Straf gelder, durch Verjährung akquirirter Pfandbriefs-Kapitale und Zinsen, u. dergl. m.;
- d) durch den etwanigen Ueberschuß eines von der Generalversammlung zur Bestreitung der Unkosten zu bestimmenden jährlichen Beitrages, welcher jedoch nur dann zu erheben ist, wenn es dem Vereine nirgends gelingt, eine so große Anleihe zu vortheilhaften Bedingungen zu machen, daß aus dem dadurch erzielten Gewinnst die Unterhaltungskosten gedeckt werden, und der sofort cessiren muß, nachdem der eigenthümliche Fonds so angewachsen ist, daß aus demselben die Unterhaltung der Anstalt bestritten werden kann. *)

*) Erg. II. §. 2., III. §. 2. u. 3., V. §. 10., und VI. §. 3.

§. 145.

Mit diesem eigenthümlichen Fonds müssen zuvörderst die laufenden Verwaltungskosten der Anstalt bestritten, hiernächst 5000 Rubel Silbermünze als stets zu ergänzender Kassabestand zur Deckung außerordentlicher Ausgaben angesammelt, und endlich der alsdann sich ergebende Ueberschuß vorzugsweise in Kurländischen und in deren Ermangelung in Liv- und Ehstländischen Pfandbriefen, oder russischen zinstragenden Reichsbank-Papieren angelegt, und daraus ein zinstragender Fonds für den Kreditverein gebildet werden. *)

§. 146.

Da der dergestalt angesammelte zinstragende Fonds ein ausschließliches Eigenthum des Kreditvereins ist, und sich vorzugsweise zur bessern Stellung der Kreditverhältnisse eignet, so soll derselbe, pro rata der ursprünglich erhobenen Darlehenssummen, den Vereinsmitgliedern zu Gute kommen, und über dessen Verwendung in Generalkonventen beschlossen werden.

*) Erg. V. §. 11.

Fünftes Kapitel.

Von den Depositis.

§. 147.

Deposita können in Pfandbriefen, in baarem Gelde und in andern Werthdokumenten bei der Direktion des Kreditvereins niedergelegt werden, jedoch nur in so fern, als die Geschäfte des Kreditvereins solche Deposita veranlassen.

§. 148.

Ueber die Entgegennahme der Depositen, so wie über deren Herausgabe, verfügt die Direktion in einem besonders zu diesem Zwecke fortlaufend zu führenden Journale durch einen förmlichen Beschluß, welcher entweder durch ihre Geschäftsführung, oder durch an sie erlassene Requisitionen veranlaßt werden kann, und ertheilt darüber der Kassaverwaltung die gehörige Anweisung.

§. 149.

Nur in Folge der von der Direktion ertheilten Anweisung, nimmt die Kassaverwaltung Deposita entgegen, und händigt solche den

Depositarien aus. Auch ertheilt sie, wo es erforderlich ist, die Bescheinigungen über die Entgegennahme der Depositen.

§. 150.

Die Deposita müssen in einem feuerfesten Gewölbe und einem eisernen Kasten aufbewahrt werden, welcher mit drei Schlüsseln zu verschließen ist, von denen der eine von dem Direktor, der zweite von dem zum Kassageschäfte delegirten Rath, der dritte von dem Kassirer geführt wird.

§. 151.

Die Kassenverwaltung führt über eingehende und ausgehende Deposita specielle Rechnungen, und belegt solche durch die von der Direction erteilten Anweisungen.

§. 152.

Die Depositatgebühr wird für alle Depositen, sie bestehen in Werthpapieren oder in baarem Gelde, mit $\frac{1}{10}$ Prozent für jeden Monat erhoben, welches $\frac{1}{10}$ Prozent auch dann zu erheben ist, wenn die Deposition eine kürzere Zeit, als einen vollen Monat, gedauert hätte.

Zwölftes Kapitel.

Von der Versammlung des Kreditvereins.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 153.

Die Versammlungen des Kreditvereins finden statt, um

- a) die Wahl der Beamten, denen die Geschäfte für den Verein obliegen, zu vollziehen;
- b) nach dem Inhalte der über die Geschäftsführung vorgelegten Berichte diese zu kontrolliren, um eine genaue Kenntniß von dem Zustande der Anstalt zu erhalten;
- c) in Folge gemeinschaftlicher Berathung Beschlüsse zu fassen, welche das Wohl und den Vortheil des Vereines bezwecken.

§. 154.

Es sollen demnach folgende ordinaire Versammlungen statt finden:

- a) Konvente, welche entweder Generalkonvente (Versammlungen sämmtlicher Ver-

einsmitglieder) oder Deputirtenkonvente (Versammlungen der für jeden Bezirk zu erwählenden Deputirten) sind;

- b) Kreisversammlungen (Versammlungen der Vereinsmitglieder aller Bezirke eines Kreises);
- c) Bezirksversammlungen (Versammlungen der Vereinsmitglieder jedes Bezirks).

§. 155.

In wichtigen Fällen können, nach eingeholter Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs extraordinaire General- und Deputirtenkonvente durch die Direktion ausgeschrieben werden, bei denen alle für die ordinären Versammlungen gegebenen Bestimmungen gelten.

§. 156.

Zu den ordinären Versammlungen werden die Mitglieder des Vereins von der Direktion durch die Mitauschen Intelligenzblätter eingeladen. Jedes derselben ist, als stimmberechtigt, zum persönlichen Erscheinen auf diesen Versammlungen verpflichtet. Mitglieder, deren Güter unter Sequester stehen, sind von Ausübung des Stimmenrechts ausgeschlossen.

Frauenzimmer müssen in diesen Versammlungen stets durch einen Bevollmächtigten repräsentirt werden. Nur solche Ehehaften können den Ausbleibenden entschuldigen, welche ihn gesetzlich von ihm persönlich obliegenden Geschäften dispensiren. In einem solchen Falle muß der Nichterscheinende sich durch einen Bevollmächtigten repräsentiren lassen. *)

§. 157.

Ein jedes Mitglied des Vereins, so wie ein jeder vom Adel und Fremtenstande, kann in den Versammlungen Vollmachten exerciren, doch mit dem Unterschiede, daß ein Vereinsmitglied zwei, ein Anderer nur eine Specialvollmacht übernehmen darf. **)

§. 158.

Ein Vereinsmitglied, das eine Versammlung weder in Person, noch in Vollmacht attendirt, verfällt in eine Geldbuße von zwei Rubeln Silbermünze zum Besten des Vereins. Die in den Versammlungen gegenwärtig-

*) Erg. II. §. 7., III. §. 13., IV. §. 3. u. 6., V. §. 1. und VI. §. 5. u. 6.

**) Erg. IV. §. 1. u. 2.

tigen Mitglieder beschließen über die Strafsfähigkeit des Ausgebliebenen und derjenigen, welche die Versammlung ohne Bewilligung verlassen haben, auf Vortrag des in der Versammlung Präsidirenden. Der Beschluß wird im Sitzungsprotokolle verschrieben und in extractu der Direktion mitgetheilt. *)

§. 159.

In jeder Versammlung leitet der Präsidirende die Geschäfte, und wer Anträge machen will, bittet ihn ums Wort. Der Vortragende ist stets für seinen Vortrag selbst verantwortlich.

§. 160.

Findet Jemand aus der Versammlung den Vortrag anstößig, so kann mittelst eines Beschlusses, wenn der anstößige Vortrag nicht sofort beseitiget würde, die Anklage desjenigen, der ihn gemacht, wo erforderlich, verfügt werden.

§. 161.

Ueber alle in den Versammlungen zur Diskussion gebrachten Gegenstände wird nachdem der Präsidirende die Anwesenden dreimal befragt hat, ob sie die Diskussion als geschlossen betrachten,

*) Erg. III. §. 14. und IV. §. 6.

sofort zur Abstimmung geschritten, und der Beschluß nach Beschaffenheit des Gegenstandes, entweder nach der im §. 9. gemachten Bestimmung, oder nach positiver Stimmenmehrheit gefaßt. *)

§. 162.

Um in diesen Versammlungen gültige Beschlüsse zu fassen, müssen wenigstens zwei Drittel der dahin gehörigen stimmfähigen Mitglieder in Person oder Vollmacht versammelt seyn. **)

A.

Von den Konventen.

§. 163.

Die Generalkonvente werden alle drei Jahre in Mitau am 1sten December gehalten. Ob diese nach §. 154. Litt. a, entweder durch Versammlung aller Mitglieder, oder durch Bezirksdeputirte, die, von ihren Kommittenten instruirt, Beschlüsse abzufassen haben, statt finden sollen, hängt von einem, unter dem Vorsitz des jedesmaligen Landesbevollmächtigten, von der Kontrollkommittée, nach gepflogener Berathung mit der Direktion, gefaßten Beschlusse ab. ***)

*) Erg. IV. §. 15.

**) Erg. IV. §. 4.

***) Erg. IV. §. 8.

Generalkonvente.

§. 164.

Den Generalkonventen müssen stets Kreisversammlungen vorangehen, auf welchen folgende Wahlen stattfinden:

- a) Bevollmächtigte für jeden Bezirk, welche, als Organe ihrer Vollmachtsgeber, bei allen für Letztere in Generalkonventen zu verlautbarenden Anträgen, Vorschläge und Vota, auch in der Versammlung selbst mündliche oder schriftliche Instruktionen entgegennehmen müssen;
- b) für jeden Kreis zwei Kreiskommissarien, welche sich wenigstens 14 Tage, und nach Erforderniß der Umstände, auch früher, vor Eröffnung des Generalkonventes nach Mitau begeben müssen, um die Verhandlungen desselben vorzubereiten. *)

§. 165.

Die Kreiskommissarien werden in den Kreisversammlungen mit Instruktionen versehen, welche alle, sowohl von den Bezirken, als von den einzelnen Vereinsmitgliedern, in Vorschlag

*) Erg. IV. §. 8. und VI. §. 7., 8. u. 9.

gebrachten Deliberation und etwa anzubringenden Beschwerden ausführlich enthalten müssen.

§. 166.

Nachdem sich die Kommissarien versammelt haben, eröffnet der Direktor die Sitzungen, wobei der Sekretär des Vereins das Protokoll führt, zu welchem sich die Kommissarien mit ihren Instruktionen legitimiren müssen. Nach protokollirter Legitimation schreiten die Kommissarien zur Wahl eines Vorsizers und eines Protokollführers aus ihrer Mitte, worauf die Theilnahme des Direktors und des Sekretärs des Vereins an den Geschäften der Kommissarienversammlung aufhört. *)

§. 167

Auf Anverlangen des Vorsizers übergeben die Direktion und Kontrollkommittée der Kommissarienversammlung ihre Relationen und Deliberationen, nach deren Eingang der Vorsizer die Versammlung in einzelne, und zwar in so viele Kommissionen abtheilt, um in möglichst kurzer Frist die eingegangenen Relationen prüfen, die Deliberationsgegenstände ordnen, beide

*) Erg. V. §. 5. und VI. §. 10.

begutachten, und das Detail der Geschäftsführung im ganzen Umfange revidiren zu können.

§. 168.

Nachdem die einzelnen Kommissionen die ihnen zugetheilten Arbeiten vollendet haben, versammeln sie sich sämmtlich, theilen sich die Resultate ihrer Arbeiten mit, und nachdem sie die etwa für nöthig erachteten Ergänzungen derselben bewerkstelliget haben, stellen sie solche, unter Anleitung des Vorsitzers, gemeinschaftlich zusammen, um sie dem Generalkonvente, gehörig geordnet, zur Beschlußnahme vorlegen zu können.

§. 169.

Benigstens $\frac{2}{3}$ sämmtlicher stimmberechtigten Vereinsmitglieder, in Vollmacht oder Person versammelt, bilden einen Generalkonvent, der gültige Beschlüsse fassen kann. Wenn mehr als ein Drittel der Vereinsmitglieder ausbleibt, und der Generalkonvent dadurch vereitelt wird, so wird die im §. 158. den Ausbleibenden auferlegte Geldbuße auf zehn Rubel erhöht. *)

*) Erg. III. §. 13. u. 14.

§. 170.

Die Versammlungen des Generalkonvents finden öffentlich statt; der jedesmalige Landesbevollmächtigte oder dessen Stellvertreter präsidiert in denselben, die versammelten Vereinsmitglieder wählen den Protokollführer aus ihrer Mitte. In das Protokoll werden zuvörderst die Stimmberechtigten und hierauf die Verhandlungen und Beschlüsse verzeichnet; es wird täglich vom Präsidirenden und Protokollführer, und am Schlusse des Generalkonvents von sämtlichen Bezirksbevollmächtigten unterschrieben. *)

§. 171.

Die Verhandlungen des Generalkonvents werden sich demnach auf folgende Gegenstände hauptsächlich beziehen: **)

- a) die Relationen der Kreiskommissarien zu prüfen, erforderlichen Falls ihre Bervollständigung zu verfügen, oder unmittelbar von den Verwaltungsbehörden durch, aus den versammelten Vereinsmitgliedern besonders erwählte, Kommissarien Auskünfte einzuholen;

*) Erg. V. §. 3.

**) Erg. III. §. 13.

- b) definitiv über, alle in der Relation der Kreiskommissarien behandelten sowohl, als über anderweitige, das Wohl des Vereins bezweckende Gegenstände, zu entscheiden und Beschlüsse zu fassen, die aber keinesweges die reglementsmäßig erworbenen Rechte der Gläubiger des Kreditvereins schmälern dürfen;
- c) die Vereinsbeamten über ihre Amtsführung zu quittiren, oder die etwa schuldigen zur Verantwortung zu ziehen;
- d) nach den gefaßten Beschlüssen eine Instruktion zu entwerfen, die, von dem Präsidirenden des Generalkonvents und dem Protokollführer unterschrieben, in zwei gleichlautenden Exemplaren auszufertigen ist, von denen das eine der Direktion zur Nachachtung, das andere der Kontrollkommittee übergeben wird; *)
- e) die Wahl von Vereinsbeamten zu vollziehen, in so fern solche durch die dazu erforderlichen Vorbereitungsmaßregeln eingeleitet ist.

*) Erg. IV. §. 5.

Deputirtenkonvente

§. 172.

Die Deputirtenkonvente bestehen, wie die Landtage, aus zwei Terminen, dem Instruktions- und Relationstermine. Zu diesen Konventen haben nur Mitglieder des Vereins den Zutritt.

§. 173.

Die Wahlen der jeden Bezirk repräsentirenden Deputirten geschehen 4 Wochen vor Eröffnung des Deputirtenkonvents auf Bezirksversammlungen, woselbst ihre Instruktionen, zu deren pünktlicher Erfüllung sie verpflichtet sind, abgefaßt werden.

§. 174.

Auf den Deputirtenkonventen präsidiert der Landesbevollmächtigte; das dabei zu führende Protokoll eröffnet der Sekretär des Vereins, und verzeichnet die erschienenen Deputirten, welche sich durch Vorzeigung ihrer Instruktionen legitimiren müssen. Nachdem die Legitimation und Verzeichnung der Deputirten geschehen ist, schreiten die Letztern zur Wahl eines Protokollführers aus ihrer Mitte, welcher das von dem

Sekretär des Vereins eröffnete Protokoll fortsetzt. Dieses Protokoll, in welches die Verhandlungen sowohl, als die Beschlüsse zu verzeichnen sind, wird täglich von dem Landesbevollmächtigten und dem Protokollführer, und, am Schlusse des Deputirtenkonvents, von sämtlichen Deputirten unterzeichnet.

§. 175.

Der Landesbevollmächtigte oder dessen Stellvertreter, welchem die Direktion der Geschäfte auf den Deputirtenkonventen übertragen ist, verfährt nach Eröffnung des Instruktionstermins, wie nach §. 166. der Vorsitzer der Kommissarienversammlung; und da der Zweck dieses Termines nur die Vorbereitung aller den Vereinsmitgliedern zur Beschlußnahme vorzulegenden Gegenstände ist, so werden die Deputirten sich in allen ihnen obliegenden Arbeiten nach den Vorschriften der §§. 167 und 168. richten, deren Resultate in eine für jeden Bezirk besonders abzuschreibende Relation verzeichnet, und in den zum Empfange derselben berufenen Bezirksversammlungen von den für

jeden Bezirk erwählten Deputirten vorgetragen werden.

§. 176.

Die in den Bezirksversammlungen gefaßten Beschlüsse bilden die Instruktion der Bezirksdeputirten für den Relationstermin des Deputirtenkonvents, welcher innerhalb eines bis zwei Monate nach dem Schlusse des Instruktionstermins eröffnet werden muß, und auf welchem, nach der in der Landtagsordnung für die Landesbeschlüsse vorgeschriebenen Form, die Beschlüsse des Konvents aus den Deputirten-Instruktionen ausgemittelt werden müssen. Wenn diese letzteren über zur Vorhandlung stehende Gegenstände zwar nicht wörtlich übereinstimmende, allein doch hinlänglich deutlich ausgesprochene Entscheidungen enthalten, um aus denselben den Willen der Mehrheit zu erkennen, so entscheidet die übereinstimmende Meinung von $\frac{2}{3}$ der in Vollmacht oder in Person anwesenden Deputirten definitiv über diesen Gegenstand; — sind aber die Entscheidungen der Bezirke so abweichend, daß aus denselben der Wille der Mehrheit nicht zu ent-

nehmen ist, so müssen neue Bezirksversammlungen berufen, und die Vereinsmitglieder nochmals durch Aufstellung bestimmter Fragepunkte um ihre Meinung befragt werden.

§. 177.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Deputirtenkonvents beziehen sich auf die im §. 171. bezeichneten Objekte der Verhandlungen und Beschlüsse des Generalkonvents, und haben den nämlichen Effekt. Die Abstimmungen und Beschlüsse, welche in dem im §. 176. angeführten Falle nachträglich auf Bezirksversammlungen gefaßt werden, müssen berichtlich durch die Deputirten direkt dem Landesbevollmächtigten zugestellt werden, welcher, mit Zuziehung der Kontrollkommittée und der Direktion, aus denselben die Vereinsbeschlüsse nach Stimmenmehrheit ausmittelt, in ein besonderes Protokoll von dem Sekretär des Vereins verzeichnen, und darnach die Instruktionen für die Direktionen ergänzen läßt.

§. 178.

Die Deputirten können ihre Instruktionen nur an Deputirte übertragen, und zwar unter

der Einschränkung, daß nur einem Drittel derselben diese Uebertragung, jedem einzelnen Deputirten aber nur gestattet ist, eine Instruktion durch Uebertragung zu übernehmen.

§. 179.

Ohne legale Gründe und eine von dem Deputirtenkonvente deshalb erteilte Bewilligung, darf kein Deputirter die Sitzungen des Deputirtenkonvents verlassen oder versäumen, widrigenfalls er in eine Pön von dreißig Rubeln Silbermünze zum Besten des Vereins verfällt.

§. 180.

Die Deputirten müssen nach dem Schlusse des Deputirtenkonvents in den Bezirken, in welchen sie gewählt worden, Relation abstaten.

Das abweichende Gutachten des Landesbevollmächtigten, als Präsidirenden im Konvente, muß auf sein Verlangen zur Kenntniß der Vereinsmitglieder gebracht werden, und bei Parität der Stimmen kompetirt ihm ein entscheidendes Votum.

B.

Kreisversammlungen.

§. 181.

Die Kreisversammlungen werden durch einen Bezirkskurator, der dazu von der Direktion beauftragt ist, ausgeschrieben, in den dazu mit Bestätigung des Konvents ein für allemal bestimmten Orten gehalten, und bestehen aus den zu einem Kreise gehörigen Mitgliedern. Der Bezirkskurator führt in denselben das Präsidium und das Protokoll. — Wenn in dem Laufe der Verhandlung sich für denselben, in Beziehung auf seine Amtsführung, Kollisionsfälle ergeben sollten, so ist derselbe verpflichtet, von seinem Präsidium abzutreten, und die Vereinsmitglieder wählen aus ihrer Mitte einen andern Präsidirenden und Protokollführer. *)

C.

Bezirksversammlungen.

§. 182.

Die Bezirksversammlungen bestehen aus 10 bis 20 zu einem Bezirk gehörenden Gutsbesitzern, und werden auf Ausschreibung der Direk-

*) Erg. III. §. 13. u. 14., und IV. §. 6.

tion oder ihres Bezirkskurators in ein für allemal dazu bestimmten Orten, unter Leitung der für jeden Bezirk gewählten Kuratoren, gehalten, welche auch das Protokoll führen. *)

Dreizehntes Kapitel.

V o n d e r K o n t r o l l e.

§. 183.

Die Kontrolle des Vereins wird geführt:

- a) von den Konventen, denen die Generalkontrolle obliegt, und welche alle drei Jahre nach den in diesem Reglement enthaltenen Verordnungen die Geschäftsführung des Kreditvereins prüfen und revidiren müssen;
- b) von der Kontrollkommittée.

§. 184.

Die Kontrollkommittée besteht aus fünf Kontrollkommissarien, welche die Mitglieder des Vereins in ihren Kreisen, ein jeder Kreis für sich, nach positiver Stimmenmehrheit auf drei Jahre erwählen. **)

*) Erg. III. §. 13 u. 14., und IV. §. 6.

**) Erg. V. §. 5., und VI. §. 9. u. 10.

§. 185.

Die Kontrollkommittée versammelt sich jährlich am 15ten September regelmäßig, und extraordinair auf Requisition des Landesbevollmächtigten, wenn er dazu von einem der Kontrollkommissarien ersucht worden, — oder auf Requisition der Direktion, *)

§. 186.

In den ordinairen sowohl als in den auf Ausschreiben des Landesbevollmächtigten stattfindenden Sitzungen der Kontrollkommittée präsidiert ein vom Landesbevollmächtigten zu ernennender Kreismarschall, der die Verhandlung leitet, und nur die zur Beschlußnahme stehenden Gegenstände begutachtet, ohne ein decisives Votum zu haben. Die Direktion ist verbunden, auf Requisition des präsidiirenden Kreismarschalls, alle Relationen und Auskünfte über ihre Geschäftsführung, so wie deren vervollständigung, der Kontrollkommittée vorzulegen, damit diese zu einer vollständigen Uebersicht des dermaligen Zustandes der Vermögens- und Kreditverhältnisse des Vereins gelangen könne.

*) Erg. V. §. 4.

§. 187.

Die Kontrollkommittée hat im Allgemeinen das Interesse des Kreditvereins wahrzunehmen. Jedes abwesende Mitglied wird als in den Beschluß der anwesenden Mitglieder einwilligend angesehen. Zur Gültigkeit eines Beschlusses sind wenigstens drei anwesende Mitglieder erforderlich. Die Kontrollkommittée ist berechtigt, von der Direktion aller Zeit Auskünfte zu verlangen, und derselben Erinnerungen zu machen. Speciell gehört zu ihrem Ressort:

- a) die jährliche Revision der Geschäfts- und Kassaverwaltung, deren richtigen Befund sie, ohne dem Revisionsrechte des Konvents zu derogiren, attestirt, oder bei vorgefundenen Unordnungen auf reglementsmäßige Zurechtstellung anzutragen, verpflichtet ist;
- b) die Anordnung extraordinairer Revisionen, in so fern sie für nöthig erachtet werden;
- c) Berichterstattung über den Befund der jährlichen sowohl, als extraordinaireren Revisionen, welche jeder Kontrollkommis-

sarius seinem Kreise vorzutragen, und durch Beibringung einer vidimirten Abschrift des von der Kontrollkommittée über den Befund der Geschäftsführung gemeinschaftlich gefällten Gutachtens zu begründen, verpflichtet ist;

- d) Theilnahme an den Verhandlungen der Direktion, in so fern letztere dazu durch Aufforderung Veranlassung giebt;
 - e) in dringenden Fällen, unter specieller Bezeichnung der Veranlassung, die Direktion zu der Berufung eines extraordinairten Konvents zu requiriren, welche dieser Requisition unweigerlich Folge zu leisten hat;
 - f) alle auf Vortrag jedes Kontrollkommissarii eingereichten Vorstellungen und Beschwerden in kollegialische Berathung zu ziehen, und nach Stimmenmehrheit zu beschließen, ob diese der Direktion zu gemeinschaftlicher Prüfung, Verfügung und Entscheidung vorgelegt, oder ob sie reponirt werden sollen;
 - g) dem Konvente über die dreijährigen Revisionen Relation abzustatten.
-

Vierzehntes Kapitel.

Von der Verwaltung des Kredit- vereins.

A.

Von der Organisation der Verwaltung, der Wahl
der Beamten und ihrer Anstellung.

§. 188.

Die Verwaltung des Kreditvereins wird

- a) von der Direktion,
- b) von den Bezirkskuratoren

besorgt.

§. 189.

Die Direktion besteht:

- a) aus einem Direktor;
- b) aus fünf Råthen;
- c) einem Sekretåre;
- d) einem Kassirer.

Zur Besorgung der Kanzelleigeschäfte hat die Direktion drei Kanzellisten, wovon zwei dem Sekretåre, und einer dem Kassirer untergeordnet sind, und zur Bedienung einen Boten.

Jeder Bezirk hat seinen besonderen Bezirksfurator.

§. 190.

Die Wahl der Vereinsbeamten geschieht auf folgende Weise:

- a) der Direktor wird alle drei Jahre aus von sämmtlichen Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten, entweder auf dem Konvente, oder bei außerordentlichen Vakanz auf Bezirksversammlungen, durch positive Stimmenmehrheit mit der Befugniß, seinen Stellvertreter jedesmal aus den Direktionsrätthen selbst zu ernennen, erwählt; *)
- b) die Direktionsrätthe werden zuvörderst für jeden Kreis von den dahin gehörigen Vereinsmitgliedern durch positive Stimmenmehrheit aus den durch die Bezirke eines jeden Kreises vorgeschlagenen Kandidaten gewählt. Alle Jahre tritt einer derselben aus der Direktion; — die Vereinsmitglieder des Kreises, die den Aus tretenden gewählt hatten, wählen einen neuen. In den ersten fünf Jahren bestimmt das Loos den Austretenden; die

*) Erg. VI. §. 18.

neu Eintretenden loosen aber nicht mit. Späterhin tritt jedesmal der älteste Direktionsrath aus. Die Austretenden sind sofort wieder wählbar;

- c) der Sekretär und Kassirer des Vereins werden von der Direktion vorgeschlagen, und von den Vereinsmitgliedern auf Kreisversammlungen bestätigt. Bei verweigerter Bestätigung hat die Direktion sofort einen andern Kandidaten vorzuschlagen. Ihre Anstellung ist lebenslänglich, wenn sie nicht selbst ihre Dimission nehmen, oder aus wichtigen Gründen von der Direktion suspendirt und von dem Konvente entlassen werden;
- d) die Kanzellisten werden nach Stimmenmehrheit von der Direktion angestellt, und können von derselben auch entlassen werden;
- e) jeder Bezirk wählt für sich einen Kurator auf drei Jahre; zu diesem Amte können nur Vereinsmitglieder gewählt werden. Die Bezirkskuratoren können, auf Antrag der Direktion, durch Beschluß

der Kontrollkommittée früher suspendirt und vom Konvent entlassen werden.

§. 191.

Wenn zu einem Amte des Vereins mehrere Kandidaten eine gleiche Stimmenzahl haben, so wird in der Direktion durch das Loos über die Anstellung eines derselben entschieden.

§. 192.

Alle Vereinsmitglieder müssen unweigerlich die Ämter übernehmen, zu denen sie gewählt werden. Nur gesetzliche Entschuldigungsgründe, die überhaupt von muneribus publicis befreien, und eine dreijährige Amtsführung können diese Verpflichtung aufheben. Alle Direktionsmitglieder, Bezirkskuratoren und Mitglieder der Kontrollkommittée, deren Güter sequestrirt worden, müssen ihre Ämter niederlegen. *)

§. 193.

Die Wahl der sitz- und stimmehabenden Vereinsbeamten muß dem Herrn Generalgouverneur, dem Gouverneur und den Palaten notificiret, und sie bei der Gouvernements-Regierung, nach der in diesem Reglement ent-

*) Erg. III. §. 12. und VI. §. 11.

haltenen Eidesformel, beeidiget werden. Die Bezirkskuratoren und Kanzellisten werden bei der Direktion in Eid und Pflicht genommen. Die Anstellung sämtlicher Vereinsbeamten wird nach einem namentlichen Register durch die Mitauschen Intelligenzblätter zur Kenntniß des Publikums gebracht. *)

B.

Von der Direktion und den Bezirkskuratoren
insbesondere.

§. 194.

Die Vereinsbeamten sorgen für genaue Befolgung der Vorschriften des Reglements, und überhaupt für die Erhaltung und Beförderung des Kredits der Anstalt. Sie sind daher für jeden Schaden und Nachtheil, welcher derselben durch nachlässige Beobachtung oder wissentliche Verletzung der Amtspflicht widerfährt, verhaftet.

§. 195.

Da der Direktion und den Bezirkskuratoren die gewissenhafteste Ausführung aller im Reglement enthaltenen Verordnungen obliegt,

*) Erg. III. §. 12. und VI. §. 14.

so werden sie auch authorisirt, denn für jeden Zweig der Administration erforderlichen Geschäftsgang mit größter Ordnung zu instruiren und zu leiten.

§. 196.

Die gewöhnlichen Sitzungen der Direktion finden vom 1sten November bis zum 1sten Februar, und vom 1sten Mai bis zum 1sten Julius statt. *) Ausser dieser Zeit müssen ein Rath, der Sekretär und der Kassirer immer dejouriren. **) Der Direktor aber ist berechtigt, alle Glieder der Direktion und die Kontrollkommissarien, zur Verstärkung der Direktion in wichtigen Fällen, jederzeit zu berufen; in solchen verstärkten Sitzungen nehmen die Kontrollkommissarien an den Berathungen mit einem Voto Theil.

§. 197.

Ohne den Umfang der in den §§. 194. und 195. bezeichneten Verpflichtungen zu beschränken, werden folgende Gegenstände, als zu dem Ressort der Direktion gehörig, namentlich angeführt:

*) Erg. II. §. 6. und III. §. 19.

**) Erg. IV. §. 19. und VI. §. 14.

- a) die reglementsmäßige Aufnahme der mit Pfandbriefen zu belegenden Güter in den Kreditverein, und hierbei alle die Sicherheit der Anstalt befördernden, gerichtlichen und außergerichtlichen Maßnahmen, *) z. E. Veranstaltung von Taxationen, Lokalinspektionen 2c.;
- b) Verwaltung der dem Kreditvereine gehörigen Fonds nebst allen damit verbundenen Geschäften; Ausfertigung, Vertheilung, Einlösung von Pfandbriefen und Zinskoupons; Anlegung von Sequestrationen, Administrationen, Verpachtungen, Subhastationen 2c.;
- c) die Eintheilung der in den Verein aufgenommenen Güter in Kreise und Bezirke, und Bestimmung der Konvokationsorte der Kreisversammlungen, wobei zu beobachten ist, daß 10 bis 20 Güter einen Bezirk, daß die in einer Oberhauptmannschaft belegenen Bezirke einen Kreis ausmachen, daß diese Eintheilung alle drei Jahre dem versammelten Konvente zur

*) Erg. V. §. 9.

Prüfung vorzulegen, und auf derselben nach den Vorschlägen der Direktion zu modificiren und zu bestätigen ist;

- d) Inspektion und Revision der Kasse und Bücher, wobei zu beobachten ist, daß die Direktion zu jeder Zeit, allein unfehlbar jährlich, kurz nach beendigtem Johannisgeschäfte, eine solche Revision zu veranstalten, und darüber jedesmal ein Protokoll aufzunehmen hat;
- e) Veranstaltung der Kontrollkommittée, der Bezirkskuratoren u.;
- f) Zusammenberufung des Konvents, der Kontrollkommittée, der Kreis- und Bezirksversammlung; *)
- g) Untersuchung und Entscheidung aller von den Societätsgliedern und der Kontrollkommittée angebrachten Beschwerden;
- h) besonders wird der Direktion zur Pflicht gemacht, das Budget für das Johannisgeschäft jedesmal in den ersten Tagen des vorhergehenden Decembermonats zu entwerfen, und nach sorgfältiger Prüfung

*) Erg. IV. S. 4.

und Berathung von allen Gliedern der Direktion unterschreiben zu lassen; *)

i) jährlich ein Tableau über den Zustand und Etat der Anstalt zur Kenntniß des Publikums zu bringen, aus welchem zu ersehen ist:

- 1) der ganze Umsatz;
- 2) der erworbene Gewinn;
- 3) das ausstehende Kapital;
- 4) die Schulden; und
- 5) die Sicherheit des Kreditvereins.

§. 198.

Dem Direktor oder dem von ihm ernannten Stellvertreter liegt die Leitung der Geschäfte, und die Vertheilung derselben unter die Mitglieder der Direktion ob; er hat ein decisives Votum. Bei Parität der Stimmen in der Direktion entscheidet sein Votum. Er ist zur Kassarevision berechtigt, so oft er solches für nöthig findet.

§. 199.

Die Direktionsräthe müssen alle Aufforderungen und besondern Aufträge der Direktion erfüllen. Sie haben ein votum decisivum in allen Angelegenheiten.

*) Erg. III. §. 18.

§. 200.

Der Sekretär ist der Protokollführer der Direktion, und kontraßignirt alle ihre Ausfertigungen. Er hat die specielle Aufsicht und Leitung aller Registraturen und Kanzelleigeschäfte, führt die Korrespondenz, und hat in allen Verhandlungen ein *votum consultativum*. *)

§. 201.

Zur besondern Verwaltung der Kasse, delegirt die Direktion einen Direktionsrath, welchem folgende Geschäfte obliegen:

- a) über alle Geldangelegenheiten bei der Direktion einen von einem motivirten Sentiment begleiteten Vortrag zu halten ;
- b) gegen Bescheinigung von der Direktion die ausgefertigten und unterzeichneten Pfandbriefe und Zinskoupons, von einer Anweisung begleitet an wen solche auszuliefern sind, zu empfangen, und solche wem gehörig zu behändigen ;

*) Erg. III. §. 15. und IV. §. 19.

- c) von der Direktion nach Zahl die Schemata aller über eingezahlte Zinsen zu ertheilenden Quittungen zu empfangen, und sie mit seiner Unterschrift zu versehen;
- d) alle Geld- und Gagenanweisungen, welche von der Direktion auf ihn gestellt werden müssen, entgegenzunehmen; *)
- e) sofort alle Restantien der Direktion anzuzeigen;
- f) unter besonderer persönlichen Verantwortlichkeit auf richtige Verwaltung der Kasse zu sehen; **)
- g) persönlich dem Aus- und Zahlungsgeschäfte zu assistiren;
- h) mit dem 26sten Juni, an welchem Tage die Zahlungsgeschäfte aufhören, sämtliche Rechnungen über das Johannisgeschäft abzuschließen, der Direktion mit Belegen zu überreichen und Relation abzustatten, damit sie revidiren und darüber ein Protokoll aufnehmen könne.

*) Erg. IV. §. 18.

**) Erg. III. §. 16. u. 17, IV. §. 19., und V. §. 11.

§. 202.

Der Kassirer hat

- a) gemeinschaftlich mit dem kassaverwaltenden Direktionsrath, den Empfang der Pfandbriefe, Zinskoupons und Schemata zu Interessenquittungen zu bescheinigen, kontratsignirt diese, so wie alle von dem kassaverwaltenden Direktionsrathe ausgehenden, die Verwaltung der Kasse betreffenden Anzeigen und Anträge;
- b) hat in allen Geschäften des Kreditvereins ein votum consultativum;
- c) empfängt und zahlt die baaren Gelder aus, und ist der Bewahrer aller in das Kassagewölbe niedergelegten Baarschaften und Dokumente; *)
- d) er führt sämtliche Rechnungen des Vereins und alle Kassaregistraturen, dirigirt die etwa bei der Verwaltung der Kasse vorkommenden Kanzelleigeschäfte dergestalt, daß er die richtige und ordnungsmäßige Ausführung derselben verantworten kann. **)

*) Erg. IV. §. 18. u. 19. und V. §. 11.

**) Erg. III. §. 16. u. 17.

§. 203.

Die Kanzellisten müssen sowohl die Aufträge derjenigen Direktionsbeamten erfüllen, denen sie nach §. 189 unmittelbar untergeordnet sind, als auch diejenigen Arbeiten unweigerlich liefern, die ihnen, in Beziehung auf jeden Zweig der Verwaltung des Vereins, von der Direktion aufgegeben werden sollten.

§. 204.

Die Bezirkskuratoren sind die Gehülfen der Direktion bei den in jedem Kreise vorkommenden, den Kreditverein betreffenden Lokalgeschäften, und richten sich bei ihren Amtsverrichtungen nach den für jeden Geschäftszweig in diesem Reglement gegebenen Vorschriften, und bei einzelnen ihnen von der Direktion gegebenen Geschäften nach dem Inhalte ihres Kommissorii. Es liegt ihnen demnach vorzugsweise ob:

- a) in Gemäßheit der Taxationsgrundsätze und der von der Direktion ihnen zugesertigten Schemata und Instruktionen, Abschätzungen zu machen;

- b) bei der generellen Taxation die an sie von einzelnen associirten Gutsbesitzern gelangenden faktischen Ausstellungen anzunehmen und in ihrem berichtlichen Gutachten zu würdigen;
- c) Sequestrationen und Administrationen auszuführen;
- d) über alle durch Deterioration der mit Pfandbriefen belegten Güter die Sicherheit der Anstalt gefährdenden Vorfälle und Ereignisse zu berichten, *) die Verhandlungen der Kreis- und Bezirksversammlungen zu leiten, und in denselben das Protokoll zu führen.

Sie sind in specie für den aus einer vorschriftswidrigen Taxation, säumige Sequestration, und fahrlässigen Oheraufsicht der Administration erwachsenden Schaden verantwortlich.

*) Erg. IV. §. 10. u. 14., und V. §. 9.

Fünfzehntes Kapitel.

Von dem Schutze der Staatsauthoritäten und der Vollziehung der von der Direktion ausgehenden Verfügungen.

§. 205.

Die Gouvernements-Regierung, der Kameralhof, das Oberhofgericht, die Oberhauptmannsgerichte und alle übrigen Behörden, werden die in diesem Reglement begründeten Requisitionen der Direktion in Ausführung bringen, und die Hauptmannsgerichte, in so fern das Reglement ihre Hülfe vorschreibt, solche sofort erfüllen.

§. 206.

Die Exekutiv-, Konkurs- und Hypothekenbehörden erhalten von der Direktion ein specielles namentliches Verzeichniß aller mit Pfandbriefen belegten Güter, um die ihnen laut §. 79. ex officio obliegende Anzeige machen zu können. *)

§. 207.

Alle Vereinsmitglieder sowohl, als die Beamten des Kreditvereins, müssen die Aufträge,

*) Erg. IV. §. 10.

Anordnungen und Verfügungen der Direktion, sie mögen von derselben allein, oder gemeinschaftlich mit der Kontrollkommittee, erlassen seyn, unweigerlich, pünktlich und ungesäumt erfüllen. Die Direktion ist daher authorisirt, ihren Aufträgen und Anordnungen sowohl selbst, als durch obrigkeitliche Hülfe, ohne alle proceßualische Weitläufigkeit, Erfüllung und Nachachtung zu verschaffen.

§. 208.

Wenn die Anwendung gütlicher Mittel den Unfolgsamen nicht zur Folgsamkeit zurückführt, so hat die Direktion die Befugniß, nach Verschiedenheit der Fälle:

- a) eine Pön von 50 Rubeln Silbermünze zum Besten des Vereins beizutreiben, oder
- b) laut §. 127. dem unfolgsamen Vereinsmitgliede die Pfandbriefe aufzukündigen, und bei fortgesetzter Unfolgsamkeit dessen Ausschließung durch Sequestration und Subhastation seines Gutes herbeizuführen.

Gegen unfolgsame Beamten verhängt die Direktion verhältnißmäßige Geldbußen, wofür die Gehalte in Anspruch zu nehmen sind, oder verfährt, bei beharrlicher Widerseßlichkeit, mit vorschristmäßiger Suspension und Remotion.

Das Original ist unterschrieben:

- 1) Rigascher Kriegsgouverneur, und Pskowscher, Lief-, Eßst- und Kurländischer Generalgouverneur, General, Marquis Paulucci.
- 2) Kurländischer Civilgouverneur, Staatsrath Brevern.
- 3) Kurländischer Landesbevollmächtigter, dimittirter Obrist von Grotthuß.
- 4) Kreismarschall Otto von Mirbach.
- 5) Kreismarschall, dimittirter Staabskapitän von Witten.
- 6) Kreismarschall Julius v. d. Ropp.

Mit dem Original übereinstimmend:
Obersekretär Korsakewitsch.

Mit dem Original verglichen:
Powitschik Moskalow.

Eidesformeln.

I. Eid des Direktors.

Nachdem ich Endesunterzeichneter von dem Generalkonvente des Kurländischen Kreditvereins zum Direktor erwählt worden bin, so schwöre ich zu Gott, dem Allmächtigen, einen leiblichen Eid, daß ich diesem meinem Amte treu, redlich und gewissenhaft vorstehen, insbesondere aber die Vorschriften des Reglements nicht allein für meine Person genau befolgen, sondern auch als Vorgesetzter der Direktion darauf wachen und halten will, daß solche von allen Beamten in dem, einem jeden von ihnen angewiesenen, Geschäftskreise beobachtet und in Ausübung gebracht werden; ich gelobe ferner, auf die Revision der Taxen und Ausfertigung der Pfandbriefe alle Aufmerksamkeit zu verwenden, damit dabei vorschriftsmäßig und ohne Partheilichkeit und Nebenrücksichten verfahren werde, die meiner Aufsicht anvertrauten Kassen reglementsmäßig zu visitiren,

die Bücher und Rechnungen nachzusehen, und, so viel ich vermag, Alles zu thun, wodurch der Kreditverein und sein Zweck befördert wird. So wahr mir Gott helfe! —

II. Eid der Direktionsräthe.

Nachdem ich Endesunterzeichneter von dem Generalkonvente des Kurländischen Ritterschaftlichen Bankvereins zum Rath erwählt worden bin, so schwöre ich zu Gott, dem Allmächtigen, einen leiblichen Eid, daß ich diesem Amte redlich und gewissenhaft vorstehen, die mir nach dem Kreditreglement obliegenden Amtspflichten mit aller Aufmerksamkeit erfüllen, bei den mir aufgetragenen Abschätzungen und Revisionen der Güter ohne Nebenabsichten und Partheilichkeit, genau nach den vorgeschriebenen Targrundsätzen verfahren, auch in gleicher Art bei der Revision der mir zugestellten, von Anderen aufgenommenen Taxen zu Werke gehen, den Anweisungen des Direktors die schuldige Folge leisten, und überhaupt Alles thun will, was zur Aufnahme und zum Wohl der Kreditbank abzweckt. So wahr mir Gott helfe.

III. Eid des Sekretärs.

Nachdem ich Endesunterzeichneter von Einer Kurländischen Bankdirektion zu deren Sekretär ernannt worden bin, so schwöre ich zu Gott, dem Allmächtigen, einen leiblichen Eid, daß ich die mir obliegenden, in dem Reglement vorgeschriebenen, Amtspflichten treu und gewissenhaft erfüllen, die Protokolle und Verhandlungen jeder Art, insbesondere aber das Generalverzeichnis über die in den Bankverein aufgenommenen Güter und die darauf ausgefertigten Pfandbriefe, akkurat und richtig führen die Expeditiones und ausgehenden Verfügungen nach den abgefaßten Beschlüssen entwerfen, die Registratur und Kanzlei in Ordnung und Aufsicht halten, den Anweisungen der Direktion gehörige Folge leisten, und überhaupt Alles thun will, was zur Aufnahme und zum Wohl der Kreditbank abzweckt. So wahr mir Gott helfe!

IV. Eid des Kassirers.

Nachdem ich Endesunterzeichneter von Einer Kurländischen Bankdirektion zum Kassirer

bestellt worden bin, so schwöre ich zu Gott, dem Allmächtigen, einen leiblichen Eid, daß ich diesem Amte redlich und getreu vorstehen, mich nach den Vorschriften des Reglements und den Anweisungen der Bankdirektion genau richten, die Rechnungen und Kassenbücher akkurat und richtig führen, die mir anvertrauten baaren Gelder, Pfandbriefe, Zinskoupons und andere Dokumente sorgfältig aufbewahren, nichts davon veruntreuen, die mir obliegenden Zahlungen pünktlich leisten, und mich überhaupt so betragen will, wie ich es vor Gott und der mir vorgeschten Direktion verantworten kann. So wahr mir Gott helfe.

Erster Anhang.

Grundsätze der generellen und speciellen Taxation.

A.

Grundsätze der generellen Taxation.

§. 1.

Die Bewilligung eines Darlehns nach der generellen Taxation, wird nach dem Gesuch des Darlehnsverlangenden normirt, entweder

- a) durch ein Drittel des bis zum Schlusse des Jahres 1827 gerichtlich dokumentirten letzten Erwerbspreises, *) oder
- b) durch Veranschlagung der nach den §§. 2. und 3. ausgemittelten Ausfaat im Winterfelde, eine jede Loffstelle:

in den Oberhauptmannschaften Mitau, Tuckum, Goldingen und Hasenpoth zu $166\frac{2}{3}$ Rubeln Silbermünze, in der Oberhauptmannschaft Selburg aber und zwar:

- a) in den Kirchspielen Selburg und Nerst zu 120 Rubeln Silbermünze,

*) Erg. IV. §. 9.

- b) in den Kirchspielen Subbath und Ascherad zu 110 Rubeln Silbermünze,
- c) in den Kirchspielen Dünaburg und Ueberlaß zu 80 Rubeln Silbermünze,

berechnet. *)

§. 2.

Die Winterausfaat wird nach der effektiven Ausfaat, welche durch specielle, von dem kompetenten Kreisgerichte eidlich ausgemittelte und attestirte Saattabellen erwiesen werden muß, ferner nach der Zahl der gehorchenden Wirths und der mit Pferden und Angespänn gehorchenden Arbeiter dergestalt berechnet, daß

- a) auf jeden Ganzhäker 5 Loffstellen,
- b) auf jeden Zweidrittelhäker $4\frac{1}{2}$ Loffstellen,
- c) auf jeden Halbhäker 4 Loffstellen,
- d) auf jeden Drittelhäker 3 Loffstellen,
- e) auf jeden Viertelhäker 2 Loffstellen,
- f) auf jeden mit Angespänn gehorchenden Arbeiter 4 Loffstellen,

angeschlagen werden.

*) Erg. I. §. 4., II. §. 4., und III. §. 7. u. 10.

Auf Gütern, wo mehrfeldrige Wirthschaft eingeführt ist, wird das in Nutzung stehende Ackerland summirt, mit 3 dividirt, und der Quotient als der Betrag der effektiven Ausfaat im Winterfelde angenommen.

§. 3.

Die Qualität der Wirthe wird nach Anzahl der arbeitsfähigen Menschen, zu welchen nur solche gerechnet werden sollen, die in die bei den Kreisgerichten im Jahre 1823 verabreichten und daselbst attestirten Sektionstabellen, und zwar in die Sektionen des männlichen Geschlechtes vom 15ten bis zum 45sten Jahre, verzeichnet sind, ferner nach der aus den aktivirten Gehorchtstabellen auszumittelnden Anzahl der mit Angespann gehorchenden Arbeiter festgestellt, dergestalt:

- a) daß auf einen Ganzhäker 6 arbeitsfähige Menschen und ein Arbeiter,
- b) auf einen Zweidrittelhäker 5 arbeitsfähige Menschen und $\frac{2}{3}$ Arbeiter,
- c) auf einen Halbhäker 4 arbeitsfähige Menschen und $\frac{1}{2}$ Arbeiter,

- d) auf einen Drittelhäker 3 arbeitsfähige Menschen und $\frac{1}{3}$ Arbeiter,
- e) auf einen Viertelhäker 2 arbeitsfähige Menschen und $\frac{1}{4}$ Arbeiter,

die Menschenzahl inclusive der Wirths und die Arbeiter auf jede Woche zu berechnen sind; auf Gütern, wo der Gehorch der Arbeiter mit Angespänn durch Vertrag mit der Bauerschaft nicht statt findet und aus den Gehorchstabeln nicht nachgewiesen werden kann, wird der Arbeitergehorch nach der durch den Menschenbesatz festzustellenden Qualifikation der Wirths berechnet.

§. 4.

Die dergestalt nach der Qualität der Wirths auszumittelnde Zahl der Lofstellen im Winterfelde ist der höchste Satz der Veranschlagung, welcher aber nach Maßgabe des Minderbetrages der effektiven Ausfaat herbeigeführt werden muß. Dieser Minderbetrag kann jedoch durch eine gleichfalls gerichtlich zu erweisende, jährlich nachhaltige, Leichausfaat, drei Lof gegen eine Lofstelle im Winterfelde gerechnet, bis zu dem obenbezeichneten höchsten Satz ergänzt werden.

§. 5.

Wo das Verhältniß des Menschenbesaßes zum Gehorch oder des Gehorchs zum Menschenbesaß der reglementsmäßigen Bestimmung nicht entspricht, da wird der Wirth immer nach dem niedrigsten Satze des Menschenbesaßes oder des Gehorchs qualificirt und angeschlagen.

§. 6.

Alle zu besonderen Leistungen verpflichteten Wirthe, z. E. Buschwächter, Feld- und Wiesenwächter ic., können bei der generellen Taxe nur in so fern veranschlagt werden, als sie nach den Gehorchstabellen auch zum Ackerbau verpflichtet sind, und müssen, nach Abzug der zu den besonderen Leistungen nöthigen Personen, mit der zum Ackerbau nöthigen reglementsmäßigen Anzahl arbeitsfähiger Menschen besetzt seyn. Zinsner können nach Maßgabe der §§. 7. und 32. der speciellen Taxationsgrundsätze auch in Anschlag gebracht werden, in so fern die im §. 33. bestimmte Dauer ihrer Kontrakte gerichtlich nachzuweisen ist.

B.

Grundsätze der speciellen Taxation.

§. 7.

Speciell abgeschätzte Güter können bis auf die Hälfte des abgeschätzten Werths mit Pfandbriefen belegt werden.

§. 8.

Alle Nachweisungen und Auskünfte über die Beschaffenheit des Gutes und die einzelnen Zweige der Oekonomie, müssen den Taxatoren von dem Gutsbesitzer mitgetheilt werden; dahin gehören: Gutskarte nebst Vermessungsregister, wenn solche vorhanden, die letzte Revisionsliste, Wirthschaftsrechnungen, Gehorchstabellen, Wafenregister, die etwanigen Arrendekontrakte, die Vorschußbücher der Magazine, Quittungen über bezahlte Kron- und Landesabgaben, mit einem Worte alles, was zur Aufnahme eines Inventariums und zur vollständigen Kenntniß eines Gutes erforderlich ist.

§. 9.

Aus diesen Materialien, über die ein Protokoll aufzunehmen ist, fertigen die Taxatoren,

nach vorhergegangener Prüfung theils durch Lokaluntersuchung, theils durch Abhörung der Wirthschaftsaufseher und der Bauerschaft, eine allgemeine Beschreibung des Gutes an, nach Anleitung der zur Erleichterung des Geschäftes von der Direktion anzufertigenden Fragestücke. *)

§. 10.

In dieser Beschreibung wird im Allgemeinen angegeben werden: die Lage des Hauptgutes und der Beihöfe, seine Gränzen, seine Entfernung von der nächsten Handelsstadt, ob über die Gränzen ein Streit obwaltet, der Zustand der Gebäude, die Gesinder- und Seelenzahl, die Ausfaat, der Viehbestand, die etwanigen Servitutsverpflichtungen und Servitutsberechtigungen, die Krons-, Landes- und Kirchenabgaben.

§. 11.

Gegenstände der Taxation sind: Ackerbau, Viehzucht, Krüge, Mühlen, Geld- und Naturalpacht, Zins, Wafen, Branntweinsbrand und Mastung, Waldbenußung, Theer, Ziegel- und Kalkbrand und Gypsverkauf.

*) Erg. IV. §. 7.

§. 12.

Vom Ackerbau.

Ueber die Klassifikation und den Ertrag des Bodens entscheidet dessen natürliche Beschaffenheit und der Düngungszustand, der aber nicht bloß nach der Menge des gedüngten Landes, sondern nach Maßgabe des Viehbestandes, der Weide, des Stroh- und Heugewinnes auszumitteln, und als ein besonders wichtiger Gegenstand der Aufmerksamkeit der Taxatoren zu empfehlen ist.

§. 13.

Die Güte des Bodens zerfällt in 4 Klassen:

- a) zur ersten Klasse gehört ein Boden der aus gutem, mit schwarzer Dammerde vermischten Lehm besteht, und alle diejenigen Aecker, die regelmäßig jährlich von Flüssen überströmt werden (Weizenboden);
- b) zweite Klasse: Ein guter, aus Lehm und Dammerde bestehender, zur Hälfte mit Grand und Sand gemischter Boden (Gerstenboden);

- c) dritte Klasse: Ein aus Lehm und Dammerde bestehender Boden, bei dem jedoch Grand und Sand vorherrscht (Roggenboden);
- d) vierte Klasse: Ein Boden, der aus Sand, Moor oder weißem Espenlehm in mannigfaltiger Mischung besteht, und nicht düngerhaftig ist (Haferboden).

§. 14.

Auf einem Boden No. I. wird die Aussaat sowohl im Winter- als im Sommerfelde in frischer Düngung mit $9\frac{3}{5}$ Korn, in alter Düngung aber der dritten Tracht mit $7\frac{1}{3}$ Korn inclusive der Saat; — auf einem Boden No. II. im ersten Falle mit $8\frac{2}{5}$ Korn, im letzten Falle mit 6 Korn; — auf einem Boden No. III. mit $7\frac{1}{5}$ und $4\frac{4}{5}$; — auf einem Boden No. IV. mit $4\frac{4}{5}$ und $3\frac{3}{5}$ Korn inclusive der Saat veranschlagt.

§. 15.

Es wird ein für alle Male als Regel festgestellt:

- a) daß in einem Boden No. III. Gerste nur in frisch gedüngtem Acker, in einem Boden No. IV aber gar keine Gerste;
- b) daß auf eine Loffstelle im Winterfelde höchstens nur $1\frac{1}{5}$ Lof Gerste und $1\frac{1}{2}$ Hafer angeschlagen; und
- c) daß das halbe Feld wenigstens gedüngt wird. Wo dieses nicht der Fall ist, muß bei der fünften Tracht noch ein Rückschlag von 2 Korn angenommen werden.

§. 16.

Ergeben sich örtliche, von obiger Klassifikation abweichende Eigenthümlichkeiten, so muß sorgfältig ausgemittelt werden, welcher von den bezeichneten Klassen die vorgefundene Bodenart, ihrer Natur oder Kultur nach, sich am meisten nähert.

§. 17

Eine ähnliche Eintheilung findet in Rücksicht der Aekerteiche statt.

- I. Klasse: Teiche, die einen festen, mit schwarzer Erde gemischten Lehmboden haben, und den Wasserzuschuß von Feldern und Hoflagen erhalten.

- II. Klasse: Teiche, die zwar einen guten festen Boden haben, aber den Wasserzuschuß nicht von Feldern und Hoflagen erhalten;
- III. Klasse: Teiche, deren Boden aus Sand mit wenig Lehm vermischt besteht;
- IV. Klasse: Teiche, deren Boden aus Sand oder Moor besteht.

§. 18.

Die Teiche:

- No. I. werden zweimahl mit Gerste und einmahl mit Hafer bestellt, und nach den auf einander folgenden Jahren mit 8, 7 und 6 Korn;
- No. II. zweimahl mit Gerste und einmahl mit Hafer bestellt, und mit 6, 5 und 5 Korn;
- No. III. einmahl mit Gerste und zweimahl mit Hafer bestellt, und mit 5, 4 und 3 Korn;
- No. IV. nur mit Hafer bestellt, und mit 3, 3 und 2 Korn inclusive der Saat veranschlagt.

§. 19.

Es wird als Regel angenommen, daß die Saatteiche eben so viele Jahre unter Wasser, als unter dem Pfluge stehen. Die §. 16 für die Brustfelder aufgestellten Vorschriften, finden auch auf Teiche ihre Anwendung.

§. 20.

Sogenannte Neben- oder Beifelder, die nicht mit den Brustfeldern im gleichen Düngungssturnus stehen, werden gar nicht in Anschlag gebracht.

§. 21.

Da der speciellen Taxation die Dreifelderwirtschaft zum Grunde gelegt wird, so müssen die nach der im §. 13 enthaltenen Vorschrift classificirten Theile der Brustäcker des Hauptgutes und aller Vorwerke nach Poststellen summiert, und die Summen jeder einzelnen Klasse mit drei dividirt werden, um hiernach den Ertrag, nach Vorschrift des §. 14., berechnen zu können. Die Direktion wird zur Erläuterung und Anleitung eine Tabelle anfertigen.

§. 22.

Wo die Felder nicht revisorisch aufgenommen sind, werden einzelne Probereeschen *) von den Taxatoren gemessen, um die Angaben zu vergleichen. Ist die Differenz nicht bedeutend, so kann die Aussaat als ausgemittelt angesehen, widrigenfalls muß eine revisorische Vermessung der Felder vorgenommen werden.

§. 23.

Es wird, mit Einschluß der Arbeiter, als Maximum der Aussaat im Hofesfelde angenommen:

- a) für jeden Ganzhäker 12 Eoffstellen;
- b) für jeden Zweidrittelhäker 10 Eoffstellen;
- c) für jeden Halbhäker 8 Eoffstellen;
- d) für jeden Viertelhäker 4 Eoffstellen in jedem Felde.

Die Aussaat in Teichen, ist nur dann ein Gegenstand der Taxation, wenn die Aussaat in den Brustfeldern geringer, als das eben festgestellte Maximum ist. In diesem Falle werden 3 Eof jährlicher Aussaat in Teichen, einem Eose

*) Die Reesche ist in Kurland ein Stück Land, auf welches 4 bis 5 Eof ausgesät wird.

im Winterfelde gleichgestellt und speciell veranschlagt. *)

§. 24.

Um die Qualifikation der Wirthse festzustellen, wird angenommen:

- a) daß ein Ganzhäker 6 arbeitsfähige Menschen männlichen Geschlechts, 8 Arbeitspferde, 8 Milchkühe, 15 Lofstellen Ackerland in jedem der drei Felder, und jährlich 30 Fuder Heu, zu 2 Schiffpfund hat, und jede Woche einen Arbeiter mit Angespann und eine Magd in den Hof stellt;
- b) daß ein Zweidrittelhäker 5 arbeitsfähige Menschen männlichen Geschlechts, 6 Pferde, 6 Kühe, 12 Lofstellen Ackerland in jedem Felde, und jährlich 22 Fuder Heu zu 2 Schiffpfund hat, und zwei Wochen hintereinander einen Arbeiter mit Angespann, die dritte Woche aber nur einen Fußgänger stellt;
- c) daß ein Halbhäker 4 arbeitsfähige Menschen männlichen Geschlechts, 4 Pferde

*) Erg. III. §. 8.

4 Milchkühe, 10 Poffstellen Ackerland in jedem Felde, und jährlich 15 Fuder Heu zu 2 Schiffpfund hat, und eine Woche einen Arbeiter mit Angespann, die andere Woche einen Fußgänger in den Hof stellt;

- d) daß ein Viertelhäker drei arbeitsfähige Menschen männlichen Geschlechts, 3 Pferde, 3 Milchkühe, 6 Poffstellen Ackerland in jedem Felde, jährlich 10 Fuder Heu zu 2 Schiffpfund hat, und alle 4 Wochen einen Arbeiter zu Pferde und eine Magd in den Hof stellt.

Der Menschenbesatz ist inclusive des Wirths-, das Ackerland aber exclusive des Knechts-Land zu berechnen.

Wo der ausgemittelte Gehorch und die Dotation der Wirths ihrer Qualifikation als Ganz-, Zweidrittel-, Halb- und Viertelhäker nicht entspricht, da werden die Taxatoren nach gewissenhafter Prüfung die angemessenen Zwischensätze des Gehorchs und der Veranschlagung, mit Berücksichtigung der vorgeschriebenen Eintheilung, selbst feststellen.

§. 25.

Der Mangel an Ausfaat in den Bauerfeldern kann durch Zeiche, nach den aufgestellten Grundsätzen, oder durch einen größeren Heugewinn, so wie umgekehrt der Mangel an Heu, durch Ackerland ersetzt werden, dergestalt, daß eine Lofstelle Ackerland im Winterfelde 4 Fuder Heu zu 2 Schiffpfund, als Maximum, gleichgestellt wird. Dieses Maximum kann die Taxationskommission nach der Lokalität ermäßigen.

Die Kompensation kann nur für $\frac{1}{3}$ des erforderlichen Gegenstandes gestattet werden.

Anmerkung. Für einzelne Gegenden, wo der Boden vorzüglich, der Mangel an Heu aber groß ist, wird die Kompensation noch weiter ausgedehnt, und dieselbe der Taxationskommission überlassen.

§. 26.

Das nach der Qualifikation der Wirthse festzustellende Quantum der Ausfaat ist das Maximum derselben, welches jedoch immer nach der effektiven Ausfaat, in so fern sie geringer ist, ermäßigt werden muß.

§. 27.

Von der Viehzucht.

Das Maximum des in Anschlag zu bringenden Viehbestandes wird nach der, der Taxation zum Grunde gelegten, Ausfaat, und zwar 3 Pachtfüße auf 5 Lofstellen im Winterfelde, berechnet; vorausgesetzt, daß dieser Viehbestand wirklich vorhanden, und mit dem eigenen Feuertrage des Gutes, wenigstens 2 Schiffpfund Heu auf die Kuh gerechnet, erhalten worden ist. Auf solchen Gütern, wo bei einem besonders großen Feuertrage mehr Vieh gehalten wird, und dieses auf Verlangen des Gutsbesizers in Anschlag gebracht werden soll, muß nachgewiesen werden, daß dieser Viehbestand wirklich seit 6 Jahren, und zwar mit 3 Schiffpfund Heu auf die Kuh gerechnet, erhalten worden ist.

§. 28.

Ist der Viehbestand durch Unglücksfälle verringert, so wird, bis zur Komplettirung der Pacht, die zum Ankauf erforderliche und von der Kommission zu bestimmende Summe von der Darlehenssumme zurückbehalten.

§. 29.

- a) Auf Gütern, welche von Mitau bis 3 Meilen entfernt liegen, rechnet man den Ertrag einer Milchkuh 7 Rubel Silbermünze;
- b) auf Gütern, die bis 3 Meilen von den Kreis- und Seestädten entfernt liegen, 5 Rubel Silbermünze;
- c) auf den in einer größeren Entfernung von den Städten liegenden Gütern 4 Rubel Silbermünze.

§. 30.

Es ist dabei unerläßlich, den Heuertrag und die Weide zu berücksichtigen, und sind diese nicht hinlänglich und beschränkt, so sind die Taxatoren verbunden, nach Erwägung dieser Umstände, bis zu 30 Prozent von dem berechneten Ertrage abzuschlagen.

-

§. 31.

Bei Krügen und Mühlen, die verarrendirt sind, muß der Arrendekontrakt seit 6 Jahren statt gehabt haben, und von der Arrendesumme 20 Prozent in Abzug gebracht werden. Bei Krügen und Hofeswaare muß

der Gutsbesitzer den sechsjährigen Ertrag nachweisen. Von dem Durchschnittsertrage wird ein Drittel als reiner Gewinn angenommen, und davon 20 Prozent abgezogen. Bei Mühlen auf Meße, wird das Getreide nach den unten angeführten Preisen berechnet, und ebenfalls 20 Prozent abgeschlagen. Bedürfen sie einer kostspieligen Reparatur, so wird der dafür berechnete Darlehenswerth nur dann erst verabfolgt, wenn die Reparatur gemacht ist.

§. 32.

Bei verpachteten Gesindern nimmt die Kommission die Pachtsumme, nach Abzug von 20 Prozent, als Basis der Abschätzung an, wenn der Kontrakt seit 6 Jahren bestanden hat.

§. 33.

In allen Fällen, wo die Nachweisung eines sechsjährigen Ertrages vorgeschrieben ist, und nicht gegeben werden kann, da muß bei einer fünfjährigen Nachweisung $\frac{1}{6}$, bei einer vier- und dreijährigen $\frac{1}{4}$, und bei einer zwei- und einjährigen $\frac{1}{3}$ in Abzug gebracht werden.

§. 34.

Die Wafe *) wird nach Abzug von 10 Prozent, das Getreide nach den festgesetzten Preisen und die anderen Gegenstände nach den billigsten Ortspreisen berechnet.

§. 35.

Bei Branntweinsbrennereien muß das Quantum des jährlich verbrannten Getreides nachgewiesen werden, welches, nach Abzug der Saat, der Konsumtion, und der Deputatstücke, nicht $\frac{3}{4}$ des anschlagsmäßigen Korn-ertrages überschreiten darf; der Gewinn wird inclusive der Mastung bei freier Mahlung mit 12 Kopelen Silbermünze, bei Meße mit 8 Kopelen Silbermünze für jedes Lof an-, und von der Totalsumme 20 Prozent abgeschlagen.

Wo mit erkauftem Holz Branntwein gebrannt wird, müssen die dafür verwandten Kosten in Abzug gebracht werden.

*) Wafe bedeutet eine Leistung, und unter dieser Benennung versteht man in Kurland Einkünfte von den Bauern in Geld und Naturalien.

§. 36.

Bei dem Kalk-, Ziegel- und Theerbrand, so wie beim Gypsverkauf, hat die Kommission sich vor allen Dingen von der Nachhaltigkeit des Materials und der Feuerung, und von der Gewißheit des Absatzes zu überzeugen. Von dem reinen sechsjährigen Durchschnittsertrage werden bei dem Ziegelbrande 50 Prozent, beim Kalkbrande 40, vom Theerbrande 30, und vom Gypsverkauf gleichfalls 40 Prozent abgeschlagen.

§. 37.

Zur Veranschlagung von Walddreven durch Holzverkauf wird erfordert:

- a) daß die betreffenden Forste revisorisch vermessen und von forstkundigen Personen gewürdigt sind;
- b) daß der mögliche sowohl, als wirkliche Holzabsatz nachgewiesen werde;
- c) daß immer nur die niedrigsten Preise des nachgewiesenen Absatzes veranschlagt, alle den Absatz bedingenden Unkosten, sie mögen in Verträgen mit den Bauerschaften, oder in baaren Zahlungen be-

stehen, und ausserdem noch von dem reinem Gewinn bei dem Transport zu Lande und auf Strömen 20 Prozent, bei dem Transport zur See aber 40 Prozent abgezogen, endlich

- d) daß Forste, die bei Veranschlagung eines associirten Gutes in Anrechnung gekommen sind, unter Kontrolle beeidigter Forstbedienten abgenutzt werden sollen.

§. 38.

Von sechsjähriger Durchschnittsausfaat an Leinsaat wird 3 Korn über die Saat, und ein halbes Schiffpfund geschwungener Flachse von jedem ausgesäeten Lof gerechnet.

§. 39.

Die Preise der Getreidearten zur Veranschlagung sind:

Das Lof Winterweizen .	125	Kop.	S.	M.
= = Roggen .	80	=	=	
= = Gerste .	70	=	=	
= = Hafer .	45	=	=	
= = Erbsen .	80	=	=	
= = Leinsaat .	150	=	=	
1 LK geschwungener Flachse	110	=	=	

§. 40.

Von dem solchergestalt ausgefundenen Ertrage eines Gutes werden noch in Abzug gebracht:

- a) alle Wirthschaftsausgaben, als: Deputat und Lohn der Wirthschaftsbedienten und der etwa zu haltenden Knechte;
 - b) diejenigen Krons- und Kirchenabgaben, die der Gutsbesitzer tragen muß, und die Landeswilligungen;
 - c) der Bauernvorschuß, wo sich solcher aus den Lokalverhältnissen ergibt.
-

Zweiter Anhang.

A.

Jährlicher Wagen-Etat.

	S. Rub.
Der Direktor erhält, ohne Wohnung,	800
Fünf Direktionsräthe erhalten, ohne Wohnung, ein jeder zu 500 Rubel Silbermünze	2500
Der Sekretär erhält, nebst Heizung und Wohnung im Direktionslokale,	600
Der Kassirer erhält, ebenfalls mit freier Heizung und Wohnung im Direktionslokale,	600
Drei Kanzellisten erhalten, ohne Woh- nung, in Summa	720
Der Bothe erhält, ohne Wohnung, .	80
Für Kanzelleimaterial und Heizung	700
Summa	6000*)

Anmerkung. Die erste Versammlung der Mitglieder des Kreditvereins, welche im Ritter-
hause statt findet, wird über das nöthige Lokal
zu ihrem Etablissement, die erforderliche Be-
stimmung treffen.

*) Erg. IV. §. 18, und VI. §. 13.

B.

K o s t e n = T a r e.

§. 1.

Meilengelder.

Die Mitglieder der Direktion und die Bezirkskuratoren, so wie die ihnen zugeordneten Gutsbesitzer erhalten, wenn sie von der Direktion zu Geschäften auf Landgüter demandirt werden, inclusive der Rückreise, 2 Rubel Silbermünze Meilengelder; die von der Direktion, so wie von den Bezirkskuratoren demandirten oder engagirten Protokollführer und Kanzellisten, erhalten, inclusive der Rückreise, 70 Kopeken Silbermünze Meilengelder. Diese Meilengelder werden von der Direktion berechnet und, wenn die Beamten nach mehreren Gütern demandirt sind, von der Direktion auch auf diese repartirt. Die Gutsbesitzer sind verpflichtet, die dergestalt auf sie repartirten Meilengelder auf Vorzeigung der von der Direktion ausgefertigten Berechnung und Repartition unweiger-

lich und sofort nach Beendigung des Geschäftes zu berichtigen.

§. 2.

D i ä t e n.

- a) Ein zu Geschäften nach einem Landgute delegirtes Direktionsglied erhält, wenn es daselbst beköstigt wird, keine, und wenn es nicht beköstigt wird, täglich einen Rubel Silbermünze Diäten;
- b) jeder Bezirkskurator und jeder demselben zugeordnete Gutsbesitzer, erhält täglich 2 Rubel Silbermünze Diäten;
- c) die von der Direktion demandirten, so wie die von den Taxatoren engagirten Protokollführer und Kanzellisten erhalten täglich einen Rubel Silbermünze Diäten.

Diese Diäten werden von dem Tage der Ankunft bis zum Tage der Abreise exclusive gerechnet. Der Dirigirende des Geschäftes muß den Kostenbetrag in das Protokoll verzeich-

nen und dem Gutsbesitzer darnach eine Rechnung übergeben, die er sofort berichtigen und sich die geleistete Zahlung von dem Empfänger quittiren lassen muß.

§. 3.

Gebühren bei Administrationen.

Bei einer, einem Bezirksfurator übertragenen Administration, erhält derselbe von dem reinen nach Abzug aller Abgaben und Wirthschaftskosten übrig bleibenden Geldertrage des administrierten Gutes 3 Prozent. *)

§. 4.

Gebühr für Ausfertigung der Pfandbriefe und Zinskoupons.

Die Anfertigungsgebühr beträgt für jeden Pfandbrief einen halben Rubel Silbermünze und für den dazu gehörigen Zinskouponsbogen 30 Kopeken Silbermünze, welche, bei der ersten Ausfertigung, der Darlehensempfänger, späterhin der Eigenthümer der Pfandbriefe und Zinskoupons trägt.

*) Erg. V. §. 6.

§. 5.

Gebührentaxe in Hypothekensachen.

S. Rub. Kop.

1)	Für das von der Direktion der Hypothekenbehörde zuge= stellte Hypothekenbuch . .	2	50
2)	Für Eintragung des Oberhof= gerichtlichen Ediktalurtheils, für den ersten Bogen . .	1	—
	für jeden Bogen mehr . .	—	50
3)	Für Korroborations und In= grossation des an den Kredit= verein ausgestellten Schuld= dokumentes, für den ersten Bogen	2	—
	für jeden Bogen mehr . . .	1	—
4)	für Ausfüllung des Korrobo= rationsattestes eines Pfand= briefes	—	30
5)	Für die Deletion eines Pfand= briefes mit der darauf zu setzen= den Rekognition	—	30

- | | | |
|---|---|----|
| 6) Für die Deletion eines mit dem Darlehn aus dem Kreditvereine bezahlten Dokuments mit der darauf zu setzenden Refognition | 1 | — |
| 7) Für Kopialien inclusive des Kollationirens und der Vidu-
mation per Bogen | — | 50 |

§. 6.

In allen Fällen, wo die Direktion sich verpflichtet hält, auf ein nach der generellen Taxe gefordertes Darlehn eine specielle Taxe anzunordnen, werden

- a) die Kosten der Taxation aus den Mitteln des Kreditvereins bestritten, wenn das Resultat der speciellen Taxe größer, als das der generellen ist;
- b) aus den Mitteln des Gutsbesizers, wenn derselbe den durch die specielle Taxe erweiterten Vorschuß ganz oder zum Theil

benutzt, oder wenn die specielle Taxe ein geringeres Resultat, als die generelle giebt.

§. 7.

Lokalinspektionen und Nachrevisionen von Taxen, werden entweder von den Schuldigen bezahlt, oder von der Anstalt, je nachdem der Erfolg die Veranlassung zu dieser Retaxation rechtfertiget, oder nicht.

§. 8.

Sämmtliche, sowohl nach dem Inhalte des Reglements nebst Anhängen, als überhaupt anderweitig sich aus dem Geschäfte ergebende Kosten, müssen, in so fern sie den Vereinsmitgliedern oder anderen Personen zur Last fallen, vom Betheiligten ohne alle Einwendungen und ohne Aufschub bezahlt werden. Die Direktion ist verpflichtet, die säumigen Zahler sofort durch die zweckdienlichsten und

strengsten Maßregeln, die ihr zu Geboten stehen, zur prompten Zahlung anzuhalten.

Das Original ist unterschrieben:

- 1) Rigascher Kriegsgouverneur, und Pffomscher, Lief-, Ebst- und Kurländischer Generalgouverneur, General, Marquis Paulucci.
- 2) Kurländischer Civilgouverneur, Staatsrath Brevern.
- 3) Kurländischer Landesbevollmächtigter, dimittirter Obrist von Grotthuß.
- 4) Kreismarschall Otto von Mirbach.
- 5) Kreismarschall, dimittirter Staabskapitän von Witten.
- 6) Kreismarschall Julius v. d. Ropp.

Mit dem Original übereinstimmend:

Obersekretär Korsakewitsch.

Sekretär Kolodnin.

Mit dem Original verglichen:

Powitschik Moskalow.

In fidem versionis:

Kollegienassessor P. de la Croix, Regierungsssekretär und Translateur.

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen §. 1 bis 9.

Zweites Kapitel.

Provisorischer Zustand §. 10 — 18.

Drittes Kapitel.

Definitiver Zustand.

Von der Beschaffenheit und den
Vorzügen der Pfandbriefe . . §. 19 — 24.

Viertes Kapitel.

Von den Personen, welche zur Auf-
nahme von Pfandbriefen, und
den Gütern, welche zur Be-
lastung mit denselben geeignet
sind §. 25 — 29.

Fünftes Kapitel.

Von dem Verfahren bei nachgesuch-
ten Pfandbrief- Darlehen und
von Ausfertigung und Eintra-
gung der Pfandbriefe.

A. Von dem Taxationsverfahren §. 30 — 42.

- B. Von dem gerichtlichen Verfahren bei den Hypothekenbehörden und dem Oberhofgericht . §. 43 bis 52.
 C. Verfahren bei Ausfertigung, Eintragung und Vertheilung der Pfandbriefe §. 53 — 68.

Sechstes Kapitel.

Von Einzahlung, Vertreibung und Ergänzung der Zinsen, so wie von der Sequestration, Verpachtung und öffentlichen Versteigerung der dem Kreditvereine verpfändeten Güter.

- A. Von Einzahlung der Zinsen . §. 69 — 70.
 B. Von Vertreibung rückständiger Zinsen . . . §. 71.
 Sequestration . . . §. 72 — 73.
 Administration . . . §. 74 — 80.
 Verpachtung . . . §. 81 — 88.
 Subhastation . . . §. 89 — 94.
 C. Von den verunglückten Schuldnern zu gewährenden Vorschüssen . . §. 95 — 102.
 D. Von Ergänzung ausbleibender Zinsen . . . §. 103 — 104.

Siebentes Kapitel.

Von Auszahlung der Zinsen . . . §. 105 — 108.

Achtes Kapitel.

Von der Aufkündigung und Einlösung der Pfandbriefe . . . § 109.

- A. Von Aufkündigung der Pfandbriefe von Seiten der Schuldner §. 110 bis 116.
- B. Von der Aufkündigung von Seiten der Pfandbriefs-Inhaber §. 117 — 120.
- C. Von Aufkündigung der Pfandbriefe von Seiten der Direktion §. 121 — 128.
- D. Von Deletion der Pfandbriefe §. 129 — 131.

Neuntes Kapitel.

Von dem öffentlichen Aufgebot ungültiger Pfandbriefe.

- Bemerkte auf den Pfandbriefen §. 132 — 134.
- Verlorene Pfandbriefe §. 135 — 138.
- Beschädigte Pfandbriefe §. 139.
- Von falschen Pfandbriefen u. Zinskoupons §. 140.
- Von nicht präsentirten Pfandbriefen und Zinskoupons §. 141 — 142.

Zehntes Kapitel.

Von dem eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins

§. 143 — 146.

Elfte Kapitel.

Von den Depositis

§. 147 — 152.

Zwölftes Kapitel.

Von der Versammlung des Kreditvereins.

- Allgemeine Bestimmungen §. 153 — 162.

- A. Von den Konventen §. 163.
 Generalkonvente §. 164 bis 171.
 Deputirtenkonvente §. 172 — 180.
 B. Kreisversammlungen §. 181.
 C. Bezirksversammlungen §. 182.

Dreizehntes Kapitel.

- Von der Kontrolle §. 183 — 187.

Vierzehntes Kapitel.

Von der Verwaltung des Kreditvereins.

- A. Von der Organisation der Verwaltung, der Wahl der Beamten und ihrer Anstellung . . . §. 188 — 193.
 B. Von der Direktion und den Bezirkskuratoren insbesondere . . . §. 194 — 204.

Fünfzehntes Kapitel.

- Von dem Schutz der Staatsauthoritäten und der Vollziehung der von der Direktion ausgehenden Verfügungen §. 205 — 208.

*

*

*

Eidesformeln. C. 121 bis 124.

Schema zu den Pfandbriefen oder Kreditbilletten.

Schema zu den Zinskoupons.

Erster Anhang.

Grundsätze der generellen und speciellen Taxation. S. 125.

A. Grundsätze der generellen Taxation	§. 1 bis 6.
B. Grundsätze der speciellen Taxation	§. 7 — 11.
Boni Ackerbau	§. 12 — 26.
Bon der Viehzucht.	§. 27 — 30.
Krüge und Mühlen	§. 31.
Verpachtete Gefinder	§. 32 — 33.
Wafe	§. 34.
Branntweinbrennereien	§. 35.
Kalk-, Ziegel- und Theerbrand, und Gypsverkauf	§. 36.
Waldrevenüen	§. 37.
Leinsaat	§. 38.
Preise der Getreidearten	§. 39.

Zweiter Anhang.

A. Jährlicher Gagen = Etat. S. 148.

B. Kosten = Taxe. S. 149.

Meilengelder	§. 1.
Diäten	§. 2.
Gebühren bei Administrationen	§. 3.
Gebühr für Ausfertigung der Pfand= briefe und Zinskoupons	§. 4.
Gebührentaxe in Hypothekensachen	§. 5 — 8.

S c h e m a
zu den Pfandbriefen oder Kreditbilletten.

N o t e n A l l e s i n

Privilegirter Pfandbrief



Litt.



Silberrubel



Privilegirter Pfandbrief über Silberrubel, welcher zur Sicherheit des Capitals und der Zinsen, unter Garantie der verbundenen Kurländischen Gutsbesitzer, auf das in dem Kirchspiele der Oberhauptmannschaft gelegene Gut von der Direction des Kurländischen Creditvereins auf den Namen des Herrn ausgefertigt und sub *N^o* und *Litt.* der Register eingetragen worden.

Mitau, am Junius 18 . .

Director

Rath

Rath

(L. S.) Secretair

Gegen Vorzeigung dieses Pfandbriefes werden von fünf zu fünf Jahren die zu demselben auszufertigenden Zinscoupons ertheilt.

des Kurländischen

Creditvereins.

Umstehender Pfandbrief № ist in die, am gerichtlich besicherte, am ausgestellte
Schuldverschreibung sub Lit. verzeichnet, welches des öffentlichen Glaubens wegen attestirt wird.

(Oberhauptmann
oder Assessor.)

Die Unterschrift eines
Gerichtsgliedes.

(Gerichtsstempel.)

Instantzsecretair.

Schema zu den Zinscoupons.

Fünf Zinscoupons, gehörig zum Pfandbriefe des Kurländischen Creditvereins Nro. . . . Litt. . . zahlbar Nro. V. zu Johannis 18 . . , Nro. IV. zu Johannis 18 . . , Nro. III. zu Johannis 18 . . , Nro II. zu Johannis 18 . . , Nro I. zu Johannis 18 . .

Coupon Nro V. Gegen Einreichung dieses Zinscoupons werden von dem Kurländischen Pfandbriefe Nro. . . . Litt. . . über Silberrubel die Zinsen mit . . Procent zu Johannis vom 12ten bis zum 26sten Junius von der Cassaverwaltung zu Mitau bezahlt. Mitau Johannis 18 . .

(Stempel der Direction.)	Zinsschein Nro. V.	
Nro. Litt.	Zinsbetrag	Rubel Silberrubel.

Coupon Nro. IV. Gegen Einreichung p. p. p.

Nro.	(Stempel der Direction.)	Zinsbetrag	
Litt.		Rubel	Silberrubel.

Coupon Nro. III. Gegen Einreichung p. p. p.

Nro.	(Stempel der Direction.)	Zinsbetrag	
Litt.		Rubel	Silberrubel.

Coupon Nro. II. Gegen Einreichung p. p. p.

Nro.	(Stempel der Direction.)	Zinsbetrag	
Litt.		Rubel	Silberrubel.

Coupon Nro. I. Gegen Einreichung p. p. p.

Nro.	(Stempel der Direction.)	Zinsbetrag	
Litt.		Rubel	Silberrubel.

Ergänzungen

zum

Kurländischen Kreditreglement.

B e f e h l
Seiner Kaiserlichen Majestät,
des Selbstherrschers aller Ruessen 2c. 2c. 2c.,
aus
der Kurländischen Gouvernements - Regierung,
zu Jedermanns Wissenschaft.

Nachdem auf Vorstellung der Direktion des Kurländischen Kreditvereins die Allerhöchste Genehmigung Seiner Kaiserlichen Majestät zur Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Kurländischen Kreditreglements nachgesucht und die Sache hierauf zur Beprüfung der Ministerkommittée gestellt worden, — haben Seine Kaiserliche Majestät die in den Journalen der Ministerkommittée vom 24sten November und 8ten December v. J. dieserhalb getroffenen Bestimmungen Allerhöchst zu bestätigen geruht, und werden demnach diese als Anhang zum Kurländischen Kreditreglement

gehörenden Bestimmungen und ergänzenden
Gesetze mittelst Patents, wie hierdurch geschieht,
zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung
bekannt gemacht.

Schloß Mitau, den 25sten Januar 1837.

(L.S.) Kurländischer Civilgouverneur:
C. von Brevern.

F. Ebeling,
Regierungsrath.

A. Beitler
Regierungsrath.

J. W. Diederichs,
Regierungsrath.

No. 516.)

v. Bollsöwing, Regierungsekretaire.

Ergänzung I.

Allerhöchst bestätigte Zusätze und abändernde Bestimmungen zum Kurländischen Kreditreglement.

1.

Ad §. 8. und 29.

Die im §. 8. des Kurländischen Kreditreglements enthaltene Beschränkung der Dauer des Kurländischen Kreditvereins auf 50 Jahre, nach deren Verlaufe derselbe aufgelöst werden soll, so wie die damit in Verbindung stehende Bestimmung des §. 29., daß jedem im Laufe dieser 50 Jahre dem Kurländischen Kreditvereine neu beitretenden Gutsbesitzer, von dem zu empfangenden Darlehne so viel abgezogen werden soll, als der bisher eingezahlte Tilgungsfonds der ersten Vereinsmitglieder beträgt, werden hiermit aufgehoben.

2.

Ad §. 135.

Die als verloren angezeigten Kurländischen Pfandbriefe oder Zinskoupons müssen, auf Kosten des angeblichen Eigenthümers, von der Direktion des Kurländischen Kreditvereins sowohl durch das Kurländische Amts- und Intelligenz-Blatt, als auch durch die St. Petersburgsche deutsche Zeitung zur Anmeldung bei der Direktion des Kurländischen Kreditvereins aufgerufen, und für den Fall des Ausbleibens dieser Anmeldung bis zum Ablaufe eines Jahres vom Tage der ersten Bekanntmachung des Verlustes in der St. Petersburgschen Zeitung, mit dem gesetzlichen Eintritte der Ungültigkeit bedroht werden.

3.

Ad §. 138.

Wenn sich im Ablaufe eines Jahres vom Tage der ersten Bekanntmachung der verlorenen Pfandbriefe oder Zinskoupons durch die St. Petersburgsche Zeitung, Niemand als Inhaber derselben gemeldet hat, so sind solche dadurch als völlig ungültig geworden zu betrachten, und die

Direktion des Kurländischen Kreditvereins ist alsdann verpflichtet, dem angemeldeten Eigenthümer, gegen Entrichtung der Ausfertigungsgebühr, an Stelle der verlorenen Dokumente neue Exemplare als Duplikate auszufertigen.

4.

Ad §. 1. Litt. c. des ersten Anhanges.

Bei der Bewilligung eines Darlehns nach der generellen Taxation durch Veranschlagung der Loffstellen, Aussaat im Winterfelde, wird der für die Kirchspiele Dünaburg und Ueberlaß bisher auf 80 Rubel S. M. bestimmt gewesene Anschlag, gleichmäßig mit dem Anschlage der Kirchspiele Subbath und Ascherad auf 110 Rubel S. M. für jede Loffstelle festgesetzt.

In fidem: Sekretaire v. Bolfchwing.

Ergänzung II.

Konventsbeschlüsse

des

Kurländischen Kreditvereins d. d. 20sten Juni
1832.

1.

Die von der Direktion des Kurländischen Kreditvereins festgesetzten halbjährigen Termine zur Einzahlung der Zinsen, am 1sten März und 1sten September, so wie zur Auszahlung der Zinsen, am 12ten März und 12ten September jedes Jahres, sollen künftighin beibehalten werden.

2.

Jedes Vereinsmitglied hat für die erhobene Darlehenssumme außer den Zinsen Ein Halbes Procent jährlich zu entrichten, welcher Beitrag im ersten Jahre zum eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins, in den folgenden Jahren aber zur Schuldtilgung verrechnet wird.

3.

Bei Gesamt- Hand-, Fideikommiß- und Majoratsgütern, die dem Verein beitreten, soll als Regel angenommen werden, daß die halbjährigen Zinsen der auf diese Güter zu bewilligenden Darlehne entweder praenumerando eingezahlt, oder aber vom Darlehnsbetrage ein- für allemal in Abzug gebracht werden müssen.

4.

Die Direktion des Kurländischen Kreditvereins soll befugt seyn, den nach genereller Taxation durch Veranschlagung der Loffstellen Ausfaat ermittelten, und zu hoch erscheinenden Kreditwerth eines Gutes, ohne sofortige Anwendung der speciellen Taxation, auf die im ersten Anhange des Kreditreglements §. 1. Litt. b. nach der Ortsverschiedenheit festgestellten niedrigeren Anschlagsätze der generellen Taxation nach Loffstellen Ausfaat herabzusetzen, so daß die reglementsmäßige Veranschlagung jeder Loffstelle Ausfaat von $166\frac{2}{3}$ Rub. S. M. auf 120 Rub. S. M., von da auf 110 Rub. S. M., und von da auf 80 Rub. S. M. reducirt werden kann.

5.

Die Zinsen der Kurländischen Pfandbriefe sollen auch nach Ablauf der festgesetzten Zahlungstermine kostenfrei erhoben werden können.

6.

Die Plenarversammlungen des Kurländischen Kreditvereins sollen fortan in den Monaten März, Juni, September und December jedes Jahres, und zwar vom ersten bis zum letzten Tage dieser Monate, stattfinden.

7.

Zu allen Versammlungen des Vereins, und zwar sowohl zu den Kreis- und Bezirksversammlungen, als auch zu den Konventen, soll ein jedes Mitglied persönlich erscheinen, oder im Falle seiner Abwesenheit einen Bevollmächtigten zu der Versammlung schicken, der mit einer gesetzlichen Vollmacht, die auf dem gehörigen Stempelbogen, mit gerichtlicher Beglaubigung der Unterschrift, geschrieben ist, versehen seyn muß, indem jede anderweitige Vollmacht als ungültig und der Vollmachtsgeber daher als nicht erschienen betrachtet werden soll.

Ergänzung III.

Konventsbeschlüsse

des

Kurländischen Kreditvereins d. d. 21sten bis
25sten Januar 1836.

1.

Die halbjährigen Termine der ferneren Zinsenzahlung des Kurländischen Kreditvereins sollen vom Junimonate 1836 ab folgendermaßen einfallig werden:

- a) für die Zinseneinzahlung der Vereinsmitglieder, — vom 1sten bis 11ten Juni, — und vom 1sten bis 11ten December jedes Jahres;
- b) für die Zinsenauszahlung an die Pfandbriefsinhaber, — vom 12ten Juni und vom 12ten December jedes Jahres ab.

2.

Außer der Zinsenzahlung von vier Procent jährlich, soll jedes Vereinsmitglied fernerhin beitragen:

- a) bis zur völligen Reduktion der ganzen Pfandbriefsschuld auf den Zinsfuß von vier Procent, durch Rückzahlung der hierbei negociirten Anleihen, so wie bis zur Deckung aller damit verbundenen Unkosten Ein Procent zur Schuldtilgung, und Ein Viertel Procent zum eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins, aus welchem letzteren Beiträge die mit der Zinsenreduktion verbundenen Unkosten zu bestreiten sind;
- b) nach jenem Zeitpunkte aber nur Ein Halb Procent zur Schuldtilgung; wobei jedem einzelnen Vereinsmitgliede jedoch freigestellt bleibt, seine Pfandbriefsschuld auch ferner noch mit Ein Procent jährlich zu tilgen, wenn er diese der Direktion zeitig vorher anzuzeigende Verbindlichkeit jedesmal auf drei Jahre, von einem Konvente zum andern, übernimmt.

3.

Durch vorstehende Bestimmung wird aber die nach dem Konventsbeschlusse von 1832 (§. 2.)

für jeden neu eintretenden Gutsbesitzer im ersten Jahre festgesetzte Verrechnung seines Beitrages mit Ein Halb Procent zum eigenthümlichen Fonds des Kreditvereins keinesweges aufgehoben.

4.

Diejenigen Einzahlungen, welche in den anberaumten Einzahlungsterminen vor dem 9ten Juni oder vor dem 9ten December bei der Kasse angemeldet und in einem dazu offen zu haltenden Register eingeschrieben werden, wegen zu großen Geschäftsandranges jedoch nicht vor dem 12ten Juni oder vor dem 12ten December zur Annahme kommen, sollen auch nach Ablauf dieser Termine ohne Anrechnung von Strafzinsen empfangen werden können.

5.

Die im Zahlungstermine unerhoben gebliebenen baaren Kapitalsummen sollen nicht für Rechnung der säumigen Empfänger in Pfandbriefen angelegt, sondern unverzinslich ad depo-

6.

Es soll die im §. 47. Litt. d. enthaltene Vorschrift wegen Beibringung einer besonderen Prioritätskoncession zur Nachstellung des fräulichen Illatenvermögens hinter die Darlehnssumme des Kurländischen Kreditvereins, als eine zweckmäßige Sicherung dieses Vermögens für die Ehefrau, so wie für ihre in dieser Beziehung derselben gesetzlich gleichgestellten unmündigen Kinder, unverändert fort dauern, und bei jeder Aufnahme eines Gutes in den Kreditverein, dessen Darlehnsfucher verheirathet ist, oder aus einer früheren Ehe noch unmündige Kinder hat, in der Art zur Anwendung kommen, daß hier die Prioritätskoncession entweder von der Ehegattin selbst, oder von der für ihre minorrennen Kinder besonders zu bestellenden und gerichtlich dazu zu ermächtigenden Vormundschaft einzufordern ist.

7.

Die Direktion wird ermächtigt, bei der generalen Taxation nach Poststellen, Aussaat das reglementsmäßige Maximum des Anschlages der Poststelle Aussaat, in jeder Oberhauptmannschaft.

nicht bloß nach dem Konventsbeschlusse von 1832 auf die zunächst niedrigere Anschlagssumme des Kreditreglements von 120 — 110 — oder 80 Rub. S. M., sondern auch auf andere in der Progression von zehn Rubel S. M. abnehmende Zwischensätze zu reduciren.

8.

Bei der speciellen Gütertaxation soll die Veranschlagung der Leich-Ausfaat nach §. 23. im ersten Anhange des Kurländischen Kreditreglements auch da für zulässig gehalten werden, wo solche an Stelle eines dafür auszuscheidenden Theils der reglementsmäßigen Ausfaat im Brustfelde in Anrechnung kommt.

9.

Die im §. 96. des Kreditreglements jedem verunglückten Schuldner zur Anzeige an den kompetenten Bezirkskurator festgesetzte Frist von 14 Tagen soll bei solchen Unglücksfällen, die nicht gleich nach dem Ereignisse, sondern noch später bemerkbar werden, wie z. B. Frost- oder Rostschäden am Getreide, erst vom Zeitpunkte der erweislichen Entdeckung des Schadens ab berechnet werden.

10.

Bei vorkommenden Theilungen von Vereinsgütern soll das bisher auf das ganze Gut bewilligt gewesene Gesamtdarlehn, nach Maßgabe der reglementsmäßigen Taxation jedes einzelnen Theils, auf dessen Specialhypothek, wie auf ein besonderes Vereinsgut, repartirt werden können.

11.

Bei jeder Besitzveränderung eines Vereinsgutes ist der bisherige Besitzer als aller persönlichen Rechte und Verbindlichkeiten eines Mitgliedes für verlustig, und der neue gesetzliche Erwerber, sobald er seinen Erwerb genügend nachgewiesen, eben dadurch, und weil er eo ipso in die Verbindlichkeiten des Besitzers eines Vereinsgutes eintritt, als zur Ausübung der Gesellschaftsrechte für befähigt zu erachten.

12.

Die Amtsfunktion eines Vereinsbeamten soll nach stattgehabter Veräußerung desjenigen Gutes, mit welchem derselbe zeither zum Kreditvereine gehörte, sofort als aufgehoben betrachtet werden, selbst wenn er auch im nächsten Johan-

nistermine dem Vereine wieder mit einem andern Gute beitriff.

13.

Jedes Vereinsmitglied, das mit mehreren Gütern zum Kreditvereine gehört, soll auf Bezirksversammlungen für jedes in einem besondern Bezirk belegene Gut eine besondere Stimme, auf Kreisversammlungen, so wie im Konvente aber dessen ungeachtet nur eine Stimme ausüben können.

14.

Die Strafzahlung für das Ausbleiben der Stimmberechtigten in den Versammlungen des Kreditvereins ist fernerhin folgendermaßen festgestellt:

- a) wenn dadurch ein Konvent vereitelt wird, auf zwanzig Rubel S. M.;
- b) wenn dadurch eine Kreis- oder Bezirksversammlung vereitelt wird, auf zehn Rubel S. M.;
- c) wenn die Versammlung dessen ungeachtet abgehalten wird, auf fünf Rubel S. M.

15.

Alle Aktenkonvolute der Direktion sollen foliirt und mit einem ihren Inhalt sichernden Rotulus versehen werden.

16.

Alle Rechnungsbücher der Kassenverwaltung, und namentlich auch das Buch der Tilgungstabellen, sollen foliirt und mit Inhaltsregistern versehen, die Kassenbücher aber als Schnurbücher eingerichtet, und bei der Kontrollkommittee unter Mitunterschrift des Landesbevollmächtigten beglaubigt werden.

17.

Der jährliche Rechnungsabschluß soll nach dem jedesmaligen Schlusse des Johannisgeschäfts eintreten.

18.

Wenn die in jedem Zahlungstermine aufgestellte Repartitionsliste über Ausgabe und Einnahme gehörige Auskunft giebt, so braucht außerdem kein weiteres Budget für den Johannistermin aufgestellt zu werden.

19.

Unter Beibehaltung der vom letzten Konvente festgestellten Termine zur Plenarsitzung der Direktion, in den Monaten März, Juni, September und December, so wie zur Versammlung der Kontrollkommittee, im Monate September jedes Jahres, wird die Urlaubsbewilligung an einzelne Vereinsbeamte der Direktion überlassen, so wie außerdem eine, nach beendigtem Johannisgeschäfte für die ganze Direktion eintretende und durchs Kurländische Intelligenzblatt bekannt zu machende Ferienzeit von sechs Wochen festgestellt, während welcher die Empfangnahme und Aufbewahrung der eingehenden Kouverte einem Kanzelleibeamten übertragen werden kann.

Ergänzung IV.

Konventsbeschlüsse

des

**Kurländischen Kreditvereins d. d. 23ten bis
30sten Januar 1839.**

1.

In der Versammlung des Kurländischen Kreditvereins sollen nur Vereinsmitglieder Vollmachten ausüben können, wobei aber Generalbevollmächtigte, denen alle gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsgeschäfte und Vermögensangelegenheiten übertragen sind, Kuratoren, Tutoren und Assistenten, wenn sie auch nicht zum Vereine gehören, für die von ihnen vertretenen Vereinsmitglieder, desgleichen Aeltern für ihre Kinder und umgekehrt, so wie Ehemänner für ihre Ehefrauen, als stimmbähig zugelassen werden müssen.

2.

Generalbevollmächtigte, Tutoren, Kuratoren ic., welche die Vertretung von mehreren

Bereinsmitgliedern in sich vereinen, haben für jedes derselben ein besonderes Stimmrecht, und können außerdem, wenn sie selbst zum Vereine gehören, noch zwei Specialvollmachten, entgegen gesetzten Falls aber noch eine Specialvollmacht ausüben.

3.

Die in den Vereinsversammlungen nur auf gesetzlichem Stempelpapier anzunehmenden Vollmachten können statt vor Gericht, auch vor den Bezirkskuratoren des Kurländischen Kreditvereins, als vor beeidigten Vereinsbeamten, gültig einbekannt und beglaubigt werden.

4.

Die Direktion des Kurländischen Kreditvereins muß sich aus den Versammlungsprotokollen davon überzeugen, daß die Vorschriften über die Gültigkeit der Legitimationen richtig eingehalten worden; und da, wo sie dieses nicht findet, nähere Erklärungen darüber vom kompetenten Bezirkskurator einziehen, und hierauf jeden Vollmachtinhaber oder Stimmberechtigten für jede Stimme, die er über die vorschristmäßige Zahl hinaus ausgeübt hat, nach Maßgabe dessen,

ob die Abstimmung dennoch gültig bleibt, oder ob die Versammlung vereitelt erscheint, in die einfache oder qualifisirte Strafe des Ausbleibens verurtheilen, so wie im letzteren Falle eine neue Versammlung ausschreiben.

5.

Alle auf Beschlüsse des Konvents sich gründenden Ergänzungen und Zusatzartikel zum Kurländischen Kreditreglement sollen unter Unterschrift des Kurländischen Herrn Landesbevollmächtigten als Präsidenten des Konvents ausgefertigt, und als Anhang zum Kreditreglement zum Drucke befördert werden, welche Anordnung nächst den Beschlüssen dieses Konvents auch auf die der Jahre 1832 und 1836 in Anwendung zu bringen ist.

6.

Jeder Termin einer Kreis- oder Bezirksversammlung des Kurländischen Kreditvereins muß von der Direktion mindestens sechs Wochen vorher durchs Kurländische Intelligenzblatt bekannt gemacht, und außerdem dem kompetenten Bezirkskurator, zum Erlasse eines fernerer Cirku-

lairs darüber an die betreffenden Vereinsglieder, angezeigt werden, als wobei die Bekanntmachung im Kurländischen Intelligenzblatte jedoch als Hauptladung zu betrachten ist, und der Einwand des nicht empfangenen Circulairs das Ausbleiben in der Versammlung niemals entschuldigt.

7.

Den Kommissionen zur Gütertaxation für den Kreditverein wird gestattet, in Fällen, wo sie es für nöthig erachten, die dabei zu vernehmenden Zeugen unter Beobachtung der gesetzlichen Förmlichkeiten zu beeidigen.

8.

Der den Generalkonvent vorbereitenden Kreis-kommissarien-Versammlung soll künftighin zu ihrem Geschäfte mindestens ein Termin von drei Wochen frei gegeben werden, jedoch so, daß der Generalkonvent nicht später als in den letzten Tagen des Januar- oder in den ersten Tagen des Februar-Monats einfällt.

9.

Die generelle Taxation nach einem Dritttheile des bis zum Jahre 1827 stattgehabten letzten

Erwerbspreises eines Gutes kann da nicht mehr in Anwendung gebracht werden, wo bereits eine niedrigere Darlehnsfeststellung nach der generellen Taxation durch Veranschlagung der Lofstellen Ausfaat vorhergegangen ist.

10.

Sämmtliche Hauptmannsgerichte sollen über die in ihrem Kreise belegenen Vereinsgüter, so wie über die in Funktion stehenden Bezirkskuratoren zu dem Zwecke in Kenntniß gesetzt werden, damit sie in denjenigen Fällen, wo zur Beitreibung von Abgabenrückständen Inventariestücke des Guts nicht bloß unter Beschlag gestellt, sondern wirklich verkauft werden sollen, den Exekutionstermin der Direktion und dem kompetenten Bezirkskurator anzeigen können, als worauf die Direktion durch den Bezirkskurator im Termin erklären muß, ob die Beitreibung ohne Gefahr für den Kreditverein zu vollziehen, oder ob das Gut selbst unter Sequester zu stellen, und zu solchem Ende dem Bezirkskurator zu übergeben sey, der da, wo es sein eigenes Gut betrifft, durch den nächsten andern Bezirkskurator ersetzt werden muß.

11.

Die weitere Ausfertigung von Kurländischen Pfandbriefen in einzelnen, den Betrag von 1000 Rubel S. M. übersteigenden Größen soll gänzlich aufhören.

12.

Das in den Paragraphen 136 und 137 des Kurländischen Kreditreglements für verlorene Pfandbriefe, die auf einen bestimmten Namen ausgestellt sind, angeordnete Verfahren, wonach diese als verloren bezeichneten Papiere dem Präsentanten sofort abzunehmen und bis zur ausgemachten Sache als unzahlbar zu deponiren sind, wird auf die in Grundlage des §. 144. Litt. a. im Kurländischen Kreditreglement au porteur gestellten vierprocentigen Pfandbriefe für unanwendbar erkannt, so daß deren Inhaber ohne richterlichen Ausspruch darüber weder den Besitz des Pfandbriefes selbst, noch auch die daraus herfließende Zahlungsforderung verlieren können.

13.

Bei denjenigen Pfandbriefen, die durch den Tilgungsfonds eingelöst und definitiv außer

Kours gesetzt werden, sollen die zu denselben gehörigen, noch nicht zahlungsfällig gewordenen Zinskoupons von der Kontrollkommittee und der Direktion gemeinschaftlich annullirt und vernichtet werden.

14.

Die Bezirkskuratoren des Kurländischen Kreditvereins sind ermächtigt, bei Gütern, die dem Kreditvereine beitreten, schon vom Tage der erfolgten Taxation ab über die Einhaltung des reglementsmäßigen Dispositionsverzichts zu Gunsten des Kreditvereins zu wachen.

15.

Wenn in den Versammlungen des Vereins bei Abstimmungen eine Parität der Stimmen eintritt, so soll zunächst zu einer nochmaligen Abstimmung geschritten, bei wiederholter Parität der Stimmen aber dem Präsidirenden der Versammlung eine entscheidende Stimme zuge-theilt werden.

16.

In Fällen, wo für den Kreditverein große extraordinaire Geldmittel durch die Direktion zu negociiren sind, soll diese gehalten seyn, den jedes-

maligen Kurländischen Herrn Landesbevollmächtigten zu ihren Berathungen hinzuzuziehen, dessen Beistimmung die sofortige Ausführung der beschlossenen Maßregeln begründet, während er bei abweichender Ansicht nach §. 185. im Kurländischen Kreditreglement die Kontrollkommittee zur Berathung und Beschlußfassung zuziehen kann, und in dieser unter seinem Präsidio abzuhaltenden gemeinsamen Versammlung der Kontrollkommittee und der Direktion, bei eintretender Parität der Stimmen, ein entscheidendes Votum ausübt.

17.

Ein dem Kurländischen Kreditverein als frei veräußerlich verpfändetes Vereinsgut kann mit Genehmigung der Direktion nachträglich in ein unveräußerliches Familien-Fideikommißgut verwandelt werden, wenn die näher nachzuweisende Fideikommißstiftung mit der bereits vollführten Aufnahme des Gutes in den Kreditverein nicht im Widerspruche steht, und der etwaige Uberschuß der ursprünglichen Darlehenssumme über den festgesetzten Antrittspreis, nach Abzug des halbjährigen Zinsbetrages, zurückgezahlt wird,

als bei welcher Rückzahlung der bereits eingezahlte Tilgungsfonds nur für den zurückzuzahlenden Darlehnsüberschuß in Anrechnung zu bringen, für den nachbleibenden Darlehnsantheil aber unverkürzt zu lassen, und fortwährend reglementsmäßig zu vermehren ist.

18.

Alle Gagezahlungen an Vereinsbeamte sollen immer nur auf specielle Anweisungen der Direction geleistet und in abgesonderten Berechnungen für jeden einzelnen Beamten zusammengestellt werden.

19.

Es soll in Zukunft außer dem Kassirer und Sekrétaire auch der kassaverwaltende Rath, und zwar jeder einen Schlüssel zum Kassengewahrsam führen, wobei letzterer verpflichtet ist, bei legaler Abwesenheit seinen Schlüssel an den dejourirenden Direktionsrath zu übergeben.

Landesbevollmächtigter Theodor v. Hahn.

Ergänzung V.

Konventsbeschlüsse

des

Kurländischen Kreditvereins d. d. 28. Januar
bis 7. Februar 1842.

1.

Den von Frauen an den Kreditverein verpfändeten Gütern soll in Vereinsversammlungen ein besonderes Stimmrecht gestattet seyn.

2.

Die Klausel der generellen Vermögensverpfändung in den an den Kreditverein auszustellenden Schuldverschreibungen ist wie bisher beizubehalten, jedoch soll dieselbe nur als eine Reassumption der Bestimmung des §. 94. im Kreditreglement, welche das übrige Vermögen der Vereinsgutsbesitzer für verhaftet erklärt, bezogen werden können, und keine andere Bedeutung, Kraft und Wirkung, als das bezogene Gesetz, haben.

3.

Im Generalkonvente sollen keine Gegenstände in Vorschlag und zur Abstimmung gebracht werden, welche nicht vorher von der Kommissarienversammlung und wo nöthig mit Zuziehung der Direktion während des Konvents geprüft worden sind. — Abändernde Amendements bei Verlesung und Diskussion der Deliberatorien müssen sofort beigebracht werden, die Abstimmung über das Ganze ist jedoch bis zur nächsten Sitzung auszusetzen.

4.

Der Kontrollkommittée wird gestattet, den auf den 15ten September einfalligen Termin ihrer Jahresrevision beliebig auf den November- oder Decembermonat zu verlegen.

5.

Für die Geschäfte der Kontrollkommittée und der Kommissarienversammlung zur Vorbereitung des Generalkonvents soll ein permanenter Protokollführer von der Kontrollkommittée, als Beamter des Kreditvereins, gewählt und unter Beeidigung angestellt werden und zwar mit

einem votum consultativum, wenn derselbe Vereinsmitglied ist.

6.

Die Bezirkskuratoren sollen bei der Verwaltung von sequestrirten Gütern die reglementsmäßig festgestellte Gebühr von 3 Procent vom Gutsertrage, nebst freier Aufnahme erhalten, und Meilengelder nur bei der durch ein Specialmandat der Direktion angeordneten Abnahme oder Uebergabe des betreffenden Gutes beziehen, so wie auf die ihnen solchergestalt zuständigen Gebühren abschlägige Zahlungen empfangen können.

7.

Für ausgebliebene Terminzahlungen der Vereinsgüter sollen die reglementsmäßigen Strafzinsen nur bis zum Tage der wirklich vollzogenen Sequestration zur Vereinskasse erhoben, von diesem Zeitpunkte ab aber die Renten nach demjenigen Zinsfuße bezogen werden, zu welchem die Direktion das zur Deckung dieses Rückstandes vorgeschossene Kapital zu verrenten gehalten ist.

8.

Bei sequestrirten Gütern des Vereins soll die Uebertragung der Stimmberechtigung in Landes- und Kirchenangelegenheiten der Direktion überlassen bleiben.

9.

Bei eingetretener Deterioration eines Vereinsgutes soll fortan nachstehendes Verfahren stattfinden:

- 1) der Schadenstand wird mit zu Grundlegung der im Reglement enthaltenen Taxationsgrundsätze, namentlich derjenigen Bestimmungen, welche sich auf Verminderung des Darlehnswerthes beziehen, abgeschätzt und in einer runden, jedoch nicht unter dem ermittelten Schadenstande anzunehmenden Pfandbriefssumme festgestellt;
- 2) diese Summe, um welche das Darlehn vermindert worden, ist von Seiten der Direktion vor dem 1sten December dem Vereinsmitgliede zu kündigen und dasselbe hat die Zahlung in Pfandbrief-

fen in den von der Direktion zu bestimmenden Größen zu leisten;

- 3) für den Betrag der gekündigten Summe werden Pfandbriefe, welche auf das betreffende Vereinsgut eingetragen sind, von der Direktion gekündigt und eingezogen—und wegen Abschreibung von der Schuldverschreibung und Deletion der Pfandbriefe ist sodann das Fernere reglements-mäßig zu beobachten;
- 4) für den Fall, daß von Seiten des Vereinsgutes der ergangenen Kündigung nicht Folge geleistet ist, werden die reglements-mäßigen Zwangsmaßregeln in Anwendung gebracht.

10.

Die fernere Zahlung des durch den Convents-beschluß vom Jahre 1836 festgesetzten Viertel-prozents zur Deckung der Zinsenreduktionskosten soll fortan

- 1) für die von den Vereinsmitgliedern bis zum Johannistertage 1836 incl. erhobene Darlehenssumme gänzlich aufhören;

- 2) für die später erhobenen Darlehne aber zur Refundation der Vorschüsse des eigenthümlichen Fonds der Art erhoben werden, daß in jedem Jahre diejenigen Summen, von welchen dieser Beitrag schon während fünf Jahre entrichtet seyn wird, von der fernern Erhebung desselben befreit bleiben; und endlich
- 3) für die neu eintretenden Güter, zur Gleichstellung mit den bereits aufgenommenen Vereinsgütern, hinsichtlich der von ihnen getragenen Reduktionskosten, nach Maßgabe der jeweilig erhobenen Darlehnssummen, während voller fünf Jahre als Zuschuß zum eigenthümlichen Fonds geleistet werden.

11.

Die Direktion wird authorisirt: außer der Zeit der im Juni und December bei der Kassenverwaltung einfälligen Zahlungstermine, eine von der Hauptkasse abgesonderte Nebenkasse von höchstens 5000 Rubel S. M. dem alleinigen Gewahrsam des jedesmaligen Kassirers zu über-

tragen, wobei, wenn der Kassirer eine Amtsfaution von 5000 Rubel Silber nicht zu stellen vermag, es der Direktion überlassen bleibt, die Art und Weise zu bestimmen, wie der Kreditverein sicher zu stellen sey.

Landesbevollmächtigter Theodor v. Hahn.

Ergänzung VI.

Konventsbeschlüsse

des

Kurländischen Kreditvereins d. d. 5ten bis
14ten Februar 1845.

1.

Zur Begründung jeder Aufnahme eines Gutes in den Kurländischen Kreditverein sollen künftighin alle diejenigen Ingrossate in den betreffenden Hypothekenakten, welche der ferneren Hypotheken-Eintragung der Schuldurkunde an den Kurländischen Kreditverein vorstehend verblieben, ihrem ganzen Inhalte nach bei der Vereins-Direktion nachgewiesen werden.

2.

Bei der Liquidation jeder Darlehns-Bewilligung des Kurländischen Kreditvereins, soll die

Zahlung in Kurländischen Pfandbriefen, nach Bestimmung des §. 53. im Kurländischen Kredit-Reglement, sowohl von jedem Gläubiger, als auch von dem Darlehns-Empfänger selbst, immer nur zu dem am Zahlungstage für den Käufer notirten Kurse der Kurländischen Pfandbriefe gefordert werden können, wogegen aber auch den Vereinsmitgliedern gestattet wird, extraordinaire Schuld = Abzahlungen nach Bestimmung des §. 111. im Kurländischen Kredit-Reglement, nicht bloß in Kurländischen Pfandbriefen, sondern gleich der ordinären Schuldtilgung, auch in baarem Gelde zu leisten.

3.

Nach erfolgter Ausstellung und Korroboration des üblichen Associations- und Schuldodokuments ist die Aufnahme eines Gutes in den Kurländischen Kreditverein für vollzogen zu erkennen, so daß von diesem Zeitpunkte ab, dessen solidarische Verhaftung im Vereine, nach Maßgabe der dasselbe belastenden Pfandbriefssumme, sofort beginnt, und der betreffende Besizer auch sofort

in alle Rechte und Verbindlichkeiten eines Vereinsmitgliedes eintritt, so wie namentlich den vorschriftmäßigen Beitrag zum eigenthümlichen Vereinsfonds für den ganzen Darlehnsbetrag, ohne weitere Rücksicht auf dessen Erhebung, zu entrichten hat.

4.

Jedem Vereinsmitgliede ist es gestattet, seinen jährlichen Beitrag zur Schuldtilgung auf Ein Halb Procent des Darlehens, oder beliebig höher zu bestimmen, wenn diese Zahlungsverbindlichkeit, nach §. 2. der Konventsbeschlüsse von 1836, auf drei Jahre von einem Vereinskonvente zum anderen übernommen, und der Vereinsdirektion zeitig vorher angezeigt wird.

5.

Nach der im §. 6. des Kurländischen Kreditreglements gesetzlich bestimmten Befreiung des Kurländischen Kreditvereins vom Gebrauche des Stempelpapiers, sollen auch die Legitimationen zur Stimmausübung der Vereinsmitglieder in

Vereinsversammlungen, auf stempelfreiem Papiere, jedoch mit steter Unterschrifts-Beglaubigung durch einen Vereinsbeamten gültig ertheilt werden können.

6.

Zur Stimmausübung in Vereinsversammlungen haben sich nach §. 1. der Konventsbeschlüsse von 1839 auch Eltern und Kinder für einander, so wie Ehemänner für ihre Ehefrauen besonders zu legitimiren.

7.

In den zur Vorbereitung eines Generalkonvents der Vereinsmitglieder nach §. 164. im Kurländischen Kreditreglement abzuhaltenden Kreisversammlungen, sind mit den beiden Kreiskommissarien für jeden Kreis, auch noch zwei Ersatzmänner zu erwählen, welche die Funktion der Kreiskommissarien zu übernehmen haben, wenn diese innerhalb acht Tagen nach der ihnen vom Vorsitz der Kreisversammlung zu machen-

den Eröffnung ihrer Erwählung, selbige aus rechtsgültigen Entschuldigungsgründen ablehnen.

8.

Ein zur Konvents-Vorbereitung erwählter Kreiskommissarius, welcher im anberaumten Geschäftstermine ausbleibt, ohne seine rechtsgültige Entschuldigung innerhalb acht Tagen nach erhaltener Kenntniß seiner Erwählung dem Vorsitziger der betreffenden Wahlversammlung angezeigt zu haben, verfällt dadurch in eine Geldstrafe von Dreißig Rubel Silber zum Besten des eigenthümlichen Vereinsfonds, welche Geldstrafe jedoch auf Ein Hundert Rubel Silber ansteigt, wenn durch ein derartiges Ausbleiben mehrerer Kreiskommissarien, die erforderliche Vorbereitung und terminmäßige Abhaltung des Generalkonvents vereitelt wird.

9.

Sowohl die zur Vorbereitung eines Generalkonvents erwählten Kreiskommissarien, als auch

die Mitglieder der Kontrollkommitée haben während der Dauer ihres Geschäfts-Aufenthaltes in Mitau ein jeder zwei Rubel Silber täglich als Diäten zu beziehen.

10.

Der nach §. 5. der Konventsbeschlüsse von 1842 angestellte permanente Protokollführer der Kontrollkommitée, so wie der den Generalkonvent vorbereitenden Kreiskommissarienversammlung, hat in jedem Jahre, in welchem ein Generalkonvent stattfindet, Zwei Hundert Rubel Silber, in jedem anderen Jahre aber nur Ein Hundert Rubel Silber als Jahresgehalt zu beziehen.

11.

Jeder schon in Funktion stehende Vereinsbeamte soll als solcher befugt seyn, seine Erwählung zu einem anderen Vereinsamte abzulehnen und die in verschiedenen Kreisen erfolgte mehr-

fache Amtserwählung eines in jedem dieser Kreise
besitzlichen Vereinsmitgliedes, giebt demselben
das freie Wahlrecht unter den ihm angetragenen
mehreren Aemtern.

12.

Wenn der Vereinsdirektor im Falle seiner
Abwesenheit, die ihm nach Bestimmung des
§. 190. Litt. a. im Kurländischen Kreditregle-
ment übertragene Ernennung eines Directions-
raths zu seinem Stellvertreter unterläßt, oder
wenn das Direktoramt vakant wird, so haben
die zur Plenarsitzung versammelten Direktions-
räthe aus ihrer Mitte den stellvertretenden
Vereinsdirektor nach Stimmenmehrheit zu
erwählen, und im Falle einer Parität der
Stimmen, soll hierbei die Stimme des der
ununterbrochenen Reihe seiner Dienstjahre
nach ältesten Direktionsraths den Ausschlag
geben.

13.

Verwaltungs-Stat

der

Direktion des Kurländischen
Kreditvereins

Gehalt des Direktors	800 Rbl. S.
Gehalt von 5 Direktionsrätthen, jedem 500 Rbl. S., zusammen	2500 =
Diäten für das außer der Plenar- sitzungszeit dejourirende Direk- tionsglied zu 2 Rbl. S. täglich, für circa 200 Tage	400 =
Gehalt des Sekretairs	600 =
Quartiergeld desselben	350 =
Gehalt des Kassirers	600 =
Quartiergeld desselben	350 =
Gehalt von 3 Kanzelleibeamten und einem Boten	1200 =
Kanzelleigelder	300 =

 Summa 7100 Rbl. S.

Urlaubs-Ordnung für Vereinsbeamte.

I.

Jeder Beamte des Kurländischen Kreditvereins kann nur durch die Erlangung einer besonderen Urlaubsbewilligung von der regelmäßigen Wahrnehmung der ihm obliegenden Amtspflichten temporair entbunden werden.

II.

Der Herr Direktor so wie die Herren Direktionräthe des Kurländischen Kreditvereins bedürfen jedoch nur dann einer besonderen Urlaubsbewilligung, wenn sie entweder in den Plenarversammlungen der Direktion ausbleiben, oder aber das ihnen ordnungsmäßig obliegende Dejourgeschäft in der Direktion außer der Plenarsitzungszeit nicht übernehmen, oder endlich das Kurländische Gouvernement auf mehr als sechs Wochen verlassen wollen.

III.

Der Herr Sekretaire, so wie der Herr Kassirer, und sämtliche Kanzelleibeamte der Direktion des Kurländischen Kreditvereins können sich dagegen immer nur mit einer besonderen Urlaubsbewilligung von ihren Posten entfernen, ausgenommen während der jährlichen Ferienzeit der Direktion, so wie an Sonn- und Festtagen.

IV.

Die Urlaubsgesuche aller vorbezeichneten Vereinbeamte sind bei der Direktion des Kurländischen Kreditvereins, und wo möglich während deren Plenarversammlungen, mit genauer Angabe der erbetenen Urlaubszeit, einzubringen.

V

Jede einmalige oder wiederholte Beurlaubung dieser Beamten, deren Gesamt-Umfang, in der vom Antrittstage der ersten Beurlaubung beginnenden Jahresfrist, nicht den Zeitraum von fünf Monaten überschreitet, und nicht mehr als zwei Plenarversammlungen der Direktion umfaßt, ist mit Beibehaltung aller Amts-Emo-

lumente verbunden, und kann durch bloße Entscheidung der Direktion des Kurländischen Kreditvereins bewilligt werden.

VI.

Jede längere Beurlaubung hat von dem die vorbezeichnete fünfmonatliche Frist übersteigenden Zeitpunkte, oder vom Anfange der dritten Plenarversammlung der Direktion an, den Verlust der Amts-Emolumente zu Folge, und kann dem Herrn Direktor, so wie den Herren Direktionrathen, nur durch Mehrheitsbeschluß des ganzen Vereins bewilligt werden, als wobei die Direktion des Kurländischen Kreditvereins das mit ihrer Begutachtung zu begleitende Urlaubsgesuch den Vereinsmitgliedern jedes Bezirkes, zur schriftlichen Verzeichnung ihrer affirmativen oder negativen Vota darüber, durch den kompetenten Herrn Bezirkskurator, mittelst Cirkulaire vorzulegen, und den nach diesen Abstimmungen ermittelten Mehrheitsbeschluß dem betreffenden Beamten zu eröffnen hat.

VII.

In den Plenarversammlungen der Direktion des Kurländischen Kreditvereins müssen minde-

stens der Herr Direktor oder dessen Stellvertreter, und drei Herren Direktionsräthe stets anwesend seyn, so daß immer nur der Herr Direktor und ein Herr Direktionsrath oder zwei Herren Direktionsräthe zu gleicher Zeit beurlaubt werden können, und auch nur dann, wenn nicht etwa eingetretene Amtsvakanz oder auch Geschäftsdelegationen und Krankheitsfälle einzelner Direktionsglieder, die vorerwähnte Vollzähligkeit der Plenarversammlung behindern.

VIII.

Die Herren Bezirkskuratoren des Kurländischen Kreditvereins bedürfen nur dann einer besonderen Urlaubsbewilligung, wenn sie das Kurländische Gouvernement auf mehr als sechs Wochen verlassen wollen, als in welchem Falle sie entweder einen benachbarten Herrn Bezirkskurator, oder aber ein von allen Bezirks-Eingesessenen genehmigtes anderes Vereinsmitglied, zur Uebernahme ihrer Stellvertretung in allen Amtsgeschäften bereitwillig zu machen, und solches der Direktion des Kurländischen Kreditvereins anzuzeigen haben.

IX.

Wenn ein Vereinbeamter ohne legale Entschuldigungsgründe entweder über die ihm bewilligte Urlaubszeit oder ganz ohne Urlaub von seinem Posten entfernt bleibt, so verliert derselbe nach Ablauf des ersten Monats seinen Amtse Gehalt für diese Zeit, und nach Ablauf des zweiten Monats seine Amtsstelle, deren neue Besetzung sofort vorschristmäßig herbeizuführen ist.

Kurländischer Landesbevollmächtigter
Baron Theodor v. Hahn.

(L. S.)

Ergänzung VII.

Konventsbeschlüsse

des

**Kurländischen Kreditvereins d. d. 9ten bis
18ten Februar 1848.**

§. 1.

**Der nach §. 3. der Konventsbeschlüsse von 1845
von der Ausstellung und der Corroboration des
üblichen Associations- und Schulddocuments
abhängige Beginn des Societätsverhältnisses
eines dem Kurländischen Creditvereine beitre-
tenden Gutsbesizers, unterliegt außerdem auch
noch den in der betreffenden Associations- und
Schuldurkunde etwa enthaltenen besonderen Ter-
minbestimmungen für den Associationsanfang.**

§. 2.

Bei jeder Verzögerung des eingeleiteten Beitritts eines Gutes zum Kurländischen Kreditverein, hat die Vereindirektion, vor der Darlehensauszahlung, vom kompetenten Bezirksfurator, über eine nochmals zu veranstaltende Inspektion des betreffenden Gutes, einen Bericht einzuholen.

§. 3.

Bei der unveränderten Gültigkeit der dem fünfprocentigen Zinsfuße entsprechenden bisherigen Gütertaration des Kurländischen Kreditreglements, sollen auch die, in Gemäßheit des §. 44. im Kurländischen Kreditreglement, für unab löbliche Schuldbelastungen eines Vereingutes einzubehaltenden Pfandbriefssummen, als bloße Hypothekensicherung, ohne Rücksicht auf den bestehenden Zinsfuß der Pfandbriefe, immer nur auf die dem Rentenbetrage der unab-

löslichen Schuldforderungen entsprechenden fünfprocentigen Kapitalsummen festgestellt werden.

§. 4.

Wenn mehrere Mitvormünder auf ihre mit demselben Vormundschafskonsistorio gemeinsam belasteten verschiedenen Güter, Pfandbriefsdarlehne vom Kurländischen Kreditvereine erheben, so soll der im §. 65. des Kurländischen Kreditreglements verordnete Darlehensabzug einer dem zweijährigen Revenüenbetrage des pupillarischen Grundvermögens gleichen Pfandbriefssumme, nach Uebereinkunft der betreffenden Mitvormünder, entweder mehrfach auf jedem Gute, oder aber nur einfach in zu bestimmenden Antheilen jedes Mitvormundes einbehalten werden können, als in welchem letzteren Falle jedoch die als Deckungsantheil einer Vormundschafsverhaftung einbehaltene Pfandbriefssumme auch bei dem gänzlichen Rücktritte des betreffenden Gutes

vom Vereine, bei demselben bis dahin einstehend verbleibt, wo entweder sämtliche mit derselben Vormundschaft belasteten Vereinigüter vom Vereine gleichzeitig zurücktreten, oder aber die Aufhebung und Deletion dieser Vormundschaftsbestellung nachgewiesen wird.

§. 5.

Der §. 2. der Konventsbeschlüsse von 1845 wird hiemit dahin emendirt, daß die Direktion des Kurländischen Kreditvereins, bei allen Darlehensliquidationen, in ihrer nach §. 53. im Kurländischen Kreditreglement zu erlassenden Aufforderung der Liquidanten zur Zahlungsbestimmung in baarem Gelde oder in Pfandbriefen, sofort denjenigen Pfandbriefskours festzustellen hat, nach welchem sowohl der Darlehenssucher selbst, als auch dessen Gläubiger die Zahlung in Pfandbriefen verlangen können.

§. 6.

Jeder neue Erwerber eines Verein-gutes ist verpflichtet innerhalb dreier Monate nach dem gesetzlichen Eintritte seines Gutserwerbes, seinen Besitztitel bei der Vereindirektion durch die im §. 47. Littr. a. des Kurländischen Kreditreglements vorgeschriebene Beibringung zu legitimiren, widrigen Falls derselbe zur Ausübung der Gesellschaftsrechte nicht zugelassen werden kann, und dennoch den reglementsmäßigen Strafen ihrer Verabsäumung unterliegt, Falls er seine unterlassene Besihslegitimation nicht genügend zu entschuldigen vermag.

§. 7.

Von mehreren Mitbesitzern eines Verein-gutes, soll immer nur einer derselben zur Uebernahme eines Vereinamtes berechtigt und verpflichtet sein, wenn auch nicht gerade derjenige, welchem von den andern die Stimme übertragen worden, und in Vereinsversammlungen

kann das auch von einem allein anwesenden Mitbesitzer gültig zu vertretende gemeinsame Stimmenrecht immer nur mit der gleichzeitigen Ausübung von zwei ferneren Specialvollmachten zur Stimmberechtigung verbunden werden.

§. 8.

Generalbevollmächtigte, Tutoren und Kuratoren von Vereinmitgliedern, wenn sie selbst auch nicht zum Vereine gehören, sich jedoch bei der Vereindirektion als Repräsentanten der von ihnen vertretenden Vereingüter legitimirt haben, sind sowohl berechtigt als auch verpflichtet, in demjenigen Kreise, zu welchem die von ihnen vertretenen Vereingüter gehören, die Erwählung als Kreiskommissarien zur Konvents-vorbereitung zu übernehmen.

§. 9.

Im Generalkonvente des Kurländischen Kreditvereins sollen alle diejenigen Anträge,

Vorschläge oder Beschwerden von einzelnen Vereinsmitgliedern, so wie von ganzen Kreisen und Bezirken, welche der Bestimmung des §. 165. im Kurländischen Kreditreglement zuwider in die Instruktionen der den Generalkonvent vorbereitenden Kreiskommissarien nicht aufgenommen, und nicht etwa erst später veranlaßt worden sind, ganz unbeachtet bleiben.

§. 10.

In allen vorschristmäßig konstituirten Vereinsversammlungen, ist jede Abstimmung mit zwei Drittheilen oder mit positiver Mehrheit, immer nur nach der Gesamtzahl der anwesenden Stimmberechtigten zu ermessen.

§. 11.

Die Bezirkskuratoren des Kurländischen Kreditvereins sollen fortan vom ganzen Kreise gewählt werden.

§. 12.

Jeder Bezirksfurator des Kurländischen Kreditvereins hat sowohl zur rechtzeitigen Benachrichtigung der Vereinsdirektion über etwaige Deteriorationen von Vereinsgütern, als auch zum Zwecke eines von ihm während seiner dreijährigen Amtsdauer mindestens einmal an die Vereinsdirektion zu erstattenden Berichts über den Zustand jedes Vereinsgutes seines Bezirkes, die hierzu nöthigen Inspektionen der betreffenden Güter zu vollziehen, jedoch ohne Anrechnung von Meilengeldern und Diäten.

§. 13.

Bei jedem neuen Amtsantritte eines Bezirksfurators soll demselben regelmäßig ein Verzeichniß derjenigen Vereinsgüter zugefertigt werden, deren nachgesuchte Aufnahme in den Kurländischen Kreditverein noch in Verhandlung steht.

§. 14.

Die Direktion des Kurländischen Kreditvereins hat jede ihr vom kompetenten Bezirkskurator zugehende Anzeige der Deterioration eines Vereingutes sofort einer kommissorialischen Untersuchung durch den kompetenten Bezirkskurator und durch zwei demselben zugeordnete Vereinsmitglieder zu unterziehen, und bei erkannter Gefährde der Vereinsicherheit, die reglementsmäßige Sequestration des betreffenden Vereingutes sogleich vollziehen zu lassen, welche Sequestration bis zur Herstellung der reglementsmäßigen Sicherheit des Vereins für das auf dem betreffenden Gute verhypothecirte Pfandbriefsdarlehen fort dauert.

§. 15.

Die dem Besitzer eines sequestrirten Vereingutes nach §. 84. des Kurländischen Kreditreglements zu bewilligende Kompetenzzahl

lung von 25 bis 100 Rubel Bco. Aff. monatlich, soll mit dem Tage der vollzogenen Sequestration beginnen, und bis zum meistbietlichen Zuschlage des subhastirten Gutes fortdauern.

§. 16.

Der aus dem meistbietlichen Verkaufe eines sequestrirten Vereingutes etwa hervorgehende Verlust an den Vereinsforderungen, soll in Gemäßheit des §. 94. im Kurländischen Creditreglement, immer nur den zur Zeit des Sequestrationseintritts zum Vereine gehörigen Gütern, nach Maaßgabe ihrer Pfandbriefs-darlehne mit Abrechnung des darauf eingezahlten und unerhobenen Tilgungsfonds, zur Last fallen, so daß diese Verhaftung weder durch den spätern Austritt eines Gutes aus dem Vereine für dasselbe aufhört, noch von einem erst später in den Verein eintretenden Gute übernommen wird.

§. 17.

Wenn die zunächst verhafteten Mitglieder des betreffenden Kreises, in eigener Vertretung ihres Interesses, ein sequestrirtes und subhastirtes Vereingut ihrerseits ankaufen, und somit Gewinn und Verlust selbst übernehmen, so sind sie den gestellten Subhastationsbedingungen, gleich jedem andern Käufer, unterworfen.

§. 18.

Bei statthabendem Ankaufe eines sequestrirten Vereingutes von Seiten des Vereins soll ein aus dem ferneren Wiederverkaufe des Gutes hervorgehender Gewinn zunächst zur Deckung des den Vereinsmitgliedern des betreffenden Kreises zur Last gefallenem früheren Forderungsverlustes verwendet, in jedem weiteren Ueberschusse aber dem eigenthümlichen Vereinsfonds überwiesen werden, welcher Fonds dagegen auch

den aus dem Wiederverkaufe des Gutes etwa hervorgehenden weiteren Verlust an der ersten Kauffsumme seinerseits zu decken hat.

(L. S.)

Landesbevollmächtigter Hahn.

Ergänzung VIII.

I n s t r u k t i o n ,

gegeben vom Generalkonvente des Kurländi-
schen Kreditvereins d. d. 9ten bis 18ten
Februar 1848

an

die Direktion dieses Vereins.

§. 17

Es soll durch eine von der Direktion und dem Kontrollkomité des Kurländischen Kreditvereins gemeinsam abzufassende geeignete Vorstellung, insoweit als nöthig um die Allerhöchste Bestätigung nachstehender dem Kurländischen Kredit-Reglement sodann als besondere Ergänzung anzuschließenden Konventsbeschlüsse von 1848 nachgesucht werden.

I.

Die Verbindlichkeit der Vereinmitglieder, zur Zahlung von Schuldtilgungsbeiträgen an die Vereinkasse, wird auf den Betrag von Sieben Procent der ganzen Pfandbriefschuld jedes Verein gutes beschränkt.

II.

Demohngeachtet bleibt jedes Vereinmitglied aber berechtigt, seinen jährlichen Beitrag zur Schuldtilgung, in Gemäßheit des §. 4. der Konventsbeschlüsse von 1845 beliebig zu bestimmen, und auch über den Betrag von Sieben Procent seiner Pfandbriefschuld hinaus noch fortzusetzen, wenn er diese der Vereindirection anzuzeigende Zahlungsverbindlichkeit mindestens auf drei Jahre, von einem Vereinkonvente zum ändern, übernimmt.

III.

Sowohl die Einzahlung als auch die Verwaltung des Tilgungsfonds bleibt den bezüglichlichen

Bestimmungen des Kurländischen Kreditreglements und der Konventsbeschlüsse unterworfen.

IV.

Bei denjenigen Vereingütern, deren einstehender Tilgungsfond von mindestens Sieben Procent der Pfandbriefsschuld nicht weiter vermehrt werden soll, sind dessen fällig werdende Zinsen von der Zinseneinzahlung für die Pfandbriefsschuld terminmäßig abzurechnen.

V

Jedes schriftlich einzubringende Gesuch eines Vereinmitgliedes, um Erhebung seines den Betrag von Sieben Procent seiner Pfandbriefsschuld übersteigenden disponiblen Tilgungsfonds kann immer nur während einer Plenarsitzung der Vereindirektion bei derselben in Verhandlung kommen.

VI.

Die Vereindirektion hat die für jedes Verein gut nachgesuchte erste Erhebung des disponiblen

Zilgungsfonds, mit specieller Anführung derjenigen Güter welche darum nachgesucht haben, sowohl im Kurländischen Intelligenzblatte und in der St. Petersburgischen deutschen Zeitung, als auch durch gleichzeitige Anzeigen an alle Gouvernements-Palaten, mit dem Aufrufe bekannt zu machen, daß jede Einsprache wider die nachgesuchte Erhebung des disponiblen Zilgungsfonds innerhalb vier Monaten a dato der ersten Bekanntmachung dieses Proklams in der St. Petersburgischen deutschen Zeitung bei der Direktion des Kurländischen Kreditvereins anzumelden sei, oder aber durch den Ablauf dieser Frist gesetzlich präkludirt werde.

VII.

Eine bei der Vereindirektion innerhalb gesetzlicher Frist verlautbarte Einsprache wider die nachgesuchte Erhebung des disponiblen Zilgungsfonds eines Vereingutes, behindert diese Erhebung bis zum Eintritte einer vom betreffenden

Vereinmitglieder herbeizuführenden rechtsgültigen
Beseitigung jener Einsprache.

VIII.

Die nach abgelaufenem Proklam völlig ungehinderte baare Auszahlung des bei der Vereinskasse eintreffenden disponiblen Tilgungsfonds eines Verein gutes kann immer nur im Juni und December-Termine jedes Jahres, auf Anmeldung des Empfangsberechtigten in der vorhergehenden Plenarsitzung der Vereindirektion, von derselben angeordnet worden.

IX.

Der disponible Tilgungsfonds jedes Verein gutes, dessen Bauergemeinde für die Wiedererstattung empfangener Kronvorschüsse aus den Jahren 1845 und 1846 solidarisch haftet, ist mindestens bis zum Betrage dieser Kronvorschüsse, durch jährlich fortdauernde Beitragszahlungen zu vermehren, und kann nur in dem etwa vor-

handenen weiteren Ueberschusse, oder aber bei Berichtigung der Kronvorschüsse, dem betreffenden Vereinmitgliede vorschriftmäßig ausgezahlt werden.

(L. S.)

Landesbevollmächtigter Hahn.

B e f e h l

**Seiner Kaiserlichen Majestät,
des Selbstherrschers aller Rußen,**

ıc. ıc. ıc.,

**aus der Kurl. Gouvernements-Regierung
zu Jedermanns Wissenschaft.**

Nachdem auf desfallige Vorstellung der Direction des Kurländischen Kreditvereins die Allerhöchste Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät der im Generalkonvent des Kurländischen Kreditvereins von 1848 zur Abänderung und Ergänzung einiger §§. des Kurländischen Kreditreglements vorschriftmäßig beschlossenen fernerer Zusätze zu diesem Reglement dießseits nachgesucht, und in Folge dessen diese Angelegenheit zur Beprüfung des Ministerkomité gestellt worden, — haben Seine Kaiserliche Majestät die in den Journälen des Ministerkomité vom 30sten November und 14ten December 1848 dieserhalb getroffenen Bestimmungen

Allerhöchst zu bestätigen geruht, und werden daher diese fernerer ergänzenden Zusätze zum Kurländischen Kreditreglement, welche in dem beigehenden deutschen Translate des Reskripts Sr. Durchlaucht des Herrn Generalgouverneurs der Ostseegouvernements vom 24sten December v. J. No. 6848 enthalten sind, mittelst Patents zur allgemeinen Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

Schloß Mitau, den 9ten Februar 1849.

(L. S.) Kurländischer Civilgouverneur:
G. v. Brevern.

J. Ebeling, J. W. Diederichs,
Regierungsrath. Regierungsrath.

Bewell v. Krüger,
Regierungsrath.

(No. 1093.) Regierungssecretär Faltin.
(Copia Translati.)

Copia Translati.

Auftrag des Herrn Generalgouverneurs von
Liv-, Ehst- und Kurland, an den Kurländi-
schen Herrn Civilgouverneur d. d. St. Pe-
tersburg 24. December 1848 No. 6848.

Nachdem der Herr Finanzminister wegen zu bewirkender Allerhöchster Bestätigung der Ergänzungsbestimmungen zum Reglement des Kurländischen Kreditvereins, welche in Veranlassung der zufolge Allerhöchsten Befehls vom 8ten December 1846 erfolgten Abänderung der im §. 8. des Reglements des Vereins festgesetzten Beschränkung der Dauer desselben auf 50 Jahre, so wie der diesem entsprechenden, im §. 29. enthaltenen Bestimmung, nach welcher jedem im Laufe von 50 Jahren in den Kreditverein von Neuem eintretenden Gutsbesitzer von dem ihm zu bewilligenden Darlehn soviel in Abzug gebracht werden soll, als der von den frühern Vereinmitgliedern eingezahlte Tilgungsfond beträgt, in

der allgemeinen Versammlung des Kreditvereins für nothwendig erachtet werden, — dem Comité der Herren Minister Vorstellung gemacht, ist gegenwärtig mittelst Extracts aus dem Journal des Comité vom 30sten November und 14ten December d. J. zur Erfüllung mitgetheilt worden, daß der Herr und Kaiser, zufolge Comitébeschlusses, zur Erläuterung der §§. 101, 109, 121, 122, 124 und 131 des Reglements des Kurländischen Kreditvereins, nachstehende Bestimmungen Allerhöchst zu bestätigen geruht.

„I. Der Kurländische Kreditverein ist berechtigt, nicht bloß die Einzahlungen zum Schuldentilgungsfond der Vereinmitglieder nach seinem Ermessen zu beschränken, sondern auch die einem jeden Vereinmitgliede zuständige Quote an dem in der Vereinkasse asservirten Tilgungsfond zur unmittelbaren Disposition der Mitglieder zu stellen.

„II. Wenn ein Mitglied des Kurländischen Kreditvereins um die Auszahlung des ganzen

„oder eines Theiles des von ihm vor der Bestäti-
„gung der gegenwärtigen Bestimmung eingezahl-
„ten Tilgungsfonds nachsuchen sollte, oder wenn
„die Direktion selbst solche Quote zur Auszahlung
„anweisen würde, so ist die Direktion verpflichtet,
„alle diejenigen Personen, welche auf den Grund
„ihrer, vor Emanirung dieser Bestimmungen,
„erworbenen Pfandrechte an die Vereingüter,
„vor welchen jedoch der Kreditverein einen Vor-
„zug hat, an solchen Tilgungsfond Anspruch ma-
„chen wollten, dreimal durch die Kurländischen
„und St. Petersburgischen deutschen Zeitungen
„hiez zu aufzufordern.

„In Folge dieser Publikation hat die Direktion
„des Vereins, wenn der Anspruch gesetzlich begrün-
„det erscheint, die Auszahlung des gedachten Til-
„gungsfonds an das Vereinmitglied, nach Maß-
„gabe des verlautbarten Anspruchs, zu sistiren.
„Zu solcher Anmeldung wird ein peremptorischer
„viermonatlicher Termin, vom Tage der ersten
„Insertion der Bekanntmachung in den St. Pe-

„tersburgschen Zeitungen an gerechnet, anberaumt.
 „Derjenige, der diesen Termin versäumt, verliert
 „das Recht zum Empfange des Tilgungsfonds.“

Solchen mir von dem Herrn Finanzminister,
 mittelst Schreibens vom 19ten December d. J.
 sub No. 7668, eröffneten Allerhöchsten Befehl
 habe ich die Ehre, Ew. Excellenz zur weiteren
 Wahrnehmung mitzutheilen.

Unterzeichnet:

Generaladjutant Fürst Italiiski, Graf
 Sumorow Rimnikski.

In fidem versionis:

Translateursgehülfe Eichholz.

Pro vera copia:

Faltin, Regierungsekretär.

Der Druck wird gestattet.

Mga, d. 27. April 1849.

Dr. G. G. Napieriski, Censor.

Gedruckt bei J. F. Steffenhagen u. Sohn in Mitau.

Ergänzung IX.

Conventsbeschlüsse

des

Kurländischen Credit-Vereins

d. d. 7—10. December 1854.

§ 1.

Der vom Director zu führende Depositenkassenschlüssel soll außer der Plenarsitzung von einem anderen Mitgliede der Direction, nach Bestimmung des Directors, bewahrt werden können.

Dasselbe soll auch für den Schlüssel des kassenführenden Rathes gelten, immer jedoch also, daß die drei Schlüssel sich im Besiz von drei verschiedenen Personen befinden (cf. § 150 des Reglements).

§ 2.

Die Denomination von Candidaten zum Directoramte soll, bei außerordentlichen Vacanzen, entweder in Bezirksversammlungen (nach § 190 des Reglements) oder auch durch Circulaire geschehen.

§ 3.

Die Direction hat die Befugniß, die Stellvertretung eines in Verwaltung seines Amtes temporär oder im besondern Falle behinderten oder ausgeschiedenen Bezirks-Curators, einem Vereinsgliede des nämlichen Bezirkes, allenfalls auch Kreises, zu übertragen, also daß der Ernannte nur wegen gesetzlicher Excusationsgründe solche Ernennung ablehnen darf.

§ 4.

Die im § 6 der Ergänzung VII. zum Credit-Reglement bestimmte Frist von drei Monaten, innerhalb deren, der neue Erwerber eines Vereinsgutes seinen Besitztitel bei der Direction des Kurländischen Credit-Vereins nachzuweisen hat, soll nur demjenigen ohne Strafe für die Verabsäumung der Stimmausübung zu Gute kommen, auf welchen das Gut durch den Tod des Vorbesizers übergegangen.

Es ist indessen allen neuen Erwerbern eines Vereinsgutes gestattet, sich in den während der Dauer dieser drei Monate etwa abgehaltenen Vereinsversammlungen durch Production der

im § 47 Litt. a des Reglements angegebenen Urkunden, von denen Abschriften zum Protocolle zurückzulassen sind, zu legitimiren, ohne daß jedoch diese vorläufige Legitimation von der im § 6 Ergänzung III. ausgesprochenen Verbindlichkeit zur Nachweisung des erworbenen Eigenthums bei der Direction erimirt.

Nach Verfluß der drei Monate seit einer Besitzveränderung wird der neue Besitzer eines Vereinsgutes nur bei der Direction zur Legitimation zugelassen, und zwar nur dann straflos, wenn innerhalb dieser Zeit keine von ihm wahrzunehmende Vereinsversammlung stattgehabt noch sonst eine Nothwendigkeit zur Ausübung der Gutsstimme eingetreten.

§ 5.

Nach Kündigung eines Pfandbriefes, geschehe sie durch den Inhaber oder in Folge eines Aufrufes durch die Direction, ist keine weitere Rücksicht auf den Salon zu nehmen, welcher vielmehr alle und jede Gültigkeit ohne Weiteres verliert, sobald für den Pfandbrief, zu welchem derselbe gehört, in Folge einer Kündigung oder

eines Aufrufs zum Umtausche die Valuta durch die Direction des Kurländischen Credit-Vereins prästirt worden.

§ 6.

In den Versammlungen des Kurländischen Credit-Vereins darf ein Vereinsmitglied außer seiner eigenen Gutsstimme noch eine Generalvollmacht und zwei andere Vollmachten (gleichviel ob General- oder Special-Mandate), jeder aber der nicht Vereinsmitglied ist und nach § 1 der Ergänzung IV, durch die ihm für ein Vereinsgut erteilte Generalvollmacht stimmberechtigt wird, außer derselben nur noch zwei andere Vollmachten exerciren.

§ 7.

Eine von einem Vereinsbeamten unter Beidrückung seines Amtssiegels ausgestellte Vollmacht bedarf keiner weiteren Beglaubigung.

(L. S.) Stellv. Landesbevollmächtigter
P. Graf Medem.

Ergänzung X.

Conventsbeschlüsse

des

Kurländischen Credit-Vereins

d. d. 18—21. November 1857.

§ 1.

Niemand kann Mitglied der, einen General-Convent vorbereitenden Kreis-Commission werden, der in der Zeit von der letzt stattgehabten Generalversammlung an bis zur Constituirung jener Commission Controle-Commissarius gewesen.

§ 2.

Der im II. Anhange zum Credit-Reglement mittelst Conventsbeschlusses von 1845 § 13 festgestellte Wagen-Etat wird dahin abgeändert, daß fortan zu erhalten haben:

der Director 1200 Rbl. S.

ein jeder der fünf Directionsräthe

700 Rbl. S., alle zusammen

also

3500 " "

der Secrétaire an Gehalt und

Wohnungsgeldern	.	1300 Rubl. S.
-----------------	---	---------------

der Kassirer zu gleichem Zwecke	1300	"	"
---------------------------------	------	---	---

die drei Kanzelleibeamten, und

zwar: der Protokollist	700	"	"
------------------------	-----	---	---

Buchhalter	500	"	"
------------	-----	---	---

Archivar	. . 500	"	"
----------	---------	---	---

§ 3.

Diejenigen Mitglieder des Controle-Comités und der den General-Convent vorbereitenden Kreis-Commission, die ihren Wohnort außerhalb der Stadt Mitau haben, erhalten während der Dauer des Geschäftes und der zu ihrer Her- und Rückreise erforderlichen Zeit an Diäten täglich 3 Rub. S. und für jede Meile, die sie sowol auf der Her- als Rückreise zwischen ihrem Wohnorte und der Stadt Mitau zurückzulegen haben, an Reisegeldern 1 Rub. S. Für diejenigen Mitglieder des Controle-Comités und der Kreis-Commissarien-Versammlung, deren Wohnort die Stadt Mitau ist, bleibt die im § 9 der Conventsbeschlüsse von 1845 enthaltene Bestimmung geltend.

§ 4.

Die von der Direction zu Geschäften auf Landgüter delegirten Directionsräthe, Bezirks-Curatoren und Gutsbesitzer erhalten für die ganze Zeit, die zur Ausführung des ihnen übertragenen Geschäftes erforderlich ist, an Diäten täglich 3 Rub. S. und der von der Direction delegirte oder von den Commissarien ernannte Protokollführer für die obenerwähnte Zeit an Diäten 2 Rub. S. und letzterer außerdem noch statt der ihm nach § 1 im zweiten Anhange des Credit-Reglements an Meilengeldern gebührenden 70 Kop. S. einen Rubel. Wird den vorgedachten Personen kostenfreie Aufnahme auf dem Gute gewährt, so haben sie keine Ansprüche auf Diäten für die Zeit ihres dortigen Aufenthaltes.

§ 5.

Wenn der Antrittspreis von Fideicommissen um mindestens 2% höher ist als das Bankdarlehen, so findet der im § 3 Ergänzung II. verordnete Einbehalt nicht Statt.

§ 6.

Pfandgüter können nicht weiter als bis zum Betrage des Pfandschillings weniger 2% mit Pfandbriefen belegt werden.

§ 7.

A. Der indisponible Tilgungsfonds ist künftig auf vier % der einzelnen Bankdarlehen zu beschränken (Reservefonds).

B. Zum indisponiblen Tilgungsfonds haben diejenigen Vereins-Mitglieder, deren Antheile an demselben gegenwärtig noch nicht 4% ihrer Darlehnsschuld betragen, bis dahin, wo dieses Maß erreicht wird, jährlich $\frac{1}{2}$ % jener Schuld zu entrichten, wobei es jedoch wie bisher Jedem gestattet bleibt, sich durch größere Zahlung in kürzerer Frist von dieser Verbindlichkeit zu befreien (§ 1 und 2 der Ergänzung VIII. zum Credit-Reglement).

C. Die Direction nimmt von Johannis 1858 incl. an, keinen Beitrag zur Bildung eines disponiblen Tilgungsfonds entgegen.

D. Der zu Johannis 1858 vorhandene, den Betrag von 4% der einzelnen Bankdarlehen

übersteigende Betrag des Tilgungsfonds incl. der auch für das jetzt laufende Jahr zu 4% zu berechnenden Zinsen ist den betreffenden Gütern in ebengedachtem Johannisterrmine baar auszu zahlen, und wird für diejenigen Güter, welche den Empfang nicht bewerkstelligen, baar und ohne weitere Verzinsung ad depositum genommen.

Insofern zur Erhebung der bezüglichen Tilgungsquoten ein Proclam erforderlich, ist dasselbe von der Direction ohne weitem Antrag zu erlassen.

Steht der Auszahlung einer Tilgungsfondsquote kein Hinderniß entgegen, so kann dieselbe nach Ermessen der Direction auf den Wunsch des betreffenden Gutsbesizers auch vor Johannis 1858, mit entsprechendem Zinsenabschlage erfolgen.

E. Die Zinsen der den einzelnen Vereinsmitgliedern am indisponiblen Tilgungsfonds zustehenden Antheile, welche bereits 4% erreicht haben oder künftig erreichen werden, sind von den Zinsen der Darlehensschulden terminmäßig abzurechnen (§ 4 Ergänzung VIII.).

F Von dem Tilgungsfonds wurde zeither angenommen, daß er jährlich 4% Zinsen trage, während jeder sonstige Gewinn dem eigenthümlichen Fonds zu Gute gerechnet und jeder Verlust von diesem getragen wurde.

Dieses Verhältniß ist auch künftighin für den auf 4% der Bankdarlehen beschränkten indisponiblen Tilgungs- oder Reservefonds festzuhalten, sollten auch die Werthpapiere, in denen das Vereinsvermögen fruchtbringend angelegt wird, jährlich einen höhern oder geringern Ertrag als 4% geben.

G. Die hier sub D und E ausgesprochenen Regeln finden keine Anwendung auf diejenigen Vereinsgüter, denen oder deren Bauerschaften von der hohen Krone in den Jahren 1845—1847 Vorschüsse gemacht worden; für diese bleiben diejenigen Bestimmungen geltend, die in den Conventsbeschlüssen von 1848 und 1854 enthalten sind, wobei zu bemerken, daß auch dem zu diesen Gütern gehörigen gesammten Tilgungsfonds jährlich bis zu seiner Auszahlung 4% zu Gute zu rechnen sind.

H. Der eigenthümliche und Tilgungsfonds ist in zinstragenden Werthpapieren anzulegen, deren Wahl dem redlichen Ermessen der Direction anheimgestellt wird.

I. Der Antheil eines jeden Gutsbesizers am Tilgungsfonds ist untrennbares Zubehör seines Vereingutes, welches mit diesem auf jeden neuen Erwerber (Eigenthümer oder Pfandbesizer) übergeht und ohne welchen das Gut weder abgetreten noch sonst Gegenstand einer Disposition von Seiten seines Besizers werden kann.

§ 1 des durch das Patent der Kurländischen Gouvernements-Regierung vom 9. Februar 1849 publicirten, Allerhöchst bestätigten Beschlusses des Minister-Comités vom 30. November und 14. December 1848.

§ 8.

Jedes Vereinsgut, welches bis Johannis 1845 oder nach Johannis 1858 zum Credit-Verein getreten, soll bei gänzlicher oder theilweiser Rückzahlung seines Darlehens den Betrag in Kurländischen Pfandbriefen nach dem Nennwerthe und in den empfangenen Größen aus-

fehren, wobei es der Direction anheim gestellt bleibt, bei kleinen oder ungeraden Summen eine billige Berücksichtigung vormalten zu lassen.

Die zwischen Johannis 1845—1858 aufgenommenen Vereinsgüter refundiren ihre Bankschuld in denselben Werthen, wie solche percipirt worden.

§ 9.

Die zufolge Conventsbeschlusses vom Jahre 1832 § 6 im Monat September abzuhaltende Plenar-Versammlung der Direction wird auf die Zeit vom 16. September bis 15. October verlegt.

(L. S.)

Landesbevollmächtigter
P. Graf Medem.

Ergänzung XI.

Conventsbeschlüsse

des

Kurländischen Credit-Vereins
vom 12—14. December 1860.

I.

§ 1. Die Direction des Kurländischen Creditvereins wird ermächtigt, nach Maßgabe des § 144 a. des Kurländischen Creditreglements Pfandbriefe auf 50 Rub. S. nach der aus der Beilage zu ersiehenden Form und zu dem Zinsfuße von $3\frac{1}{2}$ % jährlich zu emittiren.

§ 2. Die neuen Pfandbriefe sind auf den Inhaber zu stellen und können sowohl von diesem, als dem Creditvereine, nach Maßgabe der in den §§ 117, 118, 119, 121, 123 des Reglements enthaltenen Bestimmungen gekündigt werden.

§ 3. Diese neuen Pfandbriefe zu 50 Rub. S. werden auf Schreibpapier ausgefertigt, unter denselben Nummern, wie die ursprünglich auf die Hypothek der Vereingüter eingetragenen, von denen sie einen Theil bilden, und unter Hinzufügung einer besonderen Nummer, welche von 1—10, wenn der ursprüngliche Pfandbrief 500 Rubel Silber groß ist, sonst noch weiter, nach Maßgabe der Größe desselben läuft. Sie erhalten Coupons, zahlbar im Juni-Termine, und einen Talon.

§ 4. Sollten Pfandbriefe der neuen Form, Coupons und Talons derselben, verloren gehen, und eine Mortification nachgesucht werden, so kommt die im § 12 der Ergänzung IV. zum Creditreglement (General-Convent vom Jahre 1839) enthaltene Bestimmung zur Anwendung, nach welcher ein als verloren angezeigter Pfandbrief au porteur, oder ein Zinscoupon desselben, dem jeweiligen Inhaber desselben, nicht ohne richterlichen Ausspruch abzunehmen, noch auch die dafür gebührende Zahlung zu versagen ist. Sonst gelten für diese Pfandbriefe alle für kündigbare Pfandbriefe im Creditreglement festgesetzten

Grundsätze, in so weit sie hier keine Abänderung erlitten haben.

§ 5. Diese Pfandbriefe werden nun in folgender Art emittirt:

- A. Jeder, der einen auf die Hypothek eines Vereinsgutes eingetragenen Kurländischen Pfandbrief, mit dem Wunsche der Umsetzung in Pfandbriefe der neuen Form präsentirt, erhält für denselben die entsprechende Anzahl neuer, mit Zinscoupons, beginnend von dem nämlichen Juni-Termine, von welchem an die von ihm eingeliesserten laufen.

Anmerkung: Zur leichtern sofortigen Ausführung dieser Umwechslung, hat die Direction so bald als möglich Pfandbriefe für den Nominalbetrag von 10,000 Rub. S. dem eigenthümlichen Fonds zu entnehmen und auf Grund derselben $3\frac{1}{2}$ procentige anfertigen zu lassen, um dieselben, sobald es verlangt würde, zum Eintausch 4 procentiger zu verwenden. Sobald dieser Vorrath absorbirt worden, hat die Direction die Conversion eines gleichen Vorraths vorzunehmen und so fortzufahren.

- B. Zur Deckung neu zu bewilligender Vereins-Darlehne, können gleichfalls, nachdem Pfandbriefe der alten Form, auf Grund der Schuldurkunde, auf das bezügliche Gut eingetragen worden, statt derselben Pfandbriefe der neuen Form in Umlauf gesetzt werden, sobald der Darlehnsnachsuchende, oder der laut § 53 des Kurländischen Creditreglements zum Empfange des Darlehens, oder eines Theils desselben berechnigte Gläubiger es ausdrücklich verlangen würde.
- C. Die Direction kann von sich aus, wenn sie Pfandbriefe aus dem Reserve-, Tilgungs-, Eigenthümlichen- oder Sparkassen-Fonds zu verkaufen veranlaßt ist, statt derselben Pfandbriefe der neuen Form emittiren.
- D. In allen diesen sub A., B., C. gedachten Fällen sind die Pfandbriefe, auf Grund und in Stellvertretung derer die neu zu creirenden emittirt worden, laut § 126 des Kurländischen Creditreglements bis dahin zu asserbiren, wo die bezüglichen neuen Pfandbriefe außer Cours gesetzt werden.

E. Ueber die neu zu creirenden Pfandbriefe werden besondere Verzeichnisse und die sonst nöthigen Buchungen geführt.

§ 6. Der Gewinn, der dadurch erzielt wird, daß die Inhaber dieser neuen Pfandbriefe weniger Zinsen erhalten, als die Darlehensschuldner zu entrichten haben, dient zur Verstärkung des eigenthümlichen Fonds, zur Vergrößerung seines Capitals oder zur Bestreitung der ihm obliegenden Ausgaben, zu denen auch die Kosten dieser Maßregel gehören.

§ 7. Zum Behufe der Creation dieser Pfandbriefe, wenn solche bei Darlehenserhöhungen oder bei neuen Güteraufnahmen erfolgt, kann die Direction auch, ausnahmsweise, Pfandbriefe von 5000 Rub. S. anfertigen, auf Grund und in Stellvertretung derer, die Pfandbriefe zu 50 Rub. S. in Circulation gesetzt worden.

§ 8. Die Direction wird überhaupt ermächtigt, etwanige bei der Ausführung der Sache ihr nöthig oder nützlich erscheinende Anordnungen hinsichtlich der in Rede stehenden Creirungsart, in den Modalitäten derselben, ohne Weiteres von sich aus vorzunehmen.

S c h e m a.

Privilegirter Pfandbrief des Kurländischen
ritterschaftlichen Creditvereins sub №.

über funfzig Rubel Silber, welcher auf Grund
des § 144 a. des Allerhöchst bestätigten Kurlän-
dischen Creditreglements unter Garantie der ver-
bundenen Gutbesitzer ausgefertigt und auf den
Kurländischen Pfandbrief sub №.

Litt. groß Rubel Silber fundirt
worden.

Das Capital wird dem Inhaber nach vor-
hergegangener Kündigung baar ausgezahlt, und
bis dahin mit $3\frac{1}{2}$ Procent jährlich verzinst.

Director:

Directionsrath:

Directionsrath:

Sp. №.

Secrétaire:

Rückseite:

1) Dieser Pfandbrief bildet einen Theil
des auf das in der Oberhauptmannschaft
gelegene Gut am ten 18

gerichtlich eingetragenen Kurländischen Pfandbriefes sub №. Litt. groß

Rubel Silber, welcher letztere bei der Vereins-Direction nach Maßgabe des § 126 des Kurländischen Creditreglements deponirt worden und nur nach Einlösung sämtlicher, an Stelle desselben in Umlauf gestellten Pfandbriefe von 50 Rubeln Silber, einschließlich des gegenwärtigen, wieder ausgegeben werden kann.

2) Jeder Inhaber dieses Pfandbriefes und der Coupons wird dem Creditvereine gegenüber als der rechtmäßige Besitzer derselben angesehen.

3) Die Kündigung erfolgt von Seiten des Inhabers nach Maßgabe der §§ 117, 118, 119, von Seiten der Direction nach Maßgabe der §§ 121, 123, 125, 128 des Kurländischen Creditreglements.

Coupon:

Gegen Einlieferung dieses Zinscoupons zum Kurländischen Pfandbriefe №. groß Fünfzig Rubel Silber Capital zahlt die Kasse des

Kurländischen ritterschaftlichen Creditvereins vom
12—24. Juni ab, einen Rubel fünf und
siebenzig Kopeken Silber.

F a l o n.

(Wie bei den alten Pfandbriefen, *mutatis
mutandis.*)

II.

§ 1. Jedem Pfandbriefschuldner wird es
freigestellt, durch jährliche Einzahlungen in die
Vereinskasse einen Fonds zur Tilgung des auf
seinem Gute ruhenden Vereinsdarlehens zu bil-
den. Dieser Tilgungsfonds ist zur Unterschei-
dung von dem indisponiblen oder dem Reserve-
fonds als disponibler Tilgungsfonds zu be-
zeichnen.

§ 2. Die jährlichen Einzahlungen

- a) müssen wenigstens $\frac{1}{2}$ und dürfen nicht
mehr als 2 Procent des zur Zeit auf dem
Gute ruhenden Vereinsdarlehens betragen,
- b) müssen in der Zeit vom 1. bis 11. Juni
bewerkstelligt werden, und sind

- c) die nach vollendetem Jahre zum Capitale zuzuschreibenden Zinsen jährlich von Johannis bis Johannis mit $3\frac{1}{2}$ Procent zu verzinzen.

§ 2.

- a) Derjenige Pfandbriefschuldner, der derartige Beiträge zum Tilgungsfonds in die Kasse des Vereins einzahlen will, hat diesen Willen der Direction spätestens 9 Monate vor dem Zahlungstermine mitzutheilen, und
- b) mit seinen Zahlungen so lange fortzufahren, bis die angesammelte Summe wenigstens 10 Procent der auf der Hypothek seines Gutes eingetragenen Vereinsschuld gleichkommt.

§ 4.

- a) Wenn der Bestand des disponiblen Tilgungsfonds eines Gutes die oben angegebene Höhe erreicht hat, so muß auf Antrag des betreffenden Gutsbesizers die Löschung eines gleichen Betrages der Pfandbriefschuld erfolgen, vorausgesetzt, daß jene 10 Procent durch 500 Rub. E. theilbar sind,

sonst nicht früher, als bis das zu solcher Theilbarkeit Fehlende ebenfalls eingesammelt worden.

- b) Die Direction hat die zum Behuf der Löschung erforderlichen Pfandbriefe, wenn der Marktwert nicht höher steht als der Nennwerth, mit den Mitteln des Tilgungsfonds anzukaufen, sonst aber durch Kündigung einzuziehen, und wenn sich die angekauften oder gekündigten Pfandbriefe nicht gerade auf die Hypothek des Gutes eingetragen finden, die in den §§ 112—114 des Creditreglements enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung zu bringen.
- c) Im Falle des Ankaufes von Pfandbriefen unter dem Nennwerth fällt der dadurch erzielte Gewinn dem eigenthümlichen Fonds zu.

§ 5. Statt der Verwendung des disponiblen Tilgungsfonds, nachdem er 10 Procent oder einen höhern Betrag erreicht hat, zur Löschung dieses Schuldbetrages nach § 4 a., kann der Pfandbriefschuldner die Auszahlung desselben und zwar ganz ohne Rücksicht auf die im § 3 erwähnte Theilbarkeit, zu eigener Be-

nußung verlangen. Die Zahlung ist alsdann in baarem Gelde zu vollziehen.

§ 6.

- a) Der Antrag des Pfandbriefschuldners auf Löschung der Pfandbriefschuld oder Auszahlung der im disponiblen Tilgungsfonds angesammelten Summe, ist wenigstens 9 Monate vor dem Johannis-Termine, wo das Eine oder Andere statthaben soll, schriftlich zur Kenntniß der Direction zu bringen.
- b) Mit diesem Antrage hat der Schuldner die Erklärung zu verbinden, ob er noch ferner Beiträge zum Tilgungsfonds und in welchen der im § 1 angegebenen Größenverhältnissen er solche beizubringen bereit sei. Unterläßt er diese Erklärung, so ist anzunehmen, daß er seine weitere Einzahlung in dem früher stattgehabten Größenbetrage beabsichtige; erklärt er aber, nicht weiter tilgen zu wollen, so ist ihm im Fall der Löschung alsdann der über 10 Procent hinausreichende Theil des Tilgungsfonds, der nicht dazu verwandt werden kann, auszu zahlen.

- c) Wünscht der Schuldner mit seinen Beiträgen fortzufahren, so kommen in Beziehung auf das 2te Zehntel und die folgenden, dieselben Grundsätze zur Anwendung, die hier für das 1ste Zehntel festgestellt worden.

§ 7 Wenn der Bestand des Tilgungsfonds zu einer solchen Summe herangewachsen ist, daß er zur Tilgung der ganzen Pfandbriefsschuld des Gutes hinreicht, so ist der Schuldner spätestens 9 Monate vor dem nächstehenden Johannis-Termine zu einer Erklärung innerhalb 3 Monate aufzufordern, ob er in jenem Johannis-Termine die angesammelte Summe zu eigener Verfügung an sich nehmen wolle, unter der Verwarnung, daß, wenn er die Erklärung unterlassen würde, die Löschung der Pfandbriefsschuld erfolgen wird.

§ 8. Ausnahmsweise kann der disponible Tilgungsfonds auch noch vor der Zeit, wo er 10 Procent der auf dem Gute ruhenden Vereinschuld erreicht hat, verfügbar werden, und zwar in nachstehenden Fällen:

- a) wenn der Verein auf Antrag des Pfandbriefsschuldners oder von sich aus die Auszahlung anordnet;

- b) wenn der Schuldner durch Unglücksfälle auf Stundung der von ihm zu entrichtenden Pfandbriefszinsen, oder auf Gewährung eines Hilfsvorschusses, ein Recht erlangt hat und zu jenem Zwecke der sog. indisponible oder Reservefonds des Gutes nicht hinreicht, in welchem Falle die in den §§ 95—102 des Creditreglements enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung gelangen;
- c) wenn das Gut zur nothwendigen Subhastation gestellt wird;
- d) wenn der Schuldner stirbt und sein Rechtsnachfolger, sein durch Testament, Vertrag oder Gesetz berufener Universal- oder Singular-Successor die Auszahlung der angesammelten Summen, wie groß oder gering sie auch sein möge, verlangen sollte.

§ 9. Der disponible Tilgungsfonds wird als Zubehör des Gutes angesehen, der mit diesem auf jeden Besitzer übergehen muß, mit Ausnahme des im vorhergehenden § 8 sub d. erwähnten Falles.

§ 10. Die hier festgestellten Grundsätze gelten nicht für die in Folge vorhergegangener

Kündigung von Seiten der Pfandbrieffschuldner oder der Direction zu leistenden Capitalabzahlungen; diese unterliegen der Beurtheilung nach den in den §§ 110—116 und 127 und den zu diesen §§ gehörigen Ergänzungen enthaltenen Bestimmungen.

§ 11. Bezüglich des (sog. indisponiblen Tilgungsfonds) Reservefonds betragend 4% der einzelnen Darlehne verbleibt es unverändert bei den Bestimmungen des General-Convents von 1857 Ergänzung X. § 7. A., B., E., F., G., H., I. und bildet dieser Reservefonds ein vom sog. disponiblen Tilgungsfonds ganz gesondertes Institut, es beziehen sich daher obige Geseze lediglich auf den sog. disponiblen Tilgungsfonds.

Zur Vermeidung jeder Verwechselung soll in Zukunft der sog. indisponible Tilgungs- nur Reservefonds, der sog. disponible Tilgungsfonds schlechtweg Tilgungsfonds genannt werden.

III.

Die Ergänzung III. § 5 zum Kurländischen Creditreglement (Conventsbeschluß von 1836) wird einstweilen außer Kraft gesetzt.

IV

**Regeln über die Ausübung von Stimmen
in Vereinsversammlungen.**

§ 1.

Wer ist stimmberechtigt?

Auf allen ordinären Versammlungen ist jeder Besitzer eines Vereinsgutes (Eigenthümer oder Pfandherr) stimmberechtigt und zum Erscheinen in Person, (Bank-Reglement § 156) oder in legaler Vertretung verpflichtet.

Ergänzung II., § 7

- 1) Obgleich stimmberechtigt, dürfen nicht persönlich erscheinen, sondern nur durch einen Bevollmächtigten repräsentirt werden: Frauenzimmer, die ein Vereinsgut besitzen.

Bank-Reglement § 156.

- 2) Minderjährige und unter Curatel stehende Personen haben kein Stimmrecht, solches gebührt den Herren Tutoren und Curatoren.

Ergänzung IV, § 1.**Ergänzung VII., § 8.**

- 3) Mitglieder, deren Güter unter Sequester stehen, sind von der Ausübung des Stimmrechts ausgeschlossen und die Stimme ruht.

Bank-Reglement § 156.

Ergänzung V, § 8.

§ 2.

Zahl der Stimmen.

- 1) Jedes Vereinsmitglied, das mit mehreren Gütern zum Creditvereine gehört, soll auf Bezirksversammlungen für jedes in einem besonderen Bezirke belegene Gut eine besondere Stimme; auf Kreisversammlungen, je eine im Kreise, im Convente aber nur eine Stimme ausüben dürfen.

Ergänzung III., § 13.

- 2) Hat aber ein Ehemann Vereingüter, seine Ehefrau desgleichen, wenn immerhin in einem und demselben Bezirke, so haben solche Güter, sowohl auf Bezirksversammlungen wie Kreisversammlungen und General-Conventen verschiedene Stimmen, selbst wenn der Ehemann das Stimmrecht des Gutes seiner Frau ausübt.

Ergänzung IV, § 1.

Ergänzung V., § 1.

3) Tutoren und Curatoren vertreten das Stimmrecht ihrer Curanden, üben also so viel Stimmen aus, als ihren Curanden nach den Nr. 1 und 2 aufgestellten Grundsätzen gebühren.

Ergänzung IV, § 2.

4) Besitzen mehrere Personen ein Vereingut ungetheilt, so haben alle zusammen nur eine (Collectiv-)Stimme. In solchen Fällen können die Mitbesitzer das Stimmrecht einem Mitbesitzer übertragen und ist solches nicht geschehen, so übt der auf der Versammlung anwesende Mitbesitzer das Stimmrecht auch ohne Vollmacht aus.

Ergänzung VII., § 7.

§ 3.

Vertretung und Vollmachten.

1) Ehefrauen, die ein Vereinsgut besitzen, werden regelmäßig von ihren Ehemännern, Kraft der diesen letztern beimwohnenden ehelichen Gewalt, vertreten;

Ergänzung IV., § 1.

jedoch muß der Ehemann sich dennoch durch eine Vollmacht seiner Ehefrau legitimiren;

Ergänzung VI., § 6.

und ist er auch nicht Vereinsmitglied oder sonst Inhaber einer Generalvollmacht, so kann die Vollmacht seiner Ehefrau gleichviel eine General- oder Specialvollmacht sein.

2) Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern sind zwar präsumtive Mandatare,
Ergänzung IV , § 1.

müssen sich jedoch nichts destoweniger durch separate Vollmachten legitimiren,

Ergänzung VI. , § 6.

und gilt hier das ad 1 in fine wegen des Vollmachtumfanges Gesagte.

3) Pupillen und Curanden werden von ihren Tutoren und Curatoren, die sich durch das Constitutorium legitimiren, vertreten,

Ergänzung IV , § 1.

und versteht es sich von selbst, daß mehrere Tutoren oder Curatoren eines und desselben Pupillen oder Curanden zusammen wie Mitbesitzer eines Vereinigutes nur als eine stimmberichtigte Persönlichkeit gelten, wobei wegen der Ausübung des Stimmrechtes das von den Mitbesitzern Gesagte gilt.

4) Wer nicht selbst erscheinen will oder kann, darf sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Bank-Reglement § 156.

Ergänzung II., § 7

§ 4.

Wer darf Bevollmächtigter sein?

1) Vollmachten dürfen ausüben Vereinsmitglieder, Tutoren und Curatoren, ganz abgesehen von ihrem Stande; Nichtvereinsmitglieder aber nur, wenn sie dem Adel oder Fremtenstande angehören.

Bank-Reglement § 157.

2) Indesß bezieht sich diese Beschränkung nach Analogie des § 6., Ergänzung VI., nicht auf die Vollmachtsführung der Ehemänner für ihre Ehefrauen, wengleich die Ehemänner Ofladisten sind.

§ 5.

Wie viel Vollmachten darf ein Mandatar gleichzeitig ausüben?

I. Ursprünglich durfte Jeder Generalvollmachten, bezüglich der Zahl, ganz unbeschränkt führen, bezüglich der Specialvollmachten aber

war bestimmt, daß ein Vereinsmitglied zwei, ein Nichtvereinsmitglied nur eine Specialvollmacht führen konnte.

Bank-Reglement § 156.

Ergänzung IV., § 2.

Der Mitbesitzer eines Gutes durfte außer der Stimme für sein Vereinsgut zwei Specialvollmachten ausüben.

Ergänzung VII., § 7.

II. Diese Bestimmungen sind geändert durch § 6 der Ergänzung IX.

Ein jedes Vereinsmitglied, Alleinbesitzer oder Mitbesitzer (wobei übrigens immer nur ein einziger Mitbesitzer desselben Gutes zur Ausübung der Stimme desselben, sammt Vollmachten befugt ist) darf außer seiner eigenen Gutsstimme, noch eine Generalvollmacht und zwei andere Vollmachten ausüben — gleichviel ob General- oder Specialmandate — jeder aber, der nicht Vereinsmitglied ist, wird erst stimmberechtigt durch die Generalvollmacht eines Vereinigutes, und kann alsdann neben dieser Generalvollmacht noch zwei andere Vollmachten, gleichviel ob General- oder Specialmandate, ausüben.

Erläuterungen:

indeß versteht es sich von selbst, daß ein Vereinsmitglied, Alleinbesitzer oder Mitbesitzer, auch nur zwei Specialvollmachten führen kann, und nur wenn er noch eine dritte Vollmacht führen will, muß diese dritte Vollmacht eine Generalvollmacht sein.

Tutoren und Curatoren werden dem Vereinsmitgliede gleich geachtet und dürfen außer den, aus ihren Constitutorien fließenden Stimmen, noch, gleich Vereinsmitgliedern, eine Generalvollmacht und zwei Specialvollmachten üben,

Ergänzung IV., § 2.

und üben Tutoren und Curatoren außer den Vollmachten noch so viele Stimmen aus, als sie Constitutorien für Vereinsmitglieder haben, jedoch nie mehr als vier Stimmen in einer Person, so daß die übrigen Stimmen, resultirend aus Tutorien und Constitutorien, ungestraft ruhen, und wird durchgreifend die Bestimmung getroffen, daß keiner, aus welchem Titel

es auch sei, mehr denn vier Stimmen auf einer Versammlung üben kann.

Ein Ehemann, der das Gut seiner Ehegattin vertritt, kann immer nur höchstens vier Stimmen ausüben, d. h. seine eigene, wenn er Vereinsmitglied, die seiner Ehefrau und zwei fremde in Folge ihm ertheilter Vollmachten, Constitutorien &c.

Ein Sohn kann seinen Vater oder seine Mutter, wenn eins derselben Vereinsmitglied, vertreten und in diesem Falle, auf Grund ihrer Stimmvollmacht, eine Stimme ausüben. Ein Sohn kann auch, wenn beide seiner Eltern Vereinsmitglieder, auf Grund der ihm von beiden ertheilten Stimmvollmachten zwei Stimmen ausüben.

In allen diesen Fällen können Söhne, die nur auf Stimmvollmachten ihrer Eltern in Vereinsversammlungen erscheinen, selbst aber nicht Vereinsmitglieder oder Generalbevollmächtigte derselben sind, keine anderen Vollmachten übernehmen.

Solches gilt auch von Vätern, die ihre zum Creditvereine gehörende Kinder, auf Grund der Stimmvollmachten derselben vertreten.

§ 6.

Form der Vollmacht.

I. Zuerst mußten alle Vollmachten, gleichviel ob General- oder Specialvollmachten, auf Vollmachtsbogen geschrieben und von einem Gerichte beglaubigt sein.

Ergänzung II., § 7

II. Alsdann war bestimmt, daß die Vollmachten zwar auf Vollmachtsbogen geschrieben, indeß statt vom Gericht, von den Bezirks-Curatoren beglaubigt sein dürften.

Ergänzung IV., § 3.

Indeß bezog sich diese Bestimmung wohl nur auf Specialvollmachten.

III. Später wurde in Gemäßheit des § 6 des Bank-Reglements, da der Creditverein vom Gebrauch des Stempelpapiers befreit ist, bestimmt, daß auch die Vollmachten zur Stimmausübung auf ordinaires Papier geschrieben sein dürften, die Unterschrift durch einen Vereinsbeamten beglaubigt werden konnte.

Ergänzung VI., § 5.

Auch diese Bestimmung konnte sich bloß auf Specialvollmachten beziehen.

Das Resultat ist daher:

1) Generalvollmachten müssen auf den gesetzlichen Vollmachtenbogen geschrieben und von der competenten Civil-Justizbehörde beglaubigt sein.

2) Specialvollmachten dürfen auf ordinaires Papier geschrieben und von einem Bezirks-Curator oder sonstigen beeidigten Vereinsbeamten beglaubigt sein.

3) Besonders beachtenswerth ist folgende Bestimmung: stellt ein Vereinsbeamter für sein Vereinsgut eine Specialvollmacht aus, so bedarf solche gar keiner Beglaubigung, sondern wird legalisirt durch bloße Beidrückung des Amtsiegels des Vollmacht ausstellenden Vereinsbeamten.

Ergänzung IX., § 7.

§ 7

Ausbleiben von Vereinsversammlungen.

Ein Vereinsmitglied, welches irgend eine Vereinsversammlung weder in Person noch in Vollmacht attendirt, verfällt in eine Geldpön; den Ausbleibenden sind gleichgestellt diejenigen,

welche die Versammlung ohne Bewilligung des Präsidenten verlassen.

Bank-Reglement § 158.

Die Geldpönen betragen:

- a) wenn dadurch ein Convent vereitelt wird 20 Rub. S.;
- b) wenn dadurch eine Kreis- oder Bezirksversammlung vereitelt wird 10 Rub. S.;
- c) wenn die Versammlung dessenungeachtet abgehalten wird 5 Rub. S.

Ergänzung III., § 14.

Jeder Vollmachtseinhaber oder Stimmrechtigte wird für jede Stimme, die er über die vorschristmäßige Zahl hinaus geübt hat, nach Maßgabe dessen, ob die Abstimmung dennoch gültig bleibt oder ob die Versammlung vereitelt erscheint, in die einfache oder qualificirte Strafe des Ausbleibens verurtheilt und wird im letzteren Falle eine neue Versammlung ausgeschrieben.

Ergänzung IV., § 4.

Jeder neue Erwerber eines Vereingutes ist verpflichtet innerhalb dreier Monate nach dem gesetzlichen Eintritte seines Gutserwerbes seinen Besitztitel bei der Vereinsdirection durch

die im § 47 Littr. a. des Kurländischen Credit-Reglements vorgeschriebene Beibringung zu legitimiren, widrigenfalls derselbe zur Ausübung der Gesellschaftsrechte nicht zugelassen werden kann, und dennoch den reglementsmäßigen Strafen ihrer Verabsäumung unterliegt, falls er seine unterlassene Besizlegitimation nicht genügend zu entschuldigen vermag.

Ergänzung VII., § 6.

Die im § 6 der Ergänzung VII. zum Credit-Reglement bestimmte Frist von drei Monaten, innerhalb deren der neue Erwerber eines Vereinsgutes seinen Besiztitel bei der Direction des Kurländischen Creditvereins nachzuweisen hat, soll nur demjenigen ohne Strafe für die Verabsäumung der Stimmausübung zu Gute kommen, auf welchen das Gut durch den Tod des Vorbesizers übergegangen.

Es ist indessen allen neuen Erwerbern eines Vereinsgutes gestattet, sich in den während der Dauer dieser drei Monate etwa abgehaltenen Vereinsversammlungen durch Production der im § 47 Littr. a. des Reglements angegebenen Ur-

kunden, von denen Abschriften zum Protokolle zurückzulassen sind, zu legitimiren, ohne daß jedoch diese vorläufige Legitimation von der im § 6 Ergänzung VII. ausgesprochenen Verbindlichkeit zur Nachweisung des erworbenen Stimmrechtes bei der Direction innerhalb dreier Monate a dato der Besitzveränderung erimirt.

Nach Verfluß der drei Monate seit einer Besitzveränderung wird der neue Besitzer eines Vereinsgutes nur bei der Direction zur Legitimation zugelassen und ging das Gut anders als durch den Tod der Besitzer auf ihn über, nur dann straflos, wenn innerhalb dieser Zeit keine von ihm wahrzunehmende Vereinsversammlung stattgehabt, noch sonst eine Nothwendigkeit zur Ausübung der Gutsstimme eingetreten,

Ergänzung IX., § 4.

denn fänden solche statt, so müßte er sich auf der bezüglichen Versammlung provisorisch legitimiren.

Schemata:

N^o. 1.

General - Vollmacht,

gegeben von mir, dem am Ende eigenhändig Unterzeichneten (von mir, in Assistenz am Ende eigenhändig Unterzeichneten) an den Herrn

damit er mich persönlich und die Interessen meines Gutes

gerichtlich wie außergerichtlich vor allen Instanzen und Autoritäten des In- und Auslandes vertrate, und nach beiden Beziehungen hin diese Gerechtsame ohne allen Ausschluß nach seinem freiesten Ermessen wahrnehme;

Klagen erhebe, auf Klagen antworte, Beweise und Gegenbeweise jeder Art führe, Eide zuschiebe, zurückschiebe, acceptire und ableiste, oder die Gewissensvertretung wähle, Erkenntnisse und Eröffnungen anhöre und empfange, Rechtsmittel einwende, fortsetze und von denselben zurücktrete;

In außergerichtlicher Hinsicht aber Obligationen und Werthpapiere cedire, Gelder und Werthpapiere aller Art empfange, und über sol-

chen Empfang rechtsgültig quittire, Verträge und Vergleiche jeder Art schließe und vollziehe, das meinen Gütern in jeder Hinsicht jetzt gebührende und noch zu Theil werdende Stimmrecht, namentlich auf sämtlichen Versammlungen Eines Kurländischen Creditvereins ausübe, die gedachten Güter bewirthschafte und verwalte, hinsichtlich derselben Verträge aller Art schließe, dieselben verkaufe, beschulde, belaste oder sonst wie veräußere;

Endlich in den hier angegebenen, so wie in allen anderen Fällen, selbst in solchen, in denen die Geseze sonst ein Specialmandat erfordern, nach seinem freien Ermessen alles dasjenige thue, was er in meinem Interesse für angemessen finden wird, und alle Berechtigungen ausübe, welche mir gesetzlich selbst zustehen.

Mit den Clauseln der Genehmigung und mit
Berechtigung zur Substitution gegeben zu

den

ten

18

(Unterschrift und Siegel.)

NB. Eine Generalvollmacht ist zu schreiben auf einen Vollmachtbogen zu 2 Rub. S.

Unterschrift und Siegel zu beglaubigen von einer Civil-Justizbehörde.

N^o. 2.

Special - Vollmacht,

gegeben von mir, dem am Ende eigenhändig Unterzeichneten (von mir, der in Assistenz am Ende eigenhändig Unterzeichneten) an den Herrn . .

damit derselbe mein Vereinsgut auf allen Versammlungen Eines Kurländischen Creditvereins vertrete, die Stimme des Gutes exercire, alles dasjenige thue, was er im Interesse meines Gutes erforderlich hält.

Gegeben unter den Clauseln der Genehmigung und mit der Berechtigung zur Substitution
zu den ten 18

(Unterschrift und Siegel.)

NB. Eine solche Specialvollmacht kann geschrieben sein auf ordinaire Papier; die Unterschrift und das Siegel braucht nur von einem beeidigten Vereinsbeamten beglaubigt zu sein.

N^o. 3.

Special-Vollmacht,

gegeben von mir, dem am Ende eigenhändig Unterzeichneten (von mir, der in Assistenz am Ende eigenhändig Unterzeichneten) an den Herrn

damit derselbe mein Vereinsgut
auf der zum 18 zusammen-
berufenen (Bezirks-, Kreis-) Versammlung (General-Convente) Eines Kurländischen Credit-Vereins vertrete, das Stimmrecht des Gutes
exercire, alles dasjenige thue, was
er dem Interesse meines Gutes für angemessen
finden wird.

Gegeben mit den Clauseln der Genehmigung
und mit der Berechtigung zur Substitution zu
den ten 18

(Unterschrift und Siegel.)

NB. Eine solche Special-Vollmacht kann geschrieben sein auf ordinaire Papier, und die Unterschrift und Siegel braucht nur von einem beeidigten Vereinsbeamten beglaubigt zu sein.

V

Wenngleich die Monate Januar und Februar vorzugsweise zur Abhaltung des General-Convents zu wählen sind, so wird die Direction dennoch, aus Gründen besonderer Zweckmäßigkeit, auch ausnahmsweise einen andern Termin dafür anzuberaumen befugt sein. Zum Eintreffen in Mitau soll den Kreis-Commissarien zur Vorbereitung des General-Convents jedenfalls mindestens eine Frist von 8—10 Tagen gelassen werden. Die von ihnen entworfenen Deliberatorien sind, nach der Uebergabe, an die Direction, von letzterer den Mitgliedern des Creditvereins durch die Bezirks-Curatoren unverzüglich zu unaufgehaltener Mittheilung an die Vereinsglieder ihres Bezirkes zuzufertigen.

(I. S.)

Landesbevollmächtigter
P. Graf Medem.